



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

DStGB-Bundespressekonferenz:

## Deutschland modernisieren

Den Beginn eines umfassenden Modernisierungsprozesses und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse erwartet der Deutsche Städte- und Gemeindebund in diesem Jahr von der Bundespolitik. Dazu sei es unverzichtbar, dass Deutschland möglichst schnell eine handlungsfähige Regierung bekommt, um den zentralen Herausforderungen der Kommunen und ihrer Bürger gerecht zu werden, erklärten der neue Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, in der Bundespressekonferenz in Berlin.

Ohne grundlegende Veränderungen wird Deutschland aus ihrer Sicht auf Dauer „keine Wohlstandinsel in einer immer schwierigeren und komplexeren Welt“ sein können. Deutschland benötige „einen wirklichen Zukunftsentwurf und

den stünden hier in der Verantwortung, aber sie dürften nicht überfordert werden und benötigen die Unterstützung durch Bund und Länder. „Wir erwarten daher, dass die Integrationspauschale des Bundes in Höhe von zwei Milliarden Euro pro Jahr auch über das Jahr 2018 hinaus zur Verfügung steht und die Kommunen auch zukünftig bei Sozialausgaben entlastet werden“, unterstrich Brandl.

### Kommunen nicht überfordern

Auch das Thema Familiennachzug müsse sorgsam behandelt werden. „Wir dürfen die Kommunen nicht überfordern. Daher setzen wir uns für eine Verlängerung des Moratoriums beim Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ein. Wir dürfen nicht vergessen, dass nach wie vor auch ohne Familiennachzug rund 15.000 Flüchtlinge im Monat nach Deutschland kommen. Das entspricht der Größe einer kleinen Stadt“, bemerkten Brandl und Landsberg.

### Neue Integrationskonzepte

Für die derzeit eher schleppe verlaufende Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt werden aus Sicht des DStGB neue Konzepte benötigt. Die Arbeitsaufnahme müsse früher erfolgen und mit dem Spracherwerb kombiniert werden. Gleichzeitig seien besonders auch die großen Unternehmen in der Pflicht, ihre Integrationsbemühungen zu verstärken. Schließlich sei auch eine Ausweitung der Wohnungsbauförderung dringend notwendig. „Wir brauchen eine Revitalisierung des sozialen Wohnungsbaus, um nicht nur Flüchtlingen, sondern auch Deutschen mit geringem Einkommen ausreichend bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können“, hob der Präsident hervor.

### Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse

Der notwendige Umbauprozess, der jetzt begonnen werden sollte, muss sich Brandl zufolge am Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ausrichten. Während viele Ballungsräume in Deutschland prosperieren, existieren gleichzeitig ländliche Regionen, die mit großen Strukturproblemen zu kämpfen haben.



### Matchingkonferenz für deutsche und libanesische Kommunen in München

Im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ organisiert die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Dienstag, 27. Februar bis Donnerstag, 1. März 2018 in München eine Matchingkonferenz für deutsche und libanesische Kommunen, die Gelegenheit zum ersten Kennenlernen, fachlichen Austausch und zur Sondierung möglicher Projektpartnerschaften bieten soll. Hierfür werden noch deutsche Kommunen und kommunale Unternehmen gesucht, die an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit libanesischen Kommunen interessiert sind.

Kontakt SKEW, Wencke Müller, Telefon 0228 20717-621  
wencke.mueller@engagement-global.de

### Initiative Kommunales Know-how für Nahost Qualifizierung von syrischen Geflüchteten in deutschen Kommunalverwaltungen

- Ihre Kommune möchte syrische Geflüchtete qualifizieren und für den Wiederaufbau kommunaler Strukturen in Syrien vorbereiten?
- Ihre Kommune verfügt über Know-how in Fragen der Kommunalverwaltung und -politik, das Sie gerne an Geflüchtete weitergeben möchten?
- Ihre Kommune zeichnet sich durch besondere Kompetenzen in einem bestimmten Verwaltungsbereich aus oder setzt interessante Maßnahmen zu Themenbereichen wie Bürgerbeteiligung, Gleichstellung, Frieden, Demokratiebildung oder nachhaltige Stadtentwicklung um, die auch für den Wiederaufbau in Syrien interessant sein könnten?

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) startet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Jahr 2018 ein neues Projekt, das deutsche Kommunen bei der Qualifizierung von syrischen Geflüchteten in deutschen Kommunalverwaltungen unterstützt. Ziel ist die Vorbereitung von Geflüchteten auf eine Mitwirkung am zukünftigen Wiederaufbau kommunaler Strukturen in Syrien.

### Projektpartner für deutsch-palästinensische kommunale Partnerschaftsarbeit gesucht

Das Angebot der SKEW im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) umfasst die Förderung des Erfahrungsaustauschs und Wissensaustauschs, Information, Vernetzung, Qualifizierung und Beratung sowie eine finanzielle Förderung im Rahmen der Partnerschaftsprojekte. Es richtet sich an deutsche Kommunen, die sich in einer Partnerschaft mit einer Kommune in den palästinensischen Gebieten engagieren möchten.

- Geboten werden
- Beratung und Informationen für das deutsch-palästinensische entwicklungsbezogene kommunale Engagement
  - Vermittlung von Projektpartnern
  - Durchführung von nationalen Netzwerktreffen sowie internationalen Partnerschafts- und Vernetzungstreffen
  - Fachliche und finanzielle Unterstützung der Arbeit an gemeinsamen Projekten und von Expertenentsendungen
  - Vorbereitungs- und Qualifizierungsseminare für landeskundlichen und interkulturellen Kompetenzerwerb
  - Unterstützung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit
  - Identifikation und Initialisierung von konkreten Projekten im Rahmen der Beratung zu den möglichen Unterstützungsangeboten der SKEW
- Weitere Infos zu allen Themen: skew.engagement-global.de

Flächendeckende medizinische Versorgung, gute Bildungsangebote, besserer ÖPNV und eine leistungsstarke Breitbandinfrastruktur stellen die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Politik für ganz Deutschland dar.

### Digitalisierung als Chance

Besonders für die ländlichen Regionen bietet die immer mehr an Geschwindigkeit gewinnende Digitalisierung die große Chance, diese Gebiete zu revitalisieren und ihre Potenziale zu aktivieren. Digitale Lösungen können laut Brandl dazu beitragen, hochwer-

tige Bildungsangebote ortsunabhängig verfügbar zu machen und die bestehenden Engpässe in der medizinischen Versorgung zu verringern. Gleichzeitig können dezentrale digitale Wirtschafts- und Wertschöpfungsstrukturen und Telearbeitsplätze den Zugangsdruck auf die Ballungsräume verringern und die Attraktivität der ländlichen Regionen steigern.

Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, ist nach Brandls Ansicht ein flächendeckendes leistungsstarkes Breitbandnetz von entscheidender Bedeutung. In diesem Bereich (Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

## Mehr qualifizierte Zuwanderung!

In der aktuellen Debatte zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) plädiert der Deutsche Landkreistag für eine konsequentere Ausgestaltung der Altersfeststellung. Wie Präsident Landrat Reinhard Sager nach einer Präsidiumssitzung im Enzkreis erläuterte, zeige sich immer mehr, „dass das derzeitige rechtliche Instrumentarium nicht ausreicht, um das Alter eines gegebenenfalls volljährigen Flüchtlings soweit medizinisch möglich eindeutig festzustellen. Der Rechtsrahmen ist klarer zu fassen, darüber hinaus ist die Altersfeststellung in der Regel verpflichtend zu machen und die Möglichkeiten einer medizinischen Untersuchung sind zu erweitern.“

Steht nicht eindeutig fest, handelt es sich um Minderjährige, ist das jeweilige Jugendamt gehalten, eine medizinische Untersuchung zu veranlassen. Diese ist allerdings von der Zustimmung des Betroffe-

nen Landkreise nicht nachvollziehen: „Sinnvoller wäre es, Kinder und Jugendliche, die unbegleitet nach Deutschland gelangen, in aller Regel einer Altersschätzung durch einen Arzt zu unterziehen. Auch sind wir dafür, erforderliche Methoden für zulässig zu erklären, die die körperliche Unversehrtheit nicht wesentlich tangieren. Dies muss der Bundesgesetzgeber im SGB VIII eindeutiger regeln.“

### Großes öffentliches Interesse

Man könne nicht einerseits ein staatliches Interesse an der Feststellung des Lebensalters von Flüchtlingen haben, diese Frage dann aber nicht mit der nötigen Konsequenz behandeln, fuhr Sager fort. „Die gilt auch für die Einwilligung der betreffenden Person in medizinische Untersuchungen zur Altersfeststellung (Fortsetzung auf Seite 4)



Reinhard Sager.

nen abhängig und spart nach dem Willen des Gesetzgebers z. B. Untersuchungen der Genitalien aus. Auch das bei allen möglichen Verletzungen übliche Röntgen wird bezogen auf die Handknochen teilweise kritisiert.

### Unterschiedliche Vorgaben

Laut DLT-Präsident Sager gibt es darüber hinaus seitens der Bundesländer sehr unterschiedliche Vorgaben zum Verfahren: So verzichten etwa Länder wie Baden-Württemberg faktisch vollständig auf medizinische Untersuchungen, wohingegen Bayern oder Hamburg diese als wirksames Mittel zur Altersfeststellung betrachten.

Die Vorbehalte und die teilweise sehr restriktiven Maßnahmen auf Länderebene könnten



Dem Bürgermeister steht ein anstrengendes Jahr mit Landtags- und Bezirkstagswahl bevor, das nahtlos in die Vorbereitungen zur Kommunalwahl münden wird. Wann also an seine Work-Life-Balance denken, wenn nicht jetzt! Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bayern ist das Leistungshertz Europas . . . . .	2
Für Erhalt der europäischen Regionalpolitik. . . . .	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Wir brauchen eine stabile Bundesregierung! . . . . .	3
Deutscher Städtetag: Erwartungshorizont 2018 . . . . .	3
Messe München: Abschluss weit über Plan . . . . .	4
Kommunale Energiethemen • Straßenbeleuchtung . . . . .	5 - 11
Kommunale Abfallwirtschaft . . . . .	12
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV . . . . .	13 - 14
Kommunalfahrzeuge • Nutzfahrzeuge • Grünanlagen . . . . .	15 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	18 - 20

Jahrespressekonferenz des Bayerischen Sozialministeriums:

## Bayern ist das Leistungshertz Deutschlands

„Bayern steht heute so gut da wie nie in der Geschichte des Freistaats. Kein Bundesland ist so stark und gleichzeitig so sozial, so attraktiv und innovativ wie Bayern. Der Freistaat ist das Leistungshertz Deutschlands“, betonte Sozialministerin Emilia Müller im Rahmen der Jahrespressekonferenz in München.

Müller zufolge ist der Freistaat in den vergangenen zehn Jahren um 500.000 Menschen gewachsen. Die Arbeitslosenquote ist mit 2,9 % so niedrig wie nie. Die Langzeitarbeitslosigkeit wurde um 10 % reduziert und die Jugendarbeitslosigkeit besiegt. Mit 5,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind mehr Menschen in Bayern in Arbeit als jemals zuvor. „Das ist einmalig in Europa“, so die Ministerin.

### Verbesserungen für die Familien

Auch für Familien wurden viele Verbesserungen auf den Weg gebracht. So hat die Staatsregierung zum Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern ein neues Sonderinvestitionsprogramm aufgelegt. Gefördert werden nicht nur Krippenplätze, sondern Betreuungspunkte für Kinder bis zur Einschulung.

Laut Müller wurde die Zahl der Krippenplätze seit 2006 mehr als vervierfacht. Seit dem Start des Sonderinvestitionsprogramms wurden bereits über 100 neue Bauprojekte und 7.000 neue Plätze bewilligt. „Insgesamt rechne ich mit 30.000 neuen Plätzen, die wir gemeinsam mit den Kommunen in den nächsten Jahren schaffen werden. Der Betreuungsbedarf endet aber nicht mit der Einschulung. Deshalb wollen wir die Ganztagsbetreuung von Schulkindern in den nächsten Jahren massiv ausbauen. Unser Ziel ist ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler. Da ist auch der Bund in der Finanzierungspflicht.“

### Familienpakt Bayern

Qualitative außerfamiliäre Kinderbetreuung ist aber nicht nur zunehmend wichtig für die Entwicklung der Kinder und die Realisierung ihrer Bildungschancen. Sie ist auch ein wesentlicher Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Genau-

so entscheidend ist eine familienorientierte Unternehmensführung. Wie das gelingen kann, zeigt der ‚Familienpakt Bayern‘. „Je besser die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt, desto erfolgreicher ist ein Unternehmen. Eine familienorientierte Unternehmensführung ist also auch ein Wirtschaftsfaktor. Das haben bereits viele Betriebe in Bayern erkannt. Über 470 Mitglieder und Netzwerkpartner beteiligen sich bereits am Familienpakt und es werden immer mehr. Deshalb wollen wir den Familienpakt mit unseren Partnern aus der Wirtschaft fortentwickeln und über das Jahr 2018 hinaus weiterführen“, hob die Ministerin hervor.

### Vorreiter bei der Inklusion

Eine Vorreiterrolle nimmt der Freistaat auch bei der Inklusion ein, fuhr Müller fort: „Wir haben das Bundesteilhabegesetz angestoßen. Zudem tritt das Bayerische Teilhabegesetz I im Januar in Kraft. Wir haben alle landesrechtlichen Gestaltungsspielräume für echte Verbesserungen ausgenutzt.“ Ab 2018 werde in Bayern gelten: „Menschen mit Behinderung haben mit den Bezirken einen zentralen Ansprechpartner. Denn es gilt ab März 2018 der Grundsatz ‚Leistungen wie aus einer Hand‘. „Das Budget für Arbeit wird in Bayern um 20 Prozent besser ausgestattet sein, als vom Bund vorgesehen. Wir wollen den

### Gemeindetag lehnt Rechtsanspruch auf Ganztagsplatz ab

Der Bayerische Gemeindetag lehnt die Verankerung eines Rechtsanspruchs auf einen schulischen Ganztagsplatz ab. Die von Bayerns Sozialministerin Emilia Müller angekündigte Forderung, einen solchen Rechtsanspruch zu normieren, stößt bei Bayerns Städten, Märkten und Gemeinden angesichts fehlender Grundstücke, Schulräume und insbesondere fehlender Fachkräfte auf Unverständnis. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Ein solcher Rechtsanspruch, der schlicht und einfach wegen fehlender Räumlichkeiten und fehlender Fachkräfte von der überwältigenden Mehrheit der Kommunen nicht umgesetzt werden kann, würde eine Klagewelle auslösen, die auch zu Schadensersatzansprüchen gegenüber den Gemeinden führen könnte. Die Politik sollte den Eltern schulpflichtiger Kinder nichts versprechen, was die Kommunen nicht einhalten können. Unredliche Ankündigungen führen nur zu Politikverdrossenheit und tragen nicht gerade zur Glaubwürdigkeit von Politikern bei.“

Anstelle von Versprechungen fordert der Gemeindetag die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs, aus dem hervorgeht, wie sich Bund und Länder die Lösung der beschriebenen Probleme vorstellen, sowie ein Finanzierungskonzept, in welchem geklärt wird, wie die Kommunen mit Finanzmitteln ausgestattet werden, um einen solchen möglichen Rechtsanspruch auf einen schulischen Ganztagsplatz umzusetzen. Brandl: „Wer die Musik bestellt, hat sie auch zu bezahlen – das gilt auch im Schulbereich!“

Menschen mit Behinderung damit eine echte Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt geben. Wir entwickeln die bayerischen Integrationsämter ab Januar 2018 zu ‚Inklusionsämtern‘ weiter. Und wir treiben das Programm ‚Bayern barrierefrei voran‘, berichtete die Ministerin.



Emilia Müller.

### Leitlinien beim Thema Asyl

Beim Thema Asyl und Integration gibt es Müller zufolge drei Leitlinien: Humanität in der Unterbringung, Integration der Bleiberechtigten und Begrenzung der Zuwanderung. Bayern wolle erreichen, dass die Gesamtzahl der Aufnahmen 200.000 im Jahr nicht übersteigt. Der Familiennachzug für subsidiär Geschützte müsse ausgesetzt bleiben. Zudem seien konsequent diejenigen abzuschließen, die keine Bleibeerechtigung haben. „2015 und 2016 hatten wir

### Kommunale Spitzenverbände und Ausschuss der Regionen:

## Für Erhalt der europäischen Regionalpolitik

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzen sich für einen Erhalt der Europäischen Regionalpolitik auch in der kommenden Förderperiode nach 2020 ein. Deshalb unterzeichneten die drei kommunalen Spitzenverbände gemeinsam die Grundsatzklärung zur Allianz für die Kohäsionspolitik.

„Durch den erwarteten Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union muss künftig mit Kürzungen im Haushalt der EU gerechnet werden, die gerade in wirtschaftlich stärker entwickelten Mitgliedstaaten dazu führen könnten, dass die zur Verfügung stehenden Mittel deutlich reduziert werden“, so die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände Helmut Dedy (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund). „Durch die Unterzeichnung der Erklärung wollen wir deutlich machen, dass die europäische Strukturpolitik in den deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden wichtige Impulse setzt und die Zuschussförderung trotz erwarteter Kürzungen flächendeckend erhalten bleiben muss.“

### Stärkung des europäischen Zusammenhalts

Die europäischen Mittel würden in vielfältiger Weise für Infrastrukturprojekte und zur Unterstützung von Unternehmen eingesetzt, von denen die Bürger unmittelbar profitierten. „Dies stärkt auch den europäischen Zusammenhalt und das entsprechende Bewusstsein, da diese Mittel vor Ort sichtbar zur Verbesserung der Lebensverhältnisse eingesetzt werden“,

zeitweise bis zu 155.000 Menschen untergebracht. Im Jahr 2017 haben wir bei der Unterbringung die Umsteuerung vollzogen. Damit entlasten wir unsere Kommunen und auch den Staatshaushalt um mehrere hundert Mio. Euro pro Jahr“, informierte die Ministerin. Sie erwarte, dass die Menschen, die in Deutschland bleiben dürfen, sich hierzulande integrieren, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und nicht dauerhaft von Sozialleistungen abhängig sind. „Deswegen fördern wir Integration – von den Kindertageseinrichtungen über die Schulen bis hin zur Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.“

Gerade hier sei gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft und der Regionaldirektion Bayern viel erreicht worden: „Wir haben 118.000 Flüchtlinge in Arbeit, Ausbildung und Praktika gebracht. Mein Dank gilt insbesondere den vielen kleinen und mittleren Betrieben in Bayern, die dies ermöglicht haben“, so Müller.

### Stärkung der Strukturen

Auch 2018 stärke Bayern seine Strukturen: „Wir legen die Migrationsberatung mit der Asylsozialberatung zusammen. Damit schaffen wir eine noch schlagkräftigere Beratungsstruktur aus einem Guss. Und wir bringen mit dem Online-Portal ‚Dazugehören – Integration in Bayern‘ Transparenz in die vielfältigen Angebote“, erklärte die Ministerin. Da sich Integration nicht mit Extremismus vertragen, „werden wir in Bayern jede Form des Extremismus und Antisemitismus entschlossen bekämpfen – mit allen Mitteln des Rechtsstaats, aber auch mit der Courage der aktiven Bürgergesellschaft“, machte Müller abschließend deutlich. DK

Mehr als 293 Millionen Euro:

## Für Verbesserung der Schulinfrastruktur

Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann hat ein neues Investitionsprogramm vorgestellt, mit dem finanzschwache Kommunen noch stärker unterstützt werden sollen. Es geht dabei um die Verbesserung der Schulinfrastruktur, wofür jetzt mehr als 293 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Herrmann betonte, dass sich das Programm vor allem an finanzschwache Gemeinden und Gemeindeverbände richte. Damit fördere der Freistaat beispielsweise die energetische Sanierung von Schulgebäuden oder den Abbau von baulichen Barrieren. Die an diesem neuen „Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur (KIP-S)“ interessierten Kommunen können sich bis einschließlich 27. April dieses Jahres bei ihren jeweiligen Bezirksregierungen bewerben.

Das neue Förderprogramm beruht auf dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes. Hierzu hatte der Bund in 2015 einen Fonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro eingerichtet. Vom Freistaat Bayern wurde damals das Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) aufgelegt. Dadurch seien ca. 700 kommunale Projekte gefördert worden. Sie umfassten u.a. Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit sowie die energetische Sanierung kommunaler Gebäude. Ebenso habe der Freistaat mit den Finanzmitteln aus dem Investitionsprogramm städtebauliche Maßnahmen zur Revitalisierung von Leerständen gefördert, führte der Bauminister aus.

Jetzt habe der Bund seine Finanzmittel auf sieben Milliarden Euro verdoppelt. Auf Bayern entfalle ein Anteil von mehr als 293 Millionen Euro, der gezielt in Schulgebäude investiert werde. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden habe sein Ministerium objektive Kriterien für die Antragsberechtigung erarbeitet, um die Abwicklung für die Kommunen und die Verwaltung zu erleichtern, erläuterte Herrmann. rm

Konferenz zu kommunalen Krankenhäusern in München:

## Aufsichtsgremien und strategisches Management

Damit Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft wirtschaftlich und leistungsfähig bleiben können, müssen sie ihre strategischen Ziele und ihre strategische Zielplanung auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen ausrichten. Hierbei kommt es ganz besonders auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsgremien und der Krankenausschäftsführung an.

Basierend auf den Ergebnissen einer aktuellen DKI-/BDO-Repräsentativbefragung von Aufsichtsgremien und Geschäftsführungen der kommunalen Krankenhäuser in Deutschland erhalten die Besucher in dieser Konferenz praktische Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat im Einklang mit der Strategieentwicklung in Ihrem kommunalen Krankenhaus.

### Inhalt:

- Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen für kommunale Krankenhäuser und Aufsichtsgremien
- Best-Practice-Beispiele für die Zusammenarbeit von Management und Aufsichtsrat
- Strategieentwicklung in kommunalen Krankenhäusern
- Zielgruppe: Führungskräfte, Mitarbeiter, Aufsichtsräte und Trägeregremien von Krankenhäusern, sowie von Verbänden und weiteren Institutionen aus dem Krankenhaus- und Gesundheitswesen
- Termin: 19. 02. 2018;
- Gebühr: 695,00 € zzgl. MwSt.;
- Ort: München, Novotel München
- Das vollständige Programm gibt es hier: [Cityhttp://www.dki.de/sites/default/files/downloads/2704.pdf](http://www.dki.de/sites/default/files/downloads/2704.pdf)
- Anmeldung: Deutsches Krankenhausinstitut GmbH, Hansallee 201, 40549 Düsseldorf, [www.dki.de](http://www.dki.de); [seminar@dki.de](mailto:seminar@dki.de)

## Radikalisierungsprävention

Bundesweit einmaliges Projekt gegen Salafismus und Antisemitismus

Extremisten sprechen gezielt Menschen an, die sich in einer Orientierungsphase befinden oder Halt suchen. Um gerade auch junge Geflüchteten hier geltende Normen und Werte näherzubringen und sie gegen salafistische Anwerbeversuche stark zu machen, hat Bayern das bundesweit einmalige Projekt ‚ReThink‘ gestartet.

Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller erklärte dazu: „Die Integration der Geflüchteten in unsere Gesellschaft kann nur gelingen, wenn alle unabhängig von Herkunft, Glauben und Kultur die hier geltenden Regeln und Werte akzeptieren. Im Projekt ‚ReThink‘ setzen sich junge Geflüchtete mit den eigenen Einstellungen und Weltbildern kritisch auseinander. Sie lernen, diese zu überdenken. Das fördert nicht nur ihre Integration in unsere Gesellschaft, sondern stärkt sie gleichzeitig auch gegen Extremismus.“

Die Workshops des Projekts ‚ReThink‘ führt das ‚Mansour-Institut für Demokratieförderung und Extremismusprävention MIND GmbH‘ in Berufsintegrationsklassen in ganz Bayern durch. Sie starten an den Berufsschulen des Modellprojekts ‚Perspektive Beruf für Asylbewerber und Flüchtlinge‘ der Stiftung Bildungspakt Bayern. „Die Erziehung der jungen Migran-

tinnen und Migranten zu den in Bayern und Deutschland gelebten Werten ist von entscheidender Bedeutung für unsere Gesellschaft und für eine mögliche Integration. Die Modellschulen eignen sich für die von uns vorgesehene Herangehensweise besonders, da sie viele Erfahrungen in der Erprobung neuer Lehr- und Lernmethoden gesammelt haben“, ergänzt Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle.

Antisemitismus werde man in Bayern nicht dulden, so Spaenle und Müller bekräftigte: „Wir stellen uns gegen jede Form des Extremismus und Antisemitismus, auch gegen den zu uns eingewanderten.“ Vielmehr helfe man in Bayern mit dem Projekt ‚ReThink‘, Vorurteile und Stereotypen zu hinterfragen und diese nachhaltig zu beseitigen.“ Das Sozialministerium fördert das Projekt mit 300.000 Euro; das Kultusministerium unterstützt die beteiligten Pädagogen mit fachlichen Schulungen. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl-Dieter Fuchs  
97320 Mainstockheim  
am 26.1.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Dr. Bernhard Bausenwein  
93095 Hagelstadt  
am 20.1.

Bürgermeister Rolf Holzleitner  
94419 Reischach  
am 20.1.

Bürgermeister Hermann Schmidt  
86735 Amerdingen  
am 21.1.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Mittl  
91804 Mörnshausen  
am 20.1.

Bürgermeister Franz Wittmann  
94234 Viechtach  
am 30.1.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Deutscher Städtetag:

## Erwartungshorizont 2018

Für eine kommunalfreundliche Bundesregierung sprechen sich die Städte in Deutschland aus. Konkret geht es um wichtige Weichenstellungen von Bund und Ländern für mehr Investitionen in die kommunale Infrastruktur, die Förderung nachhaltiger Mobilität, die Finanzierung der Integration sowie den Ausbau von Ganztagschulen. Vor diesem Hintergrund appelliert der Deutsche Städtetag an CDU, CSU und SPD, in ihren Gesprächen im neuen Jahr zügig zu klären, wie und mit welchen Inhalten eine neue Bundesregierung gebildet werden kann.

Mit Blick auf die Investitionen wies der neue Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, darauf hin, dass die Kommunen die Investitionsförderprogramme von Bund und Ländern intensiv nutzen. So gehe aus einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums hervor, dass Mitte 2017 bereits 3,1 von 3,5 Milliarden Euro aus dem ersten Teil des Bundesprogramms für Investitionen in finanzschwachen Kommunen fest verplant waren. Das seien 87 Prozent der Mittel des Programms, das 2020 endet. „Die Zahlen zeigen: Die Städte brauchen das Geld und nutzen es. Investiert wird bisher vor allem in energetische Sanierung von Schulen, in Barrierefreiheit und Lärmschutz. Abgerechnet wird in großem Umfang erst am Schluss, das ist die Logik solcher Programme“, so Lewe. Deshalb sei die niedrige Summe der bisher abgeflossenen Fördermittel wenig aussagekräftig.

### Dauerhafte Stärkung der Investitionskraft gefordert

Problematisch sei allerdings die Unberechenbarkeit von solchen Ad-hoc-Förderprogrammen: „Wenn die Investitionskraft der Städte dauerhaft gestärkt würde, wäre das viel hilfreicher als eine punktuelle Förderung. Dann können die Städte gezielt mehr planen und bauen sowie für diese Aufgaben das nötige Personal einstellen. In diesem Jahr konnten die Kommunen voraussichtlich nur rund 27 Milliarden Euro investieren. 2018 werden es schätzungsweise etwa 29 Milliarden Euro sein. Das ist bei einem kommunalen Investitionsstau von derzeit 126 Milliarden Euro laut KfW viel zu wenig. Kommunale Investitionen kommen den Menschen zugute und bringen den Wirtschaftsstandort Deutschland voran. Bund und Länder sollten deshalb unbedingt die kommunale Investitionskraft dauerhaft stärken.“ Aus Sicht der Städte ist dafür ein höherer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer der richtige Weg. In diesem Jahr erhalten die Gemeinden voraussichtlich 2,7 Prozent des Umsatzsteueraufkommens.

Zur Diskussion um die ganz tägliche Betreuung von Grundschulkindern forderte Lewe einen Ausbau der Ganztagschulen



Markus Lewe.

len: „Alle wollen mehr Betreuung für Grundschulkindern, auch die Städte. Denn vielen Eltern ist wichtig, dass ihre Kinder, die am Vormittag in der Grundschule lernen, auch nachmittags betreut und gefördert werden. Die Städte warnen jedoch die Bundespolitik davor, hier auf das falsche Pferd zu setzen. Ein Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung und -förderung darf nicht durch Bundesgesetz geregelt werden, wie dies die Parteien der Sondierungen in ihren Wahlprogrammen vorgesehen haben. Dann würde die kommunale Kinder- und Jugendhilfe für eine Bildungsaufgabe zuständig, die in die Hand der Schulen und damit der Länder gehört. Ein vom Bund in der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) angesiedelter Rechtsanspruch wäre ein Armutszeugnis für den Föderalismus.“

Ganztagschulen können den Bildungsanspruch mit ihren abgestimmten Angeboten am Vormittag und Nachmittag erfüllen und die Kinder optimal vorbringen. Deshalb unterstützten die Städte es, wenn die Schulen mehr Kinder ganztägig betreuen und pädagogisch durchdacht fördern. Im Jahr 2015 wurden 32 Prozent der Grundschulkindern in Ganztagschulen und weitere 16 Prozent nachmittags in Horten betreut. Eine Prognos-Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums schätzt, dass für 560.000 Kinder zusätzliche Plätze oder umfangreichere Betreuungszeiten erforderlich sind. „In den Bundesländern haben sich bereits Nachmittagsmodelle für Grundschüler etabliert. Diese Angebote sollten die Länder ausbauen und dabei vom Bund finanziell unterstützt werden“, betonte Lewe.

Bund und Länder müssen

ab 2018 auch das Problem der kommunalen Altschulden anpacken, forderte der Städtetagspräsident: „Die Städte dürfen mit den hohen Risiken der kommunalen Altschulden nicht allein gelassen werden. Allein die kommunalen Kassenkredite verharren trotz guter Konjunktur auf einem Niveau von fast 50 Milliarden Euro.“ Viele Städte seien aus eigener Kraft nicht in der Lage, sich von den erdrückenden Altschulden zu befreien, weshalb sie in dieser Legislaturperiode Unterstützung von Bund und Ländern benötigten. Das steigende Zinsrisiko gefährde die Stabilität der betroffenen Kommunalhaushalte. Laut Lewe muss es verringert werden und danach ein Abbau der Altschulden beginnen. „Entschuldungshilfen werden sicher mit Konsolidierungsauflagen einhergehen, das ist den Städten bewusst“, bemerkte der Verbandschef.

### Zukunftsfähige Mobilität

Die Städte fordern Bund und Länder zudem auf, deutlich mehr als bisher in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Lewe zufolge „müssen wir jetzt die Weichen stellen für zukunftsfähige Mobilität und eine umweltverträgliche Fortbewegung“. In punkto Luftreinhaltung hält es der Deutsche Städtetag für entscheidend, dass 2018 messbare Erfolge beim Kampf gegen zu hohe Stickoxid-Werte in den Städten erzielt werden. Der kommunale Spitzenverband erwartet dafür mehr Engagement von der Autoindustrie und appelliert an Bund und Länder, stärker in den Öffentlichen Personennahverkehr zu investieren. Die Städte setzen bereits Sofortmaßnahmen für eine saubere Luft in den Städten um. Sie fordern, dass sie die Mittel aus dem Mobilitätsfonds von einer Milliarde Euro ohne oder nur mit geringem Eigenanteil nutzen können. Andernfalls werde einer Reihe von Kommunen der Mittelabruf erschwert und dauere es deutlich länger, bis Projekte anlaufen und wirken können.

### Automobilindustrie gefordert

Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, feststellte, „kommt in wenigen Wochen die Stunde der Wahrheit. Dann werden wir sehen, ob dem Bundesverwaltungsgericht ausreicht, was bisher passiert ist, um die Stickoxid-Emissionen zu senken. Im Verkehr in der Stadt verursachen Diesel-Pkw bis zu drei Viertel der Stickoxid-Emissionen. Um durchschlagende Erfolge zu erzielen, ist deshalb in erster Linie die Automobilindustrie als Verursacher in der Pflicht, die Diesel-Fahrzeuge sauberer zu machen. Die von den Herstellern zugesagten Software-Updates müssen schnellstens in den betroffenen Diesel-Autos installiert werden. Die Automobilindustrie muss kurzfristig darlegen, was die Updates in der Praxis tatsächlich und wie schnell bewirken.“

Die Bundesregierung solle deshalb möglichst bald im neuen Jahr den zweiten Dieselpflicht mit der Industrie einberufen. Dann müsse auch erneut diskutiert werden, ob eine Hardware-Nachrüstung der älteren Fahrzeuge nötig wird: „Wir alle wollen Fahrverbote vermeiden. Aber klar ist auch: Nur wenn die Grenzwerte auf der Straße eingehalten werden, ist die Gefahr gebannt, dass Gerichte Fahrverbote verordnen.“

Wie ernst die Lage sei, zeige auch die drohende Klage der EU-Kommission gegen Deutsch-

Liebe Leserinnen und Leser,

zu allererst möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Ihnen persönlich und im Namen der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2018 zu wünschen. Jedes neue Jahr eröffnet immer wieder zusätzliche Chancen und Möglichkeiten, bringt aber in der Regel auch meistens neue und unvorhergesehene Herausforderungen mit sich.

Noch vor einem Jahr hätte beispielsweise keiner geglaubt, dass wir zu dieser Zeit noch immer weit weg von einer neuen Bundesregierung sind – und das deutlich über 100 Tage nach der Wahl im September 2017. Die Jamaica-Sondierungen sind gescheitert. Ob das nun gut oder schlecht war, will ich abschließend jetzt nicht beurteilen. Die ersten Ansätze wa-

## Wir brauchen bald eine stabile Bundesregierung!

ren aus meiner Sicht gar nicht so negativ, wie von manchem Kritiker vorab lauthals befürchtet. Die SPD hat sich von Anfang an total verweigert und konnte erst auf enormen Druck des Bundespräsidenten überhaupt zu Gesprächen mit der Union bewegt werden. Wäre es keine optimalen Rahmenbedingungen für ein derart wichtiges Unterfangen.

Doch wehklagen und zurückschauen hilft nicht. Fakt ist: Wir brauchen baldmöglichst eine stabile Bundesregierung, die ihrem Gestaltungsauftrag in Deutschland und in Europa nachkommt. Als kommunale Familie ist für uns dabei ganz entscheidend, dass unsere Anliegen nicht auf dem Altar eines mühsam zu erreichenden Kompromisses geopfert werden. Hier geht es unter anderem um Themen wie Digitalisierung, gleichwertige Lebensverhältnisse, ländlicher Raum, neuer Regionalfonds für schwächere Regionen, Städtebauförderung, Mobilitätskonzepte Stadt/Land, Gesundheitsversorgung, Tourismus und Energiewende.

Beim Bereich Migration ist es essenziell, dass die Integrationsprogramme weiterlaufen. Die Kommunen müssen auch über das Jahr 2018 hinaus vollständig von den Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU)

land wegen anhaltender Überschreitung von Grenzwerten der Luft in mehreren Städten und Regionen. Die Klage könne zu hohen Strafzahlungen der Bundesrepublik führen, erklärte Dedy.

Der Deutsche Städtetag fordert eine Blaue Plakette, damit die Städte bei möglichen Fahrverboten praktikabel handeln können. „Wenn es eine Blaue Plakette gibt, zeigen wir doch, dass man im Falle von gerichtlich verhängten Fahrverboten unterscheiden muss – zwischen älteren Diesel-Autos, die als Hauptverursacher von Stickoxiden gelten und neuen Diesel-Fahrzeugen, die weiterhin fahren können. Wir brauchen dann eine Lösung, die funktioniert, die Gesundheit der Menschen schützt und den Verkehr in den Städten nicht lahmlegt“, unterstrich Dedy. Dazu werde es auch kluge Ausnahmeregelungen geben müssen.

### Sofortmaßnahmen für eine stärkere Luftreinhaltung

Der Hauptgeschäftsführer machte deutlich, die Städte seien nicht die Verursacher des Stickoxid-Problems. Sie werden es mit ihren Maßnahmen mindern, aber nicht lösen können. Gleichwohl setzten Städte ihre Sofortmaßnahmen für eine stärkere Luftreinhaltung auf eigenes Finanzierungsrisiko bereits um, bevor ihnen das Geld aus dem Mobilitätsfonds zugesagt wird. Dass ab Ende November sofort mit bestimmten Maßnahmen



KOLUMNE  
Stefan Rößle

für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) sowie von den Integrationskosten (derzeit über Integrationspauschale) entlastet werden. Wichtig wäre zudem eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Steueranstellung. Nur so könnten die Kommunen wieder mehr die Rolle der kraftvollen Gestalter vor Ort ausfüllen. Als Kommunalpolitische Vereinigung stehen wir deshalb gerade in dieser Zeit in fortlaufendem Kontakt mit wichtigen Entscheidern in Berlin, die wir mit Hintergrundinformationen versorgen.

Auch in Bayern wird das Jahr 2018 durchaus Neues bringen. Horst Seehofer hat angekündigt, dass er nach einer erfolgreichen Regierungsbildung im Bund als seinen Nachfolger für das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder dem Landtag vorschlagen möchte.

Eines will ich dazu feststellen, ohne ins Detail zu gehen: Horst Seehofer hat sich um die bayerischen Kommunen wirklich enorm verdient gemacht. In seiner Amtszeit sind wir – und damit einhergehend ganz Bayern – einen großen Schritt vorangekommen. Er hat auch im Bund für unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke sehr viel erreicht. Erfreulicherweise genießt Markus Söder bei den heimischen Kommunalpolitikern ebenfalls größtes Vertrauen. Ihm wird bescheinigt, dass er seine Aufgaben als Finanz- und Heimatminister mit Bravour erfüllt und sich damit quasi eine Art Prädikatsexamen für höhere Aufgaben erworben hat. Wir freuen uns auf eine weiterhin enge Zusammenarbeit mit ihm in neuer Funktion.

In Summe ist festzuhalten, dass wir für das neue Jahr vorerst deutlich mehr Sorgenfalten hinsichtlich der Bundesebene im Gesicht haben müssen, als es mit Blick auf den Freistaat Bayern der Fall ist. Aber wir bleiben trotzdem optimistisch und hoffen auf gute Ergebnisse in den kommenden Wochen.

Als KPV werden wir das neue Jahr neben unseren regelmäßig hochkarätig besetzten Fachgesprächen und Veranstaltungen darüber hinaus dafür nutzen, unsere Ideen und Anliegen in den ebenso anstehenden Wettbewerb um die Landtagswahl am 14. Oktober einzubringen. Es bleibt also weiterhin spannend und arbeitsreich – auch 2018.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern  
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Müller-BBM Fachgespräche 16. März 2018:

### Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Die »Müller-BBM Fachgespräche« dienen dem Erfahrungsaustausch zwischen Behörden, Kommunen, Betreibern und Beratern. Die Teilnehmer erwarten erneut ein hochkarätiger Austausch über aktuelle Entwicklungen im Umwelt- und Immissionsschutz, gesetzliche Rahmenbedingungen, Beispiele aus der Vollzugspraxis sowie Hintergründe und Lösungen.

Die Themenschwerpunkte am 15. und 16. März 2018 in München sind:

- Urbane Stadtentwicklung
- Immissionsschutz in der Bauleitplanung
- Entwicklung von Konversionsflächen
- Das »Schöneberger Modell«
- Sekundärer Luftschall
- Alternativenprüfung in Planungsverfahren
- Immissionsschutz in der neuen Legislaturperiode
- BREF-Prozess
- Geruchsmissionen
- UVP/UVPG

Infos unter: <http://www.muellerbbm.de/veranstaltungen/seminare-workshops/>

geplant. Eine Kofinanzierung durch die Länder sei unsicher. Deshalb sollte der Bund seinen Richtlinien-Entwurf korrigieren.

Mit Blick auf das Volumen des Fonds meinte Dedy: „Der bisher mit einer Milliarde dotierte Fonds ist nur ein Baustein zur Problemlösung. Er wird dringend gebraucht, darf aber keine Eintagsfliege bleiben. Der Mobilitätsfonds muss auch in den Folgejahren fortgeführt werden. Das sollten CDU, CSU und SPD bei ihren Gesprächen in Berlin fest verabreden.“

Ein großer Teil der Vorschläge der Städte für nachhaltige Mobilität wird aus Sicht des Kommunalverbandes durch die Förderrichtlinien nicht berücksichtigt. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, der Ausbau des Radverkehrs, zusätzliche Fahrzeuge für einen dichteren ÖPNV-Takt und mehr Angebote im ÖPNV, die Menschen an der Haustür aufzunehmen, würden nicht durch den Mobilitätsfonds gefördert. Dabei sei der Bedarf riesengroß.

„Wir fordern, dass der Bund in der Finanzierungsverantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr bleibt. Nach jetzigem Stand verabschiedet sich der Bund im Jahr 2020 aus der Finanzierungspflicht und will das Projekt nachhaltige Mobilität in Deutschland den Ländern überlassen. Doch diese Aufgabe ist viel zu groß, um es allein zur Ländersache zu machen“, machte Dedy deutlich. Eine neue Bundesregierung müsse sich auch in diesem Punkt bewegen. **DK**

Jahresbilanz Messe München:

## Abschluss weit über Plan

„Alle unsere Veranstaltungen sind in 2017 sehr gut gelaufen“, berichtete Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, bei der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens in München. Mit neuen Bestmarken und zum Teil zweistelligen Wachstumsraten habe die Messe das vergangene Jahr beendet.

2017 haben die Messe-Teams in München und im Ausland insgesamt 219 Veranstaltungen organisiert, davon 15 Messen in München und 24 im Ausland. Dazu kommen 180 Gastveranstaltungen in München. Weltweit konnte die Messe mehr als 2,4 Millionen Besucher und rund 43.700 Aussteller verbuchen.

„Die Messe München ist erneut überdurchschnittlich gewachsen“, erläuterte Dittrich: „Um acht Prozent bei den Ausstellern, um fünf Prozent bei den Besuchern und um sechs Prozent bei der Fläche.“ Ein starker Beweis für den exzellenten Ruf der Messe München sei auch der seit Jahren steigende Anteil ausländischer Aussteller und Besucher in München. So kamen im vergangenen Jahr 13,9 Prozent mehr ausländische Aussteller und 13,3 Prozent mehr Besucher in die Landeshauptstadt.

Mit einem Ausstellerplus von 22 Prozent und einem Zuwachs von 10.000 Besuchern punktete besonders die Weltleitmesse drinktec in München. Mit über 76.000 Besuchern aus mehr als 170 Ländern erzielte sie das beste Ergebnis in ihrer 66-jährigen Geschichte und übertraf damit laut Messechef Dittrich alle Erwartungen. Vor allem auf internationaler Ebene, wo die drinktec ohnehin sehr stark ist, konnte sie mit einem Plus von 12 Prozent noch einmal zulegen. Der Anteil internationaler Besucher stieg damit

auf 67 Prozent. Mit 1.749 Ausstellern aus 80 Ländern wurde auch auf Ausstellerseite eine neue Bestmarke erreicht.



Klaus Dittrich.

Insgesamt schließt die Messe München das Jahr 2017 um 16 Millionen Euro besser ab als geplant. Der Konzernumsatz wird voraussichtlich 327 Millionen Euro betragen, davon wurden rund 265 Millionen Euro in München erwirtschaftet. Bei einem EBITDA vor Steuern, Zinsen und Abgaben von rund 53 Millionen Euro bleibt ein Überschuss von zwölf Millionen Euro, der an die beiden Hauptgesellschafter Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München als Zinsen auf die Gesellschafterdarlehen zum Bau des neuen Messegeländes überwiesen wird.

„Die Messe München ist wirtschaftlich kerngesund“, so

Klaus Dittrich: „Wir schreiben im achten Jahr ununterbrochen schwarze Zahlen.“ So konnte das Unternehmen alle Akquisitionen der vergangenen Jahre aus den Rücklagen bezahlen. Auch werden der Bau der beiden neuen Hallen und des Conference Center Nord für 105 Millionen Euro aus eigener Kraft finanziert. Das heuer fertiggestellte Messegelände wird 18 Hallen mit insgesamt 200.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche aufweisen.

### Wachstumsstrategie

Dittrich zufolge bestärkt der seit Jahren anhaltende wirtschaftliche Erfolg das Unternehmen in seiner Wachstumsstrategie. „Damit starten wir perfekt vorbereitet in das neue Jahr und zünden 2018 ein Feuerwerk neuer Veranstaltungen.“ So geht mit der Command Control im September erstmals eine internationale Plattform für Cyber Security an den Start. Im Zentrum stehen dabei drei Tage lang die Themen Hackerangriffe und Cyber-Kriminalität. Die Messe soll zum führenden Gipfeltreffen für Cybersicherheit werden.

Mit der Fusion richtet die Messe München im Oktober erstmals in Deutschland eine Veranstaltung außerhalb Münchens aus. Der Ableger der Schmuck- und Uhrenmesse Inhorgenta lädt einen exklusiven Kreis von Premium-Ausstellern ins Berliner Hotel Ritz Carlton ein. Sie präsentieren ihren Premium-Kunden das Luxussegment. Ein weiteres neues Format wird die Ispo Digitize im Sommer, die zusammen mit adidas der Digitalisierung bei den Sportartikelherstellern wie auch den Händlern eine neue Plattform gibt.

### Medizinkongresse

Nach den Worten von Dr. Reinhard Pfeiffer, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung, steht das Jahr 2018 ganz im Zeichen der Medizin: „Wir hatten noch nie so viele große europäische Medizinkongresse innerhalb eines Jahres, wie wir sie in 2018 haben werden. Allein drei Veranstaltungen, die europaweit zu den größten gehören, werden 2018 mit fast 60.000 Teilnehmern in München zu Gast sein.“

Stattdessen werden mit 30.000 Teilnehmern die European Society of Cardiology (ESC), der europaweit größte und bedeutendste Medizinkongress, der Kongress der European Society for Medical Oncology (ESMO) mit rund 19.000 Onkologespezialisten und der Kongress der European Academy of Allergy and Clinical Immunology (EAACI) mit etwa 9.000 Teilnehmern. „Die steigenden Anfragen aus dem IT-Bereich und das etablierte Standing im Medizinbereich belegen eindrucksvoll den Stellenwert der Messe München Locations für Veranstaltungen aus aller Welt“, unterstrich Pfeiffer.

Als langjährig bewährte Messen stehen unter anderem die Ende Januar stattfindende Sportmesse Ispo, gefolgt von der Reise- und Freizeitmesse f.r.e.e im Februar und der Internationalen Handwerksmesse IHM im März auf dem Veranstaltungsprogramm. Mit der ITM 2018 geht im Mai die Weltleitmesse für Wasser, Abwasser und Rohstoffwirtschaft über die Bühne. Im Oktober finden erneut die Mineralientage statt und im Dezember die Heim + Handwerk. Am 13. Dezember wird die Messe dann auch den 20. Jahrestag ihres Umzugs nach Riem feiern. **DK**

## Mehr qualifizierte Zuwanderung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

stellung. Aufgrund des großen öffentlichen Interesses an einer Altersfeststellung und der geringen Intensität der medizinischen Untersuchung sollte die Einwilligung der betreffenden Person nicht mehr notwendig sein.“

Bei seiner Sitzung sprach sich der Kommunalverband auch dafür aus, die Möglichkeiten qualifizierter Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt zu erweitern und klarer zu fassen. Sager zufolge ist Deutschland auf die Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen, in Zukunft noch mehr als heute. Dies gelte gerade auch für die sehr mittelständischen ländlichen Räume in den Landkreisen. Daher sei es richtig, ein Einwanderungsrecht für Fachkräfte zu schaffen.

### Trennung von humanitärer Aufnahme und qualifizierter Zuwanderung

Vizepräsident Landrat Joachim Walter ergänzte, dass die Trennung von humanitärer Aufnahme und qualifizierter Zuwanderung erhalten bleiben müsse. „In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass jenseits der Zuwanderung von Fachkräften eine konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Personen erfolgen muss. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz von humanitärer Aufnahme und die Bereitschaft, Schutzsuchende hierzulande willkommen zu heißen und zu integrieren. Integration und Rückführung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wir müssen in beide Richtungen besser werden.“

Die Landkreise seien nach wie vor von den Folgen der deutlichen Erhöhung der Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge betroffen. Dabei handle es sich um eine Zuwanderung aus humanitären Gründen, nicht um eine gesteuerte, auf den Arbeitsmarkt ausgerichtete Einwanderung. Zugleich erfordere u. a. der demografische Wandel mehr qualifizierte Zuwanderung, um die Entwicklung und den Wohlstand auch zukünftig zu sichern, unterstrich Sager. Dies gelte gerade auch für die stark von Mittelstand und Handwerk geprägten ländlichen Räume, die für über 50 % der deutschen Bruttowertschöpfung stehen. „Anders als in der Vergangenheit kann die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt nicht vorrangig auf Hochqualifizierte beschränkt werden. Vielmehr benötigt Deutschland auch im nicht akademischen, handwerklichen und pflegeri-

schen Bereich zusätzliche Arbeitsmarktmigration.“

### Integrationsleistungen im Heimatland realisieren

Die nach wie vor aufrecht zu erhaltende klare Trennung zwischen humanitärer Aufnahme und gesteuerter Arbeitsmigration müsse auch darin zum Ausdruck kommen, dass die entsprechenden Aufenthaltstitel für Arbeitskräfte nur aus dem Ausland heraus beantragt werden können, fügte Sager hinzu. Zudem seien wesentliche Integrationsleistungen wie etwa der Spracherwerb bereits im Heimatland zu realisieren.

Vizepräsident Walter zufolge müssen Deutschland und Europa die Fähigkeit erhalten, den Zuzug humanitärer Zuwanderer stärker zu steuern, als dies insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 der Fall war. Dazu zählten nicht zuletzt auch die schnelle Durchführung von Asylverfahren und die konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Personen. Dies sei Bedingung dafür, „dass unser Land auch in Zukunft seiner humanitären Verantwortung gegenüber den tatsächlich Schutzbedürftigen gerecht werden kann“.

### Keine Gewalt gegen öffentlich Bedienstete!

Mit Blick auf zunehmende Beleidigungen, Drohungen und tätlichen Angriffen gegenüber Amtsträgern und Verwaltungsmitarbeitern hat das Präsidium des Deutschen Landkreistages die Resolution „Keine Gewalt gegen öffentlich Bedienstete!“ beschlossen. Wie Präsident Sager erklärte, „sind derartige Attacken unerträglich und müssen mit unserem rechtsstaatlichen Instrumentarium konsequent geahndet werden. Wir müssen über das Strafrecht hinaus aber vor allem auch im täglichen Miteinander immer wieder deutlich machen, dass wir so etwas in unserer Gesellschaft keinesfalls dulden.“

### Kein neues Phänomen

Dass Landräte und andere Amtsträger in der Öffentlichkeit diffamiert werden, sei kein neues Phänomen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise oder auch den sog. Reichsbürgern sei aber eine deutliche Zunahme von Vorkommnissen zu verzeichnen. Gleiches gelte für Fälle tätlicher Gewalt. „So wurde erst kürzlich der Landrat des Kreises Pinne-

berg als ‚Nazischwein‘ bezeichnet. Und zwar von einem Bürger, bei dem zuvor 114 Waffen und eine Tonne Munition eingezogen worden waren. Dass er den Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge als ‚Parasit‘ bezeichnet hat, brachte einem anderen Täter eine Geldstrafe wegen Beleidigung in Höhe von 500 Euro ein. Nicht geahndet wurde dagegen die Drohung, gegen den Landrat oder seine Kinder Gewalt anzuwenden“, erläuterte Sager.

### Meinungsfreiheit ist kein Freibrief

Vor diesem Hintergrund hätten die Landräte in ihrer Resolution deutlich formuliert, dass die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit zwar selbstverständlich ein hohes Gut sei. „Aus der Meinungsfreiheit folgt jedoch kein Freibrief für beleidigende oder verleumderische Äußerungen oder gar für die Drohung mit Gewalt“, verdeutlichte der DLT-Präsident.

### Großes Engagement für die Bürger

Die Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen würden sich mit großem Engagement für die Bürger einsetzen. Dazu gehörten manchmal auch Behördenentscheidungen, mit denen die Betroffenen nicht einverstanden seien. „Kränkungen, ehrverletzende Äußerungen oder Verleumdungen sind nicht hinnehmbar. Sie wiegen besonders schwer, wenn sie in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Das Internet bietet viele Möglichkeiten, Beleidigungen, Drohungen oder Aufrufe zur Gewalt in anonymer Form zu kommunizieren. Daher sind die Betreiber entsprechender Plattformen und der sozialen Medien aufgefordert, solche Inhalte im Einzelfall auch zu löschen“, stellte Sager abschließend klar. **DK**

### Söder und Spaenle suchen:

## Die 100 besten Heimatschätze

„Heimtmuseen bewahren regionale Tradition und Heimatkultur. In ihnen schlummern Schätze, die entdeckt werden wollen. Diese Kleinode erzählen oft spannende Geschichten über die Heimat. Die Heimtmuseen stärken das Heimatgefühl und präsentieren einen modernen Umgang mit der Heimatgeschichte“, teilten Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder und Kunstminister Dr. Ludwig Spaenle zum Start der Suche nach den „100 besten Heimatschätzen“ in Bayern mit.

Ausgezeichnet werden regionaltypische Museumskleinode, die Heimat verkörpern und spannende, belegbare Geschichten erzählen. Bayernweit gibt es rd. 1.250 nichtstaatliche Museen. „Von Büchern über Kleidungsstücke hin zu Traktoren und Mammutzähnen – nicht das „Glanzstück“ steht im Vordergrund, sondern das Objekt mit der spannendsten, originellsten Geschichte“, betonten Söder und Spaenle.

Die 100 besten Heimatschätze werden im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung prämiert, mit einer Urkunde ausgezeichnet und in einem Buch veröffentlicht. Außerdem werden alle Preisträger auf der Homepage des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, der Landesstelle für nichtstaatliche Museen veröffentlicht. Bewerbungen können sich alle nichtstaatlichen Museen in Bayern. [www.heimat.bayern/heimatschaetze](http://www.heimat.bayern/heimatschaetze) **DK**

## Deutschland modernisieren ...

(Fortsetzung von Seite 1)

müsse in den kommenden Jahren ebenso investiert werden wie in zahlreiche andere Infrastrukturbereiche. Von entscheidender Bedeutung sei, „die jetzige Phase wirtschaftlichen Wachstums, niedriger Zinsen und verfügbarer Finanzmittel zu nutzen, um Deutschlands Infrastruktur zu verbessern und zukunftssicher zu gestalten“. Derzeit lebe Deutschland von der Substanz. Allein in den Kommunen betrage der Investitionsrückstand 126 Milliarden Euro.

„Um jetzt die Weichen für Erhalt, Modernisierung und Ausbau von Zukunftsinfrastrukturen zu stellen, benötigen wir rasch ein „Maßnahmenpaket Investitionen“, stellte Landsberg fest. Neben ausreichenden Finanzmitteln seien vor allem bessere politische Rahmenbedingungen und eindeutige Prioritäten notwendig. Dabei seien Zukunftsinvestitionen mindestens ebenso wichtig wie neue, zusätzliche Sozialleistungen oder Rechtsansprüche.

### Politische Prioritäten setzen

Aus Sicht des DStGB ist es daher nun dringend notwendig, klare politische Prioritäten zu setzen. „Neben der Bereitstellung ausreichender Finanzmittel durch Bund und Länder muss es zukünftig Investitionsvorhaben von übergeordnetem gesamtgesellschaftlichem Interesse geben. Vorhaben dieser neuen Kategorie sollten dann gegenüber Anforderungen bei Bau, Planung, Ausschreibung oder Umwelt- und Naturschutz vorrangig gewichtet werden“, erklärten Brandl und Landsberg. „Durch dieses neue Instrumentarium können wirklich wichtige Vorhaben wie der Bau neuer Verkehrswege, Energietrassen oder wichtiger Gebäude in Kommunen schneller, effizienter und kostengünstiger geplant und auf

den Weg gebracht werden.“

„Wir erwarten von der neuen Regierung auch, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen zu lockern und die Zusammenarbeit zwischen den föderalen Ebenen zu vereinfachen“, stellten die beiden Verbandsvertreter klar. Zahlreiche Vorhaben scheiterten an den fehlenden Finanzen, aber sehr viele Projekte eben auch an der großen Zahl von bürokratischen und gesetzgeberischen Vorgaben. „Beides können wir uns nicht länger leisten.“

### Paradigmenwechsel

Um Deutschland zu modernisieren und fit für die Zukunft zu machen, braucht es nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds einen Paradigmenwechsel in der Politik. „Nicht Bedenken oder Verhinderungspolitik, sondern ein Zukunftskonzept“ müsse Leitlinie für die Politik sein. Ein Blick auf den ungebrochenen Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen trotz Höchstständen bei der Beschäftigung zeige, dass es auch in diesem Bereich ein Umdenken geben muss.

„Trotz steigender Erwartungshaltung in der Bevölkerung werden wir zukünftig nicht mit immer weniger Beitragszahlern immer mehr und immer bessere Leistungen versprechen können“, betonten Brandl und Landsberg. „Wir müssen in den Haushalten in Zukunftsinfrastrukturen, Bildung und Modernisierung investieren. Deutschland darf nicht länger von der Substanz leben und Versprechungen machen, die in schlechterer konjunktureller Lage nicht eingelöst werden können.“ Dies sei Wunsch und Auftrag an eine handlungsfähige Regierung in der neuen Legislaturperiode, so die DStGB-Repräsentanten abschließend. **DK**

### Wichtiger Terminhinweis:

## Digitalisierung in der kommunalen Wasserwirtschaft

Am 31. Januar 2018 veranstaltet der Verein Kommunal 4.0 e.V. in Nürnberg seinen ersten Praxisworkshop im neuen Jahr. Erneut lautet das Motto „Kommunal 4.0, Digitalisierung in der kommunalen Wasserwirtschaft – Chancen erkennen, Lösungen erarbeiten und Maßnahmen umsetzen“.

Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Forschungsprojekt SmaDiWa (Smarte Digitale Transformation in der Wasserwirtschaft) der Hochschule Hof statt, und zwar in den Gebäuden direkt an der Nürnberger Kläranlage (Adolf-Braun-Straße 55). Eine Besichtigung der technischen Einrichtungen ist im Anschluss an Vorträge, Workshops und die Diskussion im World-Café geplant.

Auf dem Programm stehen Praxisberichte, wie man ein digitalisiertes Wasserwerk gestaltet. Zudem gibt es einen Praxisbericht zum IT-gesteuerten Stoffrückhalt bei der Mischwasserentlastung. Anschließend haben die Teilnehmer die Möglichkeit, in offenen Workshops konkrete wasserwirtschaftliche Anforderungen und Anwendungsmöglichkeiten auf Objekt-, Prozess- und Organisationsebene zu diskutieren. Ebenso stehen die Themen Smart Machines wie die Art der erfassten Daten und den aus der Digitalisierung resultierenden Kompetenzbedarf im Mittelpunkt der Diskussionen.

Die Anmeldung ist online über die Vereinswebsite <https://www.kommunal4null.de/> möglich. Nichtmitglieder zahlen 150 Euro (inkl. MwSt), für Vereinsmitglieder gelten ermäßigte Teilnahmegebühren. **DK**

## Mehr Verantwortung für Verteilnetzbetreiber

Josef Hasler fordert, die Rechte und Pflichten von Stromnetzbetreibern neu zu definieren

97 Prozent aller Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien sind am Verteilnetz angeschlossen. Dazu kommt das Gros der Speicher, zu denen zunehmend auch Elektrofahrzeuge gehören. Die Energiewende findet im Verteilnetz statt. Für die Stabilität des Netzgesamtsystems sind bisher jedoch die vier Übertragungsbetreiber allein verantwortlich.

„Deshalb sollten Rechte und Pflichten von Stromnetzbetreibern neu definiert werden“, fordert Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N ERGIE Aktiengesellschaft. „Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber sind die Hauptakteure für die Umsetzung der Energiewende. Sie wollen und können deutlich mehr Verantwortung für die Stabilität des gesamten Netzsystems übernehmen.“

### Beitrag zur Versorgungssicherheit

Dies wäre nicht nur ein Beitrag für die Versorgungssicherheit und die Sicherheit der Netzsysteme, sondern auch wirtschaftlich: Durch die zunehmende Aussteuerung von Erzeugungsanlagen, Verbrauchern und Speicher auf der Verteilnetzebene müssen weniger Windkraft- und Photovoltaikanlagen von den Übertragungsnetzbetreibern abgeregelt werden. Auch verringern sich die Kosten für Netzreservekapazitäten und die Einspeisung von Kraftwerksleistung, um regionale Überlastungen auszugleichen (Redispatch).

### Digitale Technologien

Die technologischen Voraussetzungen für eine stärkere Rolle der Verteilnetzbetreiber sind bereits heute gegeben. Digitale Technologien wie Blockchain können den sicheren Austausch von Informationen und Daten aus dezentralen Anlagen von Netzbetreibern, Händlern, Energiedienstleistern und Kunden über alle Netzebenen hinweg ermöglichen.

„Durch die zunehmende Sektorkopplung, insbesondere im Bereich der Elektromobilität als auch bei den strombasierten Heizsystemen, werden die Anforderungen an die Netzstabilisierung in den kommenden Jahren weiter steigen“, erklärt Has-

dabei das Subsidiaritätsprinzip sein, also Aufgaben möglichst auf der Netzebene zu erfüllen, auf der sie entstehen. Nur wenn keine effiziente Bearbeitung möglich sei, solle die Bearbeitung auf der nächsthöheren Netzebene erfolgen. Dies setze klare Kooperationsregeln voraus, so Hasler.

### Netzflexstudie

Er verweist auf die dena, die im Rahmen ihrer Netzflexstudie ebenfalls das Recht der Netzbetreiber einfordert, auf die Flexibilitätstechnologien zum Zweck der Netzsteuerung und -stabilisierung zugreifen zu können. Insgesamt wird in der Studie das derzeit ungeeignete Anreizsystem beklagt, das den konventionellen Netzausbau gegenüber innovativen Verfahren und smarten Technologien privilegiert.

„Deshalb ist es nun an der Zeit, die Dezentralität der Energiewende auch auf der Ebene der Stromnetze abzubilden. Ich fordere die Politik auf, hier rasch einen Rechtsrahmen zu schaffen, der es Stadtwerken und Verteilnetzbetreibern ermöglicht, technisch und wirtschaftlich effizient Systemverantwortung für ihre Netze zu übernehmen“, betont er.

Bestimmende Leitlinie solle

## BDEW-Studie zur Kundenzufriedenheit

Über 90 Prozent der Kunden mit Energieversorgern zufrieden  
Bestnoten für Zuverlässigkeit der Stromversorgung

Die Strom- und Gaskunden in Deutschland schätzen ihren jeweiligen Energieanbieter nicht nur für die zuverlässige und sichere Versorgung, sondern auch für „weiche Faktoren“ wie die Kundenbetreuung und Vertrauenswürdigkeit. Das zeigt eine repräsentative Verbraucherumfrage, die das Marktforschungsinstitut prolytics im Auftrag des BDEW durchgeführt hat. Befragt wurden 1.200 repräsentativ ausgewählte Haushalte.

Die Kunden zeigen sich sehr zufrieden mit der Betreuung durch ihren Energieversorger, der Kundenzufriedenheit und Vertrauenswürdigkeit. Sie schätzen die angebotenen Dienstleistungen, die Vertragsmodalitäten sowie die Rechnungsstellung (Verständlichkeit, Transparenz, Korrektheit). Auch das Preis-Leistungs-Verhältnis der Strom- und Gasversorger wird positiv bewertet. Betont werden auch die gute Umweltverträglichkeit von Erdgas und die große Bedeutung der Energieversorger für die jeweilige Region.

In Anbetracht dieser und weiterer Aspekte sind 73 Prozent der Befragten mit ihrem Stromanbieter in höchstem Maße oder sehr zufrieden, weitere 21 Prozent sind zufrieden. Mit ihrem Erdgasanbieter sind 70 Prozent der Kunden in höchstem Maße oder sehr zufrieden, über 19 Prozent sind zufrieden. Drei Viertel der Befragten würde den eigenen Energieanbieter weiterempfehlen.

„Auch in diesem Jahr sehen wir, dass die Strom- und Gasversorger

ihre Kunden mit hoher Leistungsbereitschaft, Verlässlichkeit und sehr gutem Kundenservice überzeugen konnten. Über 90 Prozent der Kunden sind mit ihrem Energieversorger zufrieden. Die Energiewirtschaft ist also gut aufgestellt. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die Themen Digitalisierung und E-Mobilität weiter voranzutreiben und im Kundenverhältnis noch stärker zu betonen“, so Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung.

Das zeigen auch die neu eingeführten Umfrage-Kategorien Digitalisierung und E-Mobilität: 54 Prozent der Internetnutzer wünschen sich, dass die digitalen Serviceangebote und Kontaktmöglichkeiten zu ihrem Energieversorger weiter ausgebaut werden. Auch E-Mobilität gewinnt an Relevanz: Bereits 26 Prozent der Befragten interessieren sich für den Kauf eines E-Autos. Für die Kunden werden das Engagement des Energieversorgers und die bereitgestellten Ladestationen immer wichtiger.



### Energie Campus Nürnberg verleiht erstmals Nachwuchspreis

Im feierlichen Rahmen wurde erstmals der mit 3.000 Euro dotierte EnCN-Energiepreis auf der Jahreskonferenz des Energie Campus Nürnberg (EnCN) an fünf Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler vergeben. Ausgezeichnet wurden herausragende Abschlussarbeiten zu Themen der nachhaltigen Energieversorgung, die am Energie Campus Nürnberg in den vergangenen zwei Jahren entstanden sind.

Christian Zens, Vorstandsvorsitzender des Energie Campus Nürnberg e.V. und Kanzler der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg betonte: „Mit dem EnCN-Energiepreis werfen wir ein Schlaglicht auf die nächste Generation engagierter Energieforscherinnen und -forscher. Die hohe Qualität der eingereichten Abschlussarbeiten zeigt auf, dass wir am Energie Campus Nürnberg auf dem richtigen Weg sind. Das breite Themenspektrum der eingereichten Arbeiten verdeutlicht die große Bandbreite der Energiewende-Expertise, wie es sie nur am Energie Campus Nürnberg gibt.“ Dr. Michael Fraas, Vorstand des Energie Campus Nürnberg e.V. und Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg dazu: „Rund um den Energie Campus Nürnberg entwickelt sich ein vitales Ökosystem für Innovation und Wettbewerbskraft in der Energie und Umweltwirtschaft. Stadt und Metropolregion Nürnberg weisen in diesem zukunftsfähigen Branchenumfeld 70.000 Beschäftigte auf. Die Region ist Motor der technischen Umsetzung der Energiewende. Mit dem EnCN-Energiepreis haben wir nun die Möglichkeit, innovative Energieforschung am Standort Nürnberg und zukunftsfähige Ideen für die Energiewende sichtbar zu machen.“

Unser Bild zeigt die Preisträger im Kreis von Dr. Alexander Buchele (Geschäftsführer EnCN), Gastredner Prof. Dr. Achim Wambach, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Vorsitzender der Monopolkommission; Christian Zens, Vorstandsvorsitzender des Energie Campus Nürnberg e.V. und Kanzler der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Veronika Grimm (Vorsitzende der Wissenschaftlichen Leitung des EnCN); Dr. Michael Fraas, (Vorstand des Energie Campus Nürnberg e.V. und Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg) für die Energiewende sichtbar zu machen.“

### vbw-Präsident Alfred Gaffal:

## Energiewende an europäische Standards angleichen

„Wirtschaft und Bürger nicht mit grünen Träumen überfordern“

Bei der Vorstellung des 6. Energiewende-Monitorings der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. erklärte vbw-Präsident Alfred Gaffal: „Die Energiewende steckt fest. Sie kostet bis 2025 insgesamt 520 Milliarden Euro, davon sind bis 2015 rund 180 Milliarden Euro angefallen. Die Stromversorgung in Deutschland und Bayern ist zwar sicher. Aber der Strom wird immer teurer. Hauptpreistreiber ist die EEG-Umlage. Die Strompreise für Unternehmen und Haushalte liegen erheblich über dem Wert von 2008 und im internationalen Vergleich an der Spitze.“

Kern der Klimaschutzziele der Bundesregierung ist die Vorgabe, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu mindern.

### CO<sub>2</sub>-Emissionen stagnieren

Gaffal dazu: „Die CO<sub>2</sub>-Emissionen stagnieren seit 2014 und liegen jetzt sieben Jahre hintereinander deutlich über dem Plan. Trotz Milliardenförderung werden die Ziele klar verfehlt. Diese teuren Fehlschläge sind

schlicht nicht hinnehmbar.“

Die vbw wandte sich daher gegen weitere nationale Verschärfungen der deutschen Klimapolitik. Gaffal dazu: „Im Klimaschutzplan 2050 hat die Bundesregierung willkürlich tonenscharfe Sektorziele gesetzt. Danach müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent gemindert werden. Eine Prüfung der technologischen und wirtschaftlichen Machbarkeit fehlt – ebenso die Angleichung an eu-

ropäische Standards. Statt unsere Wirtschaft einseitig zu belasten, brauchen wir einen europäischen Energiebinnenmarkt mit gemeinsamen Regeln. Die Politik darf die Wirtschaft und die Bürger nicht mit grünen Träumen überfordern.“

### Alleingänge vermeiden

Nationale Alleingänge müssen nach Ansicht der vbw auch in der Automobil-Debatte vermieden werden: „Wir brauchen den Dieselantrieb gerade, um die Klimaziele zu erreichen“, betonte der vbw-Präsident. Er forderte zudem: „Die künftige Bundesregierung muss endlich die riesigen ungenutzten Einsparpotenziale bei den privaten Wohngebäuden erkennen. Obwohl die positive Wirkung der steuerlichen Abschreibung energetischer Sanierungsmaßnahmen unbestritten ist, treten wir auf der Stelle.“

Das 6. vbw Energiewende-Monitoring steht unter [www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de) zum Download bereit.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

## EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen **Fairer Handel und Faire Beschaffung – Global Nachhaltige Kommune – Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen – Migration und Entwicklung.**

SIND SIE INTERESSIERT?  
Machen Sie mit bei einem Einsteigerseminar für kommunale Entwicklungspolitik!

Kontakt:  
katerin.blume@engagement-global.de  
Telefon +49 228 20747-645

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.  
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | [www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)  
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt | [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de) | [info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de)

Im Auftrag des  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

RENEXPO® INTERHYDRO in Salzburg:

## Wasserkraft-Image stärken

Die Wasserkraft leistet auf vielen Ebenen einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung sowie zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit. Über den Stand der Technik, die Rahmenbedingungen und aktuelle Entwicklungen sowie Wirtschaftlichkeit und die ökologischen Aspekte der Wasserkraft informierte bereits zum 9. Mal die zweitägige Kongressmesse RENEXPO® INTERHYDRO im Messezentrum Salzburg.

Rund 100 Aussteller, 2.000 Besucher und 500 Tagungsteilnehmer trafen sich zu Präsentation, Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch. Innovative Produkte, tagesaktuelle Fachinformationen und Diskussionen über die Herausforderungen der Branche standen im Fokus der Veranstaltung.

Der Schirmherr, Landesrat Dipl.-Ing. Dr. Josef Schwaiger, hob die Bedeutung der Wasserkraft für das Land Salzburg und für die RENEXPO® INTERHYDRO als langjähriger Branchentreffpunkt besonders heraus. Beim Energie-Talk zum Thema: „Wirtschaft und Dialog: Wasserkraft und Gesellschaft“ diskutierten Dr. Karl Heinz Gruber, Geschäftsführer/Vorstand VERBUND Wasserkraft, Prof. Dr. Frank Pöhler, Geschäftsführer der Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Dörte Fouquet, Geschäftsführerin EREF (European Renewable Energies Federation), Paul Ablinger, Geschäftsführer des Verbands Kleinwasserkraft Österreich und Hannes August, Geschäftsführer des Naturschutzbundes Salzburg die Bedeutung der Wasserkraft für eine zukünftige, nachhaltige Energieversorgung sowie die mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien verbundenen Herausforderungen.

### Vorteile kommunizieren

Laut Karl-Heinz Gruber vom VERBUND „ist die Energiewende ohne Wasserkraft nicht vorstellbar“. Selbstverständlich müssten bei Ausbau und Modernisierung der Wasserkraft auch ökologische Belange berücksichtigt werden. Dies sei jedoch in den vergangenen Jahren zunehmend mit sichtbaren Ergebnissen erfolgt. Die Wasserkraft sei ein lang erprobter, zuverlässiger, grundlastfähiger und CO<sub>2</sub>-freier Energieträger. Wichtig sei, die Vorteile der Wasserkraft deutlicher zu kommunizieren und ihre Bedeutung im politischen Umfeld zu stärken.

Dies war auch Ziel des „2. Europäischen Verbände-Treffens“ EREF (European Renewable Energies Federation), der europäischen Verband für erneuerbare Energien, präsentierte hier das EU-Winterpaket sowie den aktuellen Stand der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und stellte die daraus resultierenden Folgen für die kleine Wasserkraft vor.

### Für bessere Vernetzung

Konsens der anwesenden Verbände aus insgesamt 14 europäischen Ländern war, dass eine bessere Vernetzung sowie eine stärkere Vertretung der europäischen Wasserkraft in Brüssel zwingend notwendig sind. Eine Initiative führender Wasserkraft-Verbände in Europa will sich zukünftig in Brüssel deutlich stärker einbringen als bisher, die vielfältigen Qualitäten der Wasserkraft hervorheben und damit ihr Image stärken.

Ziel der Kampagne „(K)Eine Welt ohne Wasserkraft?!“ ist es, sowohl die Vorteile der Wasserkraft als auch die mit ihrer Nutzung einhergehenden Herausforderungen zu kommunizieren und einen Dialog anzustoßen. Dabei sollen auch die lösungsorientierte Mitwirkung der Wasserkraftunternehmen im ökologischen Bereich sowie ein konstruktiver Umgang mit

Konflikten thematisiert werden.

Mit dabei sind der Bundesverband deutscher Wasserkraftwerke, der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW), die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V., der Landesverband bayerischer Wasserkraftwerke eG, die Initiative „Wasserkraft? Ja, bitte!“, die IGW Interessengemeinschaft Wasserkraft Baden-Württemberg e.V., die Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg, der Verband für Energie- und Wasserwirtschaft (VfEW), Kleinwasserkraft Österreich, die Swiss Small Hydro, die European Renewable Energies Federation (EREF) sowie der Verein für Ökologie und Umweltforschung.

„Wir wollen zeigen, was die Wasserkraft kann - und damit ein konstruktives Miteinander anstoßen, um eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende voranzubringen. Der Beitrag, den die Wasserkraft hier leisten kann, wird aus unserer Sicht deutlich unterschätzt - deshalb nutzen wir die RENEXPO® INTERHYDRO als öffentlichkeitswirksame Plattform für Austausch und Diskussion“, so die mitwirkenden Verbandsvertreter.

### Pumpspeicher im Visier

Im Rahmen der Kongressmesse fand auch die „3. internationale Konferenz: Pumpspeicherkraftwerke“ statt, die die Bedeutung von Pumpspeicherkraftwerken (PSW) für die Integration erneuerbarer Energien in das zukünftige Energiesystem aufzeigte. Die Konferenz gab zunächst einen Überblick über Stromspeichertechnologien, Marktentwicklung und Geschäftsmodelle. Im Folgenden lag der Fokus auf der Systemrelevanz von PSW, deren netzdienlicher Betriebsführung, aktuellen Projekten und Zukunftsperspektiven.

### Stabilisierung des Netzes

Pumpspeicherkraftwerke spielen für eine nachhaltige Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien eine wichtige Rolle. So können Sie durch große Leistungsgradienten beim Engpassmanagement sehr rasch das Netz stabilisieren, Regelleistung und Blindleistung erbringen, das System nach einem Blackout ohne Energiezufuhr von außen wieder starten (Schwarzstartfähigkeit) sowie grundsätzlich sehr flexibel auf die Anforderungen des Netzes reagieren, Überschüsse aufnehmen oder in Spitzenlastzeiten Strom liefern. In Europa sind insgesamt 170 Pumpspeicherkraftwerke (PSW) mit 45 GW Leistung in Betrieb; die installierte Leistung in Deutschland beträgt rund 7000 MW, in Österreich 4500 MW, in der Schweiz 3700 MW. Ein wirtschaftlicher Betrieb ist aktuell allerdings durch die Rahmenbedingungen am Strommarkt schwierig, was den Fortbestand der PSW gefährdet.

Weitere Kongressthemen in Salzburg waren der gewässerökologisch verträgliche Wasserkraftausbau, Kraftwerksbau und dessen Komponenten sowie Wasserkraft in Osteuropa und in Afrika. Während der Fachkongress „Gewässerökologisch verträglicher Wasserkraftausbau die Vorstellung neuer Monito-

ringmethoden, erste Ergebnisse des Untersuchungsprogramms zum Fischabstieg, sehr positiv stimmende Berichte über Erfolgskontrollen von Fischauftiegen und Restrukturierungsmaßnahmen sowie einen Blick auf die aktuelle Judikatur des EuGH in Bezug auf das Wasserrecht umfasste, tauschten sich beim Workshop „Small Hydropower in Africa“ rund 70 internationale Branchenvertreter, darunter rund 30 Teilnehmer aus Afrika, über Kleinwasserkraft-Projekte und deren Finanzierung in verschiedenen afrikanischen Ländern wie Ruanda, Uganda und Nigeria aus.

Ergänzt wurde der Workshop durch ein zweitägiges Business-Matchmaking, bei dem Kontakte ausgebaut und Projek-

## Höchste Zeit zu handeln – Klimaschutz mit Biogas

Firmen präsentierten Flexibilität und Innovationskraft auf der weltgrößten Biogas-Fachmesse in Nürnberg

Trotz schwieriger politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sieht die Biogasbranche vielfältige Perspektiven im Klimaschutz. „Dabei will die Branche durch flexible Bereitstellung von Strom und Wärme, aber auch mit Biomethan als Kraftstoff einen wichtigen Beitrag zur erneuerbaren Energiewende leisten.“ So die Quintessenz der Führungsspitze des Fachverbandes Biogas auf der Pressekonferenz im Rahmen der BIOGAS Convention & Trade Fair in Nürnberg.

„Die Branche hat viele Herausforderungen zu bewältigen“, sagte der Präsident des Fachverband Biogas e.V., Horst Seide, mit Blick auf die Erfahrungen aus der ersten Ausschreibung für Biogasanlagen; aber auch durch die ständig wachsenden genehmigungsrechtlichen Anforderungen an die Anlagenbetreiber. „Über allem stehen der Klimaschutz und der dringende Handlungsbedarf auf allen Ebenen, um die Erderhitzung unter zwei Grad zu halten. Dabei sieht der Landwirt aus Niedersachsen die besondere Rolle der Biogastechnologie im landwirtschaftlichen Produktionsprozess: „Mit Biogas können wir Methanemissionen aus Gülle vermeiden, Nährstoffe im Kreislauf halten und durch alternative Energiepflanzen Lebensräume für Insekten schaffen. Alle drei Leistungen stehen derzeit im Fokus der öffentlichen Diskussion und müssen daher auch mehr Wert erhalten“, mahnte der Verbandspräsident.

„Biogas ist der Kit beim Bau unseres neuen Energieversorgungssystems“, erklärte der Vizepräsident und Firmenvertreter Hendrik Becker. „Denn Biogas füllt die Lücken, die beim Einsatz fluktuierender Energieformen wie Wind und Sonne entstehen.“ Der Anteil der flexiblen Anlagen unter den gut 9.000 Biogasanlagen in Deutschland wachse kontinuierlich, betonte Becker. Für dieses Jahr prognostiziert der Fachverband einen Zubau an elektrischer Leistung durch Flexibilisierungsmaßnahmen von rund 250 Megawatt.

### Neue Absatzwege generieren

Der Neubau liege allerdings am Boden, erinnerte der Firmenvertreter. Ohne Auslandsgeschäfte könnten die deutschen Unternehmen unter den gegebenen heimischen Bedingungen nicht überleben. Umso wichtiger sei es, neue Absatzwege zu generieren.

Neben der flexiblen Stromerzeugung sieht Becker ein großes Potenzial bei der Wärmenutzung und der Einspeisung von Biomethan aufbereitetem Biogas ins Gasnetz. Mit dem Erdgasnetz steht uns ein riesiger Energiespeicher zur Verfügung. Aus dem Netz lässt sich das Bio-

metan an jeder beliebigen Stelle zu Strom und Wärme generieren. Oder auch als Kraftstoff einsetzen.

### Treffpunkt Nr. 1

Aus Sicht von Johann-Georg Röhm, Geschäftsführer der REECO Austria GmbH, Veranstalterin der RENEXPO® INTERHYDRO, hat die Kongressmesse in diesem Jahr ihren Status als Treffpunkt Nr. 1 der Wasserkraft in Europa erneut bestätigt. „Es liegt uns sehr am Herzen, die Wasserkraft sowohl europa- als auch weltweit zu stärken, und wir freuen uns, dass uns das mit der gesamten Veranstaltung und insbesondere mit Elementen wie dem Verbändetreffen und dem Afrika-Forum gelungen ist. Wir werden weiterhin an einer besseren Vernetzung und einer stärkeren Wahrnehmung der Wasserkraft arbeiten“, unterstrich Röhm. DK

methan an jeder beliebigen Stelle zu Strom und Wärme generieren. Oder auch als Kraftstoff einsetzen.

„Die Energiewende auf der Straße findet so gut wie gar nicht statt“, ergänzte Seide, selbst Pionier als Betreiber von Biogastankstellen. „Mit Biomethan haben wir einen Kraftstoff, der schon heute 90 Prozent weniger Treibhausgasemissionen verursacht als ein herkömmlicher Benziner. Und zu LNG (liquid natural gas) aufbereitet eignet er sich hervorragend für den Einsatz im Schwerlastverkehr und bei Schiffen.“

In der aktuellen Debatte um den Dieselskandal und die E-Mobilität werde Biomethan oft übersehen. Um den Klimawandel zu stoppen braucht es viele Maßnahmen in allen Sektoren. Biogas bietet ein breites Spektrum an Lösungen. Für die Branchenakteure bedeutet dies einerseits große Potenziale, andererseits erfordert es aber auch viel Flexibilität, Innovationskraft und einen langen Atem bei der Umsetzung von immer neuen rechtlichen Auflagen.

### Trends und Entwicklungen

Auf der weltgrößten reinen Biogas-Fachmesse im Rahmen der BIOGAS Convention & Trade Fair informierten sich die Branchenteilnehmer über die neuesten Trends und Entwicklungen, über die Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und über neue Absatzwege. In den Panels und Workshop ging es um technologische Entwicklungen und Rahmenbedingungen. Und zwischen den Messergängen und Vorträgen diskutierten die Teilnehmer ihre eigene Situation und entwickeln neue Ideen.

Nach wie vor ist Deutschland Weltmarktführer und Vorreiter bei der Biogasnutzung. Diese Position haben die Firmen gemeinsam mit den Betreibern gewonnen. Um diesen Spitzenplatz zu verteidigen, braucht es allerdings einen funktionierenden heimischen Markt und eine klare Perspektive. „Das Potenzial von Biogas ist noch lange nicht ausgeschöpft und wir sehen viele gesellschaftlich gewollte Funktionen, die wir übernehmen können - wenn der Rahmen stimmt“, richtete der Verbandspräsident seine Forderung an die Politik. □

Erweiterung des Mainkraftwerks Rothenfels:

## Baumaßnahmen weitgehend abgeschlossen

Vor kurzem wurde das unterirdische Turbinengebäude nach rund zweieinhalb Jahren Bauzeit „offiziell“ geflutet. Ein 150-Tonnen-Autokran hob mit Hilfe einer speziellen Dammtafelzange (Gewicht: 1 Tonne) zunächst die rund acht Tonnen schwere, aus einem Element bestehende Dammtafel (rund 6,6 Meter breit, rund 4,7 Meter hoch, rund 55 Zentimeter dick) im Unterwasserbereich behutsam bis in die finale Lagerposition nach oben. Dadurch wurde der sogenannte Saugschlauch (Turbinenauslauf) mit 230 Kubikmeter Mainwasser gefüllt.

Anschließend hob der Autokran mit einer weiteren speziellen Dammtafelzange (Gewicht: 1,2 Tonnen) die sechs Dammtafelsegmente, die oberwasserseitig den Turbineneinlauf abdichteten, vorsichtig Tafel für Tafel aus dem Turbinenzulauf. Langsam füllte sich der Turbinenzulauf mit rund 1.600 Kubikmeter Mainwasser. Die sechs Dammtafelsegmente mit einem Gewicht von jeweils bis zu rund 6,2 Tonnen, einer Breite von jeweils rund 9,1 Meter, sowie einer Höhe der einzelnen Segmente zwischen rund 1,8 und 3 Meter und einer Dicke von jeweils rund 80 Zentimeter, werden bis zum offiziellen Regelbetrieb vor Ort gelagert und später an einem der benachbarten Mainkraftwerke aufbewahrt.

Der Leitapparat der Turbine bleibt zunächst geschlossen, so dass noch kein Wasser die Turbine durchströmt. Das soll voraussichtlich kommende Woche erfolgen, wenn alle Vorprüfungen zur Inbetriebsetzung des unter-

irdischen Maschinensatzes abgeschlossen sind.

### Wehrübergang freigegeben

Rechtzeitig vor dem Weihnachtswochenende waren die Instandsetzungsarbeiten an der Staatsstraße auf Höhe der Baustelle soweit erfolgreich abgeschlossen worden, dass die Wechselampel abgeschaltet werden konnte und die Staatsstraße wieder frei befahrbar ist; da noch Arbeiten zur Befestigung der Bankettstreifen ausstehen, ist die Geschwindigkeit im Bereich des Kraftwerks Rothenfels auf 50 km/h begrenzt.

Auch konnte der Wehrübergang über den Main für Fußgänger und Radfahrer beim Kraftwerk Rothenfels nach Zimmern wieder freigegeben werden; zeitweilige Sperrungen aus Sicherheitsgründen werden allerdings wegen noch ausstehender Restarbeiten beim Kraftwerk unvermeidlich sein. Uni-per und RMD bitten dafür um Verständnis. □



Die ausgebauten Dammtafeln bleiben bis zur dauerhaften Stromproduktionsfreigabe vor Ort beim Kraftwerk. Im späteren Regelbetrieb werden sie in einem benachbarten Mainkraftwerk der Rhein-Main-Donau AG gelagert. Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

Rosenheim:

## Gewässerrestrukturierung unterhalb des Innkraftwerks

Fortsetzung bereits begonnener Arbeiten ab Januar 2018

Unterhalb des Kraftwerks Rosenheim haben die VERBUND Innkraftwerke bereits 2015 begonnen, Maßnahmen zur Aufwertung des Lebensraumes am rechten Innufer umzusetzen. Infolge der positiven Entwicklung wird im Zeitraum Januar bis März 2018 nun das linke Innufer neu strukturiert.

Bereits 2015 wurde das rechte Ufer unterhalb des Kraftwerks Rosenheim neu strukturiert. Die Kraft des Wassers hat anschließend vielfältige Uferbiotope, die flusstypisch sind, neu geschaffen. Diese sind Lebensraum für Wasserlebewesen und Fische - geeignete Laichplätze, beruhigte Zonen für junge Fische und Rückzugsorte bei Hochwasser für den gesamten Fischbestand. An den Ufern haben sich Flächen mit Pionierpflanzen wie der für Schotterauen typische Lavendelweide, ausgebildet. Zudem sind seltene Uferlaufkäfer und Eidechsen zu beobachten.

Um das Potenzial am Standort zu ergänzen ist vorgesehen, von Januar bis Anfang März 2018 auch auf der gegenüberliegenden Seite ähnliche Uferstrukturen herzustellen. Dies geschieht im Rahmen der Ver-

einbarung mit dem Freistaat Bayern zur Verbesserung der Lebensraumbedingungen und Förderung der Arten. Alle Maßnahmen wurden im Detail mit den Fachbehörden und der Umweltbehörde der Stadt Rosenheim abgestimmt, so dass nun alle Genehmigungen vorliegen.

### Vorarbeiten

Als Vorarbeiten werden Bäume, hauptsächlich Hybridpapeln, gefällt. Zudem werden Uferwege nach hinten verlegt, um das Spaziergehen auch zukünftig entlang des Inn möglich zu machen. Die Hochwasser- und Abflussverhältnisse bleiben unverändert, da alle Maßnahmen so ausgeführt werden, dass sich am Abflussquerschnitt und den Höhenlagen des begleitenden Uferweges gegenüber dem Bestand nichts ändert. □

Heizungsmarkt:

## Die Kunden setzen auf Gas

Aktuelle BDEW-Umfrage: Image von Erdgas im Wärmemarkt steigt

Nach aktuellen Zahlen bleibt Erdgas auch weiterhin Nummer eins bei den Heizungssystemen in Deutschland. Bereits in den ersten drei Quartalen dieses Jahres wurden 219.000 Baugenehmigungen für Wohnungen gemeldet. Davon werden fast 40 Prozent (39,6) mit einer Erdgasheizung ausgestattet. Nimmt man noch die Fernwärme hinzu, die zu fast 40 Prozent aus Erdgas erzeugt wird, bedeutet dies: In rund 106.000 Wohnungsneubauten kommt Gas zum Einsatz. Auch im Gebäudebestand liegt Erdgas vorne: Die große Mehrheit (49,4 Prozent) wurde 2016 mit Erdgas beheizt.

„Die Markterfolge von Erdgas im Neubau zeigen, dass dieser Energieträger ein hohes Ansehen und Vertrauen bei den Verbrauchern genießt. Das kann auch die Politik nicht ignorieren“, sagte Anke Tuschek, Mitglied der BDEW-Hauptgeschäftsführung, zum Auftakt der diesjährigen gasfachlichen Aussprachetagung (gat) in Berlin.

### Heizungsmodernisierung

Allein mit dem Ersatz veralteter Heiztechnik durch moderner Gas-Brennwertkessel lassen sich nach BDEW-Angaben schnell und bezahlbar über 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2030 einsparen – und damit fast zwei Drittel der Vorgabe aus dem Klimaschutzplan. Allerdings steht die Heizungsmodernisierung weit unten auf der Prioritätenliste der Hausbesitzer. „Zu den Hindernissen für einen Heizungsaustausch gehören insbesondere die Investitionskosten. Deshalb sollte eine neue Bundesregierung eine attraktive Steuerförderung für energetische Sanierungsmaßnahmen aufsetzen, um so eine Modernisierungsoffensive im Gebäudesektor auszulösen.“

Der BDEW hatte hierzu kürzlich gemeinsam mit BDI, DGB, dena, und ZDH einen konkreten Modellvorschlag für die

steuerliche Förderung vorgelegt.

Dass Erdgas bei den Kunden ein sehr gutes Image hat, zeigt sich auch an der jährlichen BDEW-Befragung unter Eigenheimbesitzern. Erste Ergebnisse der aktuellen Umfrage präsentierte der BDEW vorab auf der gat: Die Frage, mit welchem Energieträger sie heute ihr Haus beheizen würden, würden sich auch 2017 über 40 Prozent für Erdgas entscheiden. Zählt man die – noch umweltfreundlichere – Kombination Erdgas und Solar dazu, würden über die Hälfte der Befragten sich für eine Gasheizung entscheiden. Über die Hälfte der Befragten glaubt zudem, dass Erdgas in Zukunft noch grüner werden kann.

### Bio-Erdgas ist erneuerbarer Energieträger

Befragt, wie dies gelingen kann, sprach sich ein Drittel der Befragten dafür aus, mehr Bio-Erdgas zu verwenden. „Dafür muss Bio-Erdgas endlich vollumfänglich als Erneuerbare Energie im Rahmen der Energieeinsparverordnung und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes anerkannt werden“, forderte Tuschek.

Die Debatte über den Klimaschutzplan und dessen schlussendlich verabschiedete Versi-

on hätten gezeigt, dass sich der Blick der Politik auf Gas durchaus zum positiven gewandelt hat. „Darauf können wir als Branche aufbauen. Der BDEW hat deshalb den gemeinsamen Branchen-Appell „Gas kann grün“ und die von 12 Verbänden getragene Erklärung der Gaswirtschaft zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung initiiert.“

Zudem habe der BDEW die „Zukunftsstrategie Gas“ aufgesetzt. Ziel sei es deutlich zu machen, dass die Gaswirtschaft und der Energieträger Gas die Politik in erheblichem Umfang dabei unterstützen können, die Energie- und Klimaziele zu erreichen. Zur Unterlegung zeige die Gaswirtschaft auf, wie sie es bis zum Jahr 2050 schaffen kann, zunehmend regenerativer zu werden.

### Drei Elemente

„Die Gasstrategie basiert auf drei Elementen: Erstens: Die Infrastruktur ist mit Speichern und einem gut ausgebauten Netz – mit Leitungen bis in die Gebäude – bereits vorhanden. Zweitens: Das Produkt ist jetzt schon energieeffizient und klimaschutztauglich. Moderne Erdgasheizungen senken – beispielsweise in Kombination mit Solarthermie oder Biomethan – schnell und bezahlbar den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Drittens: Gas kann grün – In seinen CO<sub>2</sub>-neutralen Varianten Biomethan und als Produkt aus Power-to-Gas, angetrieben von Strom aus Wind und Sonne. Der BDEW wird weiterhin mit Nachdruck die wichtige Rolle von Erdgas bei der Erreichung der Klimaziele kommunizieren“, hob Tuschek hervor. □

## Der Winter lässt CNG-Autos kalt

Auch bei klirrender Kälte haben gasbetriebene CNG-Fahrzeuge Vorteile

Ob zum Skifahren in die Berge oder zum Arbeiten ins Büro: CNG-Fahrer sind auch bei winterlichen Temperaturen komfortabel und sicher unterwegs. Um Winterkraftstoff, eingeschränkte Reichweiten oder erhöhten Stromverbrauch müssen sie sich keine Gedanken machen. Durch die saubere Verbrennung punkten CNG-Motoren darüber hinaus selbst bei frostigen Temperaturen durch niedrige Schadstoff-Emissionen bereits in der Kaltstartphase. Und auch rund um die Wintersportgebiete in Bayern, Österreich, Italien und der Schweiz gibt es genügend Tankstellen.

Abschalt-Software für die Abgasreinigung macht selbst aus dem vermeintlich sauberen Benziner oder Diesel bei niedrigen Temperaturen einen Luftverschmutzer mit erhöhten Feinstaub- und Stickoxid-Emissionen. Hingegen spielen CNG-Autos, die mit Erdgas, regenerativem Biomethan oder synthetischem Methan gefahren werden, schon vom Start weg ihre Vorteile aus. Da durch den hochwertigen Kraftstoff und die saubere Verbrennung viele Schadstoffe gar nicht erst in problematischen Mengen entstehen, müssen sie auch nicht aufwendig herausgefiltert werden.

Ist keine Abgasaufbereitung erforderlich, wird man auch nicht zum Einsatz einer Schummel-Software verführt. Da CNG das ganze Jahr mit der gleichen Qualität eingesetzt werden kann, muss der Fahrer anders als bei Diesel und Autogas (LPG) bei Minus-Temperaturen nicht darauf achten, Winterkraftstoff im Tank zu haben.

### CNG: Der alternative Antrieb für den Winter

CNG ist der alternative Kraftstoff, dem der Winter die wenigsten Probleme bereitet. Das stellte der TÜV Nord fest. Während es bei LPG, Ethanol und

Pflanzenöl bei niedrigen Temperaturen zu signifikantem Mehrverbrauch kommt, erhöht sich bei CNG-Fahrzeugen die Reichweite sogar, da bei Kälte etwas mehr Gas in die Tanks passt.

„Besonders charakteristisch ist der Reichweitenvorteil im Winter natürlich gegenüber Elektroautos“, hebt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, hervor. Denn Licht, Heizung und Komfortverbraucher senken die Reichweite von E-Fahrzeugen bei winterlichen Straßenverhältnissen merklich. Und da die Kapazität der Lithium-Akkus bei Minusgraden absinkt, haben sie schon vor dem Losfahren weniger Energie zur Verfügung. „Selbst Fahrzeugen, die Norm-Reichweiten von 300 Kilometern haben, geht im Winter teilweise schon bei 150 Kilometern der Strom aus“, erklärt Fischer.

### CNG-Tankstelle immer in Reichweite

„Alle Wintersportbegeisterten kommen mit ihrem CNG-Auto gut ans Ziel und wieder heim – denn in den meisten Wintersportgebieten gibt es CNG-Tankstellen und auf den Anfahrts- und Rückfahrts-Routen sowie“, betont Juliane Gött, Vorsit-

zende des Landesinitiativkreis ErdgasMobilität Bayern und selbst CNG-Mobilistin. Italien bietet als CNG-Musterland in Europa eine hohe Tankstellendichte, in der Schweiz wächst das Tankstellennetz wegen der Klima- und Umweltschutz-Ziele kontinuierlich und Österreich hat eine ähnlich gute Versorgung wie Deutschland. Und selbst wer im französischen Grenoble seine Winterferien verbringt, findet eine CNG-Tankstelle vor Ort.

### Eine echte Alternative: alltagstauglich und am Markt verfügbar

Die Produktpalette an CNG-Fahrzeugen ist deutlich gewachsen und auch für 2018 sind interessante Modelle angekündigt. Für den Wintersportler mit viel Gepäck bieten die Kombis wie Opel Astra Sports Tourer, Skoda Oktavia Combi oder VW Golf Variant sowie die klassischen Vans wie Opel Zafira, Fiat Doblo oder VW Caddy ordentlich Platz. Und mit dem Audi A4 Avant gibt es mittlerweile sogar einen CNG-Kombi, der bei schnee- und eisfreien Straßen im ICE-Tempo unterwegs sein kann.

Im Alltag unterscheiden sich die klimaschonenden Modelle kaum von den konventionellen Fahrzeugen: Sie liegen bei Reichweite und Kofferraumvolumen auf ähnlichem Niveau. ADAC und Feuerwehr bestätigen, dass die Sicherheit mindestens so hoch wie bei konventionellen Fahrzeugen ist. An der Tankstelle jedoch merkt der CNG-Fahrer die deutlich niedrigeren Kraftstoffkosten sofort. □

BESUCHEN SIE UNS AUF DER



E-world energy &amp; water

IN ESSEN!  
VOM 6.2.  
BIS 8.2.  
2018  
HALLE 1,  
STAND 334

# Egal wie Sie Ihre Stadt in Zukunft versorgen.

## Wir betreuen Sie persönlich.

✓ LÖSUNGSPLATTFORM FÜR ENERGIE

# bayernngas

IHRE ZUKUNFT UNTER:  
loesungsplattform-energie.de

# Tragende Säule Wasserkraft

Informationsveranstaltung des AKE Kreisverbandes Unterallgäu in Erkheim

Wasserkraft ist eine stetige und planbare Energiequelle. Daher nimmt sie eine besondere Stellung unter den Erneuerbaren ein. Grund genug für den AKE Kreisverband Unterallgäu, sich mit diesem „Juwel im Energiemix“ im Rahmen einer Informationsveranstaltung in Erkheim auseinanderzusetzen. Dazu begrüßte die Kreisvorsitzende des Arbeitskreises Energiewende, Dr. Ingrid Fickler, die hochkompetenten Referenten Prof. Dr. Frank Pöhler, Leiter Wasserkraft der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH, der über „Wasserkraft - mehr als nur Stromerzeugung“ sprach und Dipl.-Ing. Hermann Steinmaßl, Altlandrat, MdL a.D., Landkreis Traunstein, der sich zum Thema „Wasserkraft - DIE Energie unserer Heimat. Wasserkraft braucht Unterstützung und Akzeptanz“ äußerte.

AKE-Kreisvorsitzende Fickler hob in ihrer Begrüßung zunächst die sehr lange Tradition der Wasserkraft hervor. Aktuell stünden über 15 % der deutschen Wasserkraftwerke in Bayern - aus gutem Grund. Schließlich erfülle die Wasserkraft als preiswerteste erneuerbare Energie alle Kriterien der Energiewende: Sie sei kontinuierlich verfügbar und damit grundlastfähig, gut regelbar, speicherfähig, schadstoff- und CO<sub>2</sub>-frei. Wasserkraft sei die effizienteste Art, regenerativ Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig und in größerer Menge bereitzustellen. Zudem habe sie als Ausgleich zur schwankenden Einspeisung von Sonnen- und Windstrom das Potenzial, einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromversorgungsnetzes und damit zur Versorgungssicherheit zu leisten.

## Situation im Landkreis Unterallgäu

Im Landkreis Unterallgäu befinden sich Fickler zufolge rund 140 Wasserkraftwerke, von denen viele durch technische, wasserwirtschaftliche und ökologische Optimierung dazu beitragen, den Anteil der erneuerbaren Energie zu steigern und die CO<sub>2</sub>-Belastung zu senken. Aus diesem Grund will die Vorsitzende beantragen, dass der Landkreis Unterallgäu nach dem Vorbild des Landkreises Passau eine Beratungsaktion für Betreiber von Kleinwasserkraftwerken initiiert. Ziel ist eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien im Landkreis Unterallgäu sowie die ökologische Verbesserung betroffener Gewässer. Die Beratung soll durch unabhängige Experten wie z. B. technische Büros erfolgen.

Abschließend verwies Ingrid Fickler auf das Landkreis-Pilotprojekt „Energiewende Unterallgäu Nordwest“. Dieses habe sich zum Ziel gesetzt, den Anteil erneuerbarer Energien am Strom- und Wärmeverbrauch innerhalb von fünf Jahren auf über 60 Prozent zu steigern. „Und hierzu gehört eben auch die Weiterentwicklung der Wasserkraft“, so die Kreisvorsitzende.

## Wichtigster Eckpfeiler der Energiewende

Prof. Dr. Frank Pöhler, Leiter Wasserkraft der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH, bezeichnete die Wasserkraft im Anschluss als „wichtigsten Eckpfeiler der Energiewende in Bayern“. Dort liegt der Anteil der Wasserkraft an den Erneuerbaren bei immerhin 33 Prozent, während er bundesweit nur 11 Prozent ausmacht. Der Wasserkraftanteil an der gesamten Stromerzeugung beträgt im Freistaat rund 14 Prozent, während er in Deutschland bei lediglich drei Prozent liegt. Mit durchschnittlich 12,5 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr kommen ca. 55 Prozent des in Deutschland produzierten Wasserkraftstroms aus dem Freistaat.

„Tatsache ist: Die Wasserkraft ist für den Energiewende-Erfolg in Bayern unverzichtbar“, hob der BEW-Geschäftsführer hervor. Wasserkraft sei mehr als nur regenerative Stromerzeugung;

Strom aus Wasserkraft lasse sich in Pumpspeicher-/Speicher-Kraftwerken sicher und effizient mit Wirkungsgraden über 80 Prozent und wirtschaftlich in großen Mengen speichern. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft als heimischem Energieträger sei CO<sub>2</sub>- und schadstofffrei, schütze das Klima und schone die Ressourcen.

Stünden Wind und Sonne nicht zur Verfügung, seien zur Bedarfsdeckung sog. Schattenkraftwerke, sprich hochflexible und zuverlässige Kraftwerke zur Ausregelung von Schwankungen erforderlich, erläuterte Pöhler. Hierzu zählten auch Wasserkraftwerke, da etwa 50 Prozent der Wasserkraft grundlastfähig sei. Zudem bedürfe es flexibler Stromspeicher.

Nur die „große“ Wasserkraft mit einer Leistung von mehr als 5 MW sei als Erneuerbare Energiequelle heute wirtschaftlich und ohne Subvention betreibbar. Allerdings stehe sie von verschiedenen Seiten unter Druck, wie Pöhler ausführte. Sinnvolle Ausbaupotenziale seien schwer durchsetzbar und es mangle an politischer und gesellschaftlicher Unterstützung. Zudem erschwerten und verteuerten immer strengere ökologische Auflagen (Schwellbetrieb, Restwasser...) die Stromerzeugung. Auch erfordere die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Durchgängigkeit für Fische, Schaffung ökologischer Gewässerstrukturen...) Investitionen in Millionenhöhe. Darüber hinaus bringe die Börsenpreis-Situation für Strom die Wasserkraft an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit und Möglichkeiten für Investitionen in den Erhalt der Anlagen seien begrenzt.

## Vielfältige Aufgaben für große Wasserkraft

Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von mehr als fünf Megawatt seien die einzigen regenerativen Stromerzeugungsanlagen, die in Deutschland nicht über das EEG subventioniert werden, erläuterte der Geschäftsführer. Die Durchschnittsvergütung aller geförderten EEG-Anlagen habe z. B. im Jahr 2015 rund 13 Cent je Kilowattstunde betragen, während die große Wasserkraft ihren regenerativen Strom nach Marktpreisen verkaufen müsse, der 2016 gerade einmal zwei Cent pro kWh betragen habe.

„Der Preisverfall von Strombörsen und Emissionsrechten hat die Wasserkrafterzeugung zu diesem Zeitpunkt an die Grenze der Wirtschaftlichkeit gebracht“, betonte Pöhler. Derzeit stabilisiere sich der Terminmarktpreis allerdings wieder - derzeit liegt er bei über 3 Cent pro kWh. „Das ist zwar immer noch grenzwertig, jedoch kommen wir damit einigermaßen über die Runden“, machte Pöhler deutlich.

Dass Wasserkraft freilich nicht nur Stromerzeugung ist, erläuterte er wie folgt: Im Gegensatz zu anderen regenerativen Stromerzeugern muss die große Wasserkraft zusätzlich immense Kosten für Hochwasserschutz, Naturschutz und Fischschutz, Flusssanierung und

Grundwasserschutz, Gewässerreinigung (rund 200.000 Kubikmeter Treibgut und Abfall fischen die Wasserkraftbetreiber allein in Bayern aus den Flüssen - Rechengutentsorgung), Erhalt der Infrastruktur, Schaffung von Voraussetzungen für Naherholung und Tourismus, Unterhalt von Wasserstraßen sowie Wassernutzungsgebühren aufbringen. Viele Leistungen der großen Wasserkraft gehörten untrennbar zum Geschäft und sollen auch nicht entfallen - weder für die Betreiber noch für die Allgemeinheit. Fakt sei aber, dass Zusatzaufgaben bei Wasserkraftbetreibern wie der BEW ca. 30 % der Gesamtkosten verursachen. Zum Erhalt und der Bezahlbarkeit müssten die „Strompreise“ diese Leistungen aber honorieren, da sie sonst nicht finanzierbar sind.

„Rationalisierung ist zwar ein wesentlicher Teil der Strategie der Bayerischen Elektrizitätswerke, aber Sparen ist nicht alles“, fuhr Pöhler fort. Die Strategie der BEW bestehe deshalb aus den drei Säulen Optimierung der Wasserkraft, Nachhaltigkeit der Wasserkraftnutzung und neue Wege der Zusammenarbeit.

## Optimierte Wasserkraft

Durch die Optimierung der Wasserkraft sei bei der BEW nachweislich eine deutliche Reduzierung der Gesamtbetriebskosten um 36 % erreicht worden. Die Nachhaltigkeit der Wasserkraftnutzung mit dem Ziel der Vermeidung von Investitionsstau beinhalte zunächst die Fortführung der Modernisierung und Automatisierung von 6 Kraftwerken an der Oberen Donau und 4 Kraftwerken am Unteren Lech sowie die Umsetzung der „Illerstrategie 2020“. Hinzu kommt die Leistungssteigerung durch neue Laufräder am Kraftwerk Meitingen am Lechkanal, wo 3 Maschinen mit neuen Doppel-Francis-Laufrädern eine Erzeugungsteigerung um 14 % ermöglichen.

Maßnahmen zur Hochwassersicherheit (Ertüchtigung und Anpassung von Dämmen und Deichen an DIN 19700 insbesondere am Unteren Lech und an der Donau) stünden ebenso auf der Agenda wie die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, d.h. komplette Herstellung der Durchgängigkeit von Iller, Wertach und Günz (Neubau von Fischwanderhilfen an diesen Flüssen abgeschlossen) und Schaffung von Gewässerstrukturen und Untersuchungen zum Geschlechtsverkehr.

„Als BEW wollen wir Vorbild für die Wasserkraftnutzung der Zukunft sein und auftretende Interessenskonflikte minimieren. Wir möchten mit allen Stakeholdern - also mit Anwohnern, Umwelt- und Fischereiverbänden, mit Kommunen, Fachbehörden und der Wissenschaft - auf Augenhöhe kommunizieren, deren Kompetenz und Engagement nutzen, um gemeinsame Best-Practice-Lösungen zu finden“, hob Prof. Pöhler hervor. Diese Vorgehensweise generiere Vorteile für alle Seiten.

## Energiedreieck

„Ziele benötigen Hierarchien“, machte Traunsteins Altlandrat und MdL a.D., Dipl.-Ing. Hermann Steinmaßl deutlich. Beim Aufeinanderfinden von Zielen sei abzuwägen, welchen man den Vorzug gibt. Politik müsse hier Entscheidungen treffen, sonst berufe sich jeder auf ein ihm genehmes Ziel als das wichtigste. Im vielzitierten Energiedreieck gilt aus seiner Sicht folgende Reihung: Versor-



Von links: Die Bürgermeister Christian Seeberger, Erkheim; Franz Morath, Egg a.d. Günz; Bernhard Kerler, Bad Grönenbach; Peter Wachler, Markt Wald; Gastgeberin Dr. Ingrid Fickler zusammen mit den Referenten Prof. Dr. Frank Pöhler, Geschäftsführer Bayerische Elektrizitätswerke GmbH gemeinsam mit Altlandrat Hermann Steinmaßl.

gungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit.

Tatsache sei, dass durch den volatilen Strom aus Wind und Sonne die Versorgungssicherheit schlechter geworden ist, bemerkte Steinmaßl. Zudem seien durch den hohen Anteil von EEG und Netzentgelten die Kosten ständig gestiegen. Man habe es hier mit einer Wettbewerbsverzerrung zu tun, die die wirtschaftlichen Energien benachteilige.

## Für konzeptionelles Handeln

Mit Verweis auf die Nachhaltigkeit wies Steinmaßl darauf hin, dass durch die Abschaltung der Kernkraftwerke der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Bayern ab 2022 erheblich zunehmen werde, wenn der Strom von der Braunkohle importiert werden muss. „Die Ziele bleiben, die Herausforderungen aber steigen mit dem Abschalten der Kernkraftwerke, dem Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und dem Einstieg in die Elektromobilität“, hob der Altlandrat hervor. Gefordert sei ein „konzeptionelles und konsequentes Handeln“, das den Zielen inhaltlich wie zeitlich gerecht wird.

Konzepte zur Eindämmung der Strompreise sehen laut einem Gutachten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums eine flexible Stromsteuer, die Einführung eines Streckungsfonds, ei-

nen Systemwechsel sowie eine verbesserte Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr vor. Der Streckungsfonds sieht vor, die EEG-Umlage auf 6,5 Cent/kWh einzufrieren. Der kreditfinanzierte, staatliche Streckungsfonds soll dann Fehlbeiträge finanzieren.

## Blick in die Zukunft

Wie Steinmaßl darlegte, „wird das EEG in irgendeiner Form bleiben, aber perspektivisch einen Systemwechsel bekommen“. Zudem sei von einem Bestandsschutz bestehender Anlagen auszugehen. Auch werde die Ausschreibung zur Regel. Zur Diskussion über einen Systemwechsel gehöre auch, „dass man vermutlich wegkommen wird von der Bezahlung der eingespeisten Kilowattstunden“. Stattdessen tendiere die Politik wohl dahin, die installierte Leistung künftig zu vergüten. Für die Wasserkraft wäre dies aus Steinmaßls Sicht freilich „fatal“. Ebenso in der Diskussion sei die Einspeisung nach Börsenpreis, d.h. dem Erzeuger bleibe es überlassen, zu welchem Zeitpunkt er einspeist.

Steinmaßl zufolge „wird man ohne Förderung oder Finanzierung von netzstabilisierenden und netzausgleichenden Faktoren keine zufriedenstellende Lösung bekommen“. Aus seiner

Sicht muss geprüft werden, was in einer Region technisch auch über Grenzen hinweg möglich ist. Erst dann sollten - im Gegensatz zum EEG - Gesetze und Marktdecks entwickelt werden, die eine gewollte Entwicklung unterstützen. Nach Ansicht Steinmaßls, der eine „Lobby aus Bayern für die Wasserkraft“ forderte, gilt es, die Stärken der Heimat zu schützen. „Und Wasserkraft ist eine Energie unserer Heimat.“

## Gegen Technikfeindlichkeit

„Wir werden die Energiewende nicht schaffen, wenn wir bei der Umsetzung vor Ort Technikfeindlichkeit an den Tag legen und die diversen erneuerbaren Energieträger verteuern“, fuhr der Altlandrat fort. Die zentrale Frage laute: „Hilft man wirklich den Kindern und Enkeln, wenn man sich jeglicher Entwicklung und Veränderung verweigert?“

Steinmaßls abschließender Appell: „In Zeiten der Energiewende muss es das oberste Gebot sein, Energie, die vor der Haustür vorbeifließt, auch für die Menschen zu nutzen. Wir brauchen alle Energieträger! Es gibt kein Entweder-oder, sondern nur ein und-und-und...“ Welche Energien in den einzelnen Regionen am besten zum Einsatz kommen sollen, solle auch vor Ort entschieden werden. DK

## Stadt Neuburg an der Donau und LEW:

# Langjährige Strompartnerschaft wird fortgeführt

Neuer Wegenutzungsvertrag für den Stadtteil Bergen unterzeichnet

Der Stadtrat Neuburg hat einem neuen 20-jährigen Wegenutzungsvertrag mit der Lechwerke AG (LEW) zugestimmt. Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen Kommune und Energieversorger bei der Stromverteilung. Er garantiert für die rund 190 Netzkunden im Stadtteil Bergen auch für die Zukunft eine sichere Stromversorgung.

Bei der Vertragsunterzeichnung in der Hauptverwaltung der Lechwerke in Augsburg hoben OB Dr. Bernhard Gmehling, LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher und Peter Kraus, Leiter der LEW-Kommunalbetreuung, die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit hervor.

Bereits seit 1922 besteht die Netzpartnerschaft der Lechwerke mit der Stadt. Über das Stromverteilungsnetz in Bergen werden jährlich rund 950.000 Kilowattstunden verteilt.

Der Wegenutzungsvertrag erlaubt den Lechwerken, öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen. Außerdem gibt er dem Energieversorger die Planungssicherheit, um in den weiteren Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Stromversorgung zu investieren.

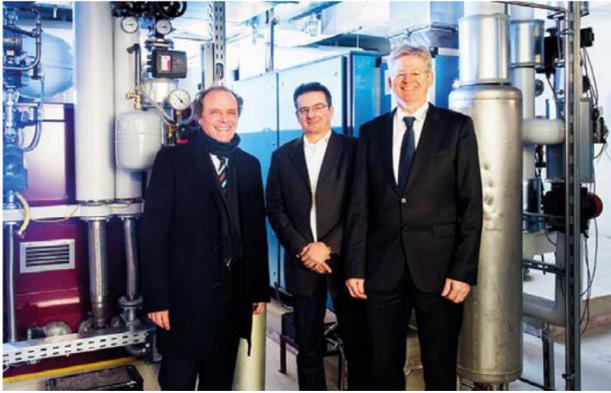
LEW bietet ein breites Angebot an Energielösungen. Die

LEW-Gruppe betreibt das Stromverteilungsnetz in der Region und ist mit 36 Wasserkraftwerken einer der

führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern. Außerdem bietet LEW Dienstleistungen in den Bereichen Netz- und Anlagenbau, Energieerzeugung und Telekommunikation an. Die Lechwerke AG gehört zu innogy SE, dem führenden deutschen Energieunternehmen. □



V. l.: Peter Kraus, Leiter LEW-Kommunalbetreuung, Neuburgs Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling und LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher stellen den neuen Wegenutzungsvertrag zwischen LEW und der Stadt Neuburg an der Donau vor. Bild: LEW/Christina Bleier



Eckhard Harscher, erster Bürgermeister in Waltenhofen, Oliver Ottow, Leiter Vertriebsregion Süd erdgas schwaben, und Christian Arlt, Geschäftsführer schwaben regenerativ (v.l.), bei der offiziellen Inbetriebnahme des Wärmenetzes für das Neubaugebiet in Hegge. □

*Nachhaltig und innovativ:*

## erdgas schwaben versorgt Familien in Waltenhofen mit Wärmenetz

Hoch effizient und preiswert zugleich versorgt das Nahwärmenetz von erdgas schwaben als Quartierslösung die Familien, die in das Neubaugebiet in Waltenhofen-Hegge einziehen. Die ersten von insgesamt 120 geplanten Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern und 60 Wohnungen werden jetzt mit klimaschonender Wärme beliefert. Zwei mit Bio-Erdgas betriebene Blockheizkraftwerke (BHKWs) erzeugen kostengünstig und CO<sub>2</sub>-neutral Wärme für die Bewohnerinnen und Bewohner des neuen Stadtviertels, das idyllisch an der Iller gelegen ist.

„Egal, woher die Energie in Zukunft kommt – wir versorgen die Waltenhofener Familien mit klimaschonender Energie“, sagt Christian Arlt, Geschäftsführer schwaben regenerativ, 100prozentige Unternehmenstochter von erdgas schwaben. Arlt ist überzeugt, dass die Kraft-Wärme-Kopplung mit Hilfe von BHKWs eine wichtige Rolle für die Energiewende spielen: „Die Zukunft ist ein Mix aus vielen Energieträgern, und damit bietet unser Wärmenetz die besten Voraussetzungen für ein sorgenfreies und kuscheliges Zuhause.“

*Quartiersentwicklung mit Wärmenetz*

Quartierslösungen mit Wärmenetzen sichern die Energieversorgung der Zukunft: nachhaltig, flexibel und dezentral. erdgas schwaben hat für das Neubaugebiet in Waltenhofen-Hegge ein innovatives und zuverlässiges Quartierskonzept entwickelt. Die ersten Familien werden jetzt über das

zukunftsweisende Wärmenetz mit klimaschonender Wärme versorgt. Eckhard Harscher, Bürgermeister in Waltenhofen, freut sich, dass die günstige und umweltschonende Wärmeversorgung für die Familien, die in den neuen Häusern einziehen, auf lange Zeit gesichert ist: „Ich freue mich, dass die Familien in Hegge dieses nachhaltige Energiekonzept bekommen und damit für die Zukunft gerüstet sind. Unsere Bürgerinnen und Bürger leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Klimawandel und Energiewende.“

Oliver Ottow, Vertriebsleiter Region Süd und Geschäftsführer Erdgas Kempten-Oberallgäu, sieht großes Potenzial für die Quartierslösungen mit Wärmenetz: „Die BHKWs in unserer Heizzentrale haben einen sehr hohen Wirkungsgrad, und weil sie schon jetzt zu einem hohen Anteil mit Bio-Erdgas beliefert werden, setzen sie Zeichen für die Energiezukunft aus regenerativen Quellen.“ □

*Erneuerbare Gase:*

## Ein Systemupdate der Energiewende

Der Einsatz von etwa 930 TWh Erneuerbaren Gasen erschließt den Flexibilitätsbedarf eines treibhausgasneutralen Energiesystems bis 2050. Mit der Nutzung ist ein volkswirtschaftlicher Kostenvorteil von 19 Mrd. Euro verbunden. Die enervis-Studie „Erneuerbare Gase – ein Systemupdate der Energiewende“ skizziert den Weg zu einem treibhausgasneutralen Energiesystem bis zum Jahr 2050. Die Studie wurde vom Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) und der Initiative Erdgasspeicher e.V. (INES) beauftragt. Ein Politischer Beirat hat die Studie begleitet.

Die Studie zeigt, dass ein treibhausgasneutrales Energiesystem in Deutschland im Jahr 2050 auf etwa 930 TWh Erneuerbare Gase zurückgreifen sollte. Ein Einsatz Erneuerbarer Gase ist für die Dekarbonisierung des Feedstocks der Industrie und für den Verkehr unabdingbar.

Im Wärmesektor entstehen durch die Nutzung darüber hinaus volkswirtschaftliche Kostenvorteile. Die im zukünftigen Energiesystem notwendige zeitliche und räumliche Flexibilität kann durch die vorhandenen Gasspeicher und Gasnetze erschlossen werden. Gasspeicher können so die vom Endenergieverbrauch abweichende Produktion Erneuerbarer Energien ausgleichen.

„Die Erzeugung Erneuerbarer Gase über Power-to-Gas bietet die Möglichkeit, die Gasspeicher und Gasnetze auch in einem treibhausgasneutralen Energiesystem zu nutzen. Dies ermöglicht den weiteren Einsatz von Erneuerbaren Gasen im Wärmemarkt und führt so zu volkswirtschaftlichen Vorteilen.“, fasste Sebastian Klein, Prokurist der enervis energy advisors GmbH (enervis), zusammen.

„In einem Energiesystem, das ausschließlich auf der Erzeugung Erneuerbarer Energien beruht, benötigen wir Stabilität durch Flexibilität. In Verbindung mit Power-to-Gas können Gasspeicher diese Flexibilität erneuerbar bereitstellen. Die Auswirkungen von Dunkelflauten sind dank der Gasspeicher also Geschichte“, so Sebastian Bleschke, Geschäftsführer der Initiative Erdgasspeicher.

„Wer Energiewende ehrlich meint, kommt an einem ambitioniert starken Ausbau der Windenergie nicht vorbei. Dieser muss jetzt beginnen. Die Aufgabe ist leistbar, die Dekarbonisierung über alle Sektoren zu schaffen“, unterstrich Hermann Albers, Präsident Bundesverband WindEnergie. □

*Neubau der Erdgasfernleitung Forchheim-Finsing:*

## Planfeststellungsbeschluss für Erdgasfernleitung erteilt

Mit Erlass des Planfeststellungsbeschlusses durch die Regierung von Oberbayern ist das Planfeststellungsverfahren (PFV) für die Erdgasfernleitung von Forchheim nach Finsing Ende Dezember 2017 mit der Feststellung der Trassenführung abgeschlossen worden. Diese war in mehrtägigen Erörterungsterminen mit den betroffenen Behörden, Gemeinden, Unternehmen und Privatbetroffenen bzw. deren Rechtsvertretungen erörtert worden.

Im Rahmen einer offiziellen Übergabe hat die Regierung von Oberbayern, vertreten durch die Verfahrensführerin Barbara Sterzel, den Beschluss der Open Grid Europe jetzt offiziell übergeben. Mit Erteilung des Baurechts werden die Vorbereitungsmaßnahmen, je nach Witterungslage, in den nächsten Tagen beginnen. Der Abschluss der Arbeiten ist für Dezember 2018 geplant.

Die neue Fernleitung von Forchheim nach Finsing wird parallel zu einer bestehenden Fernleitung errichtet. Die rund 77 km lange

Leitungsleitung wird ab der OGE/bayernets-Station Forchheim bis zur neuen Mess- und Regelanlage in Finsing, südlich des Münchner Flughafens, verlaufen. Sie hat einen Durchmesser von 1.000 Millimetern und ist für einen Druck von 100 bar ausgelegt.

Die neue Leitung dient zum einen der Stärkung der Leistungsfähigkeit des Erdgastransportsystems in Nord-Süd- bzw. in Süd-Nord-Richtung und zum anderen werden damit die Kapazitätsbedarfe der regionalen und lokalen Verteilnetzbetreiber sichergestellt. □



Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben (l.), und Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister in Günzburg, nahmen die neuen Wallboxen von erdgas schwaben in der Tiefgarage in Günzburg in Betrieb. Bild: erdgas schwaben

*In der Tiefgarage der Günzburger Altstadt:*

## erdgas schwaben eröffnet die ersten Wallboxen

Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister in Günzburg, hat gemeinsam mit Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, zwei neue Wallboxen als Ladestationen für Elektroautos in der Tiefgarage in der Günzburger Altstadt, Jahnstraße 2, in Betrieb genommen. Zwei Elektroautos können gleichzeitig laden. erdgas schwaben beliefert die Wallboxen mit Strom aus 100 Prozent Wasserkraft.

„Wir machen für die Elektroautos den Weg frei. Sie fahren leise und emissionsfrei und tragen damit zu noch mehr Lebensqualität für alle bei, die hier leben, arbeiten und wohnen“, sagte Oberbürgermeister Jauernig. „Ich freue mich sehr, dass wir mit erdgas schwaben auf diesem Gebiet eng zusammenarbeiten und Infrastruktur für die Zukunft schaffen – für mehr Klimaschutz und mehr Attraktivität für unsere Stadt. Günzburg macht damit einen weiteren Schritt in Richtung Zukunft.“

Die Wallboxen von erdgas schwaben in der Tiefgarage in der Günzburger Altstadt liefern Strom aus 100 Prozent Wasserkraft. Die beiden Ladepunkte vom Typ 2, der sich als Standard in Europa durchgesetzt hat, haben eine Leistung von jeweils 22 Kilowatt (kW). Das bedeutet einmal aufladen, während wir zum Beispiel einen Bauantrag abgeben, einkaufen gehen oder Freunde besuchen.

*Das Klima und die Umwelt schonen*

„Der Strom für die ersten Wallboxen in Günzburg wird zu 100 Prozent mit Wasserkraft erzeugt“, sagte Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkundenbetreuung erdgas schwaben, der an der Eröffnung teilnahm. „Damit können wir die Umwelt und das Klima schonen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Energiewende.“

erdgas schwaben baut sein Netz von Elektroladesäulen weiter aus. „Wir sehen unser Engagement auch als wichtigen Baustein für die Region“, sagte Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben. „Indem wir das Ladenetz immer dichter machen, unterstützen wir auch das Ziel der Bundesregierung, eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bekommen.“ □

## „Zuversicht, Kreativität und Engagement“

Green City e.V. erhielt Bayerischen Umweltpreis 2017

Der Träger des Bayerischen Umweltpreises 2017 kommt aus München. Die Bayerische Landesstiftung zeichnete die Umweltorganisation Green City e.V. im Rahmen einer Feierstunde in Nürnberg aus.

Für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes vergibt die Bayerische Landesstiftung seit 1985 den Bayerischen Umweltpreis.

In seiner Laudatio lobte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder: „Green City e. V. engagiert sich seit nunmehr 27 Jahren für die Umwelt in München. Sie tun das auf eine Art, die von Zuversicht, Kreativität und menschlichem Engagement geprägt ist. Sie scheuen sich nie vor ungewöhnlichen Herangehensweisen, um Menschen einzubinden – nicht nur ins Miteinander-reden, sondern auch ins Miteinander-machen. Gemeinsam mit den Bürgern sagen sie dem Klimawandel und den Verkehrsproblemen in der am schnellsten wachsenden Metropole Deutschlands den Kampf an.“

Martin Glöckner, Geschäftsführer von Green City e.V., verspricht: „Auch die nächsten 27 Jahre werden wir bei Green City e.V. vor allem eines tun: Das Reden anderen überlassen und stattdessen handeln – für ein lebenswerteres, grüneres München!“ Wer sich ebenfalls für diese Ziele engagieren möchte, ist als Mitglied bei Green City e.V. herzlich willkommen.

Ein Anmeldeformular gibt es unter [www.greencity.de/mitglied-werden](http://www.greencity.de/mitglied-werden). □



# Der schönste Energiemix

[f](#)

[i](#)

[You Tube](#)

[www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de)

Erdgas // Bio-Erdgas  
Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen –  
unser Mix macht's möglich



erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind








Laternix:

## Historische Straßenleuchten erhalten

Zur Steigerung der Energieeffizienz, Erfüllung von Auflagen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und Verringerung der Kosten nehmen Städte und Kommunen derzeit verstärkt die Umstellung der Straßenbeleuchtung von konventioneller auf LED-Technologie in Angriff. Dabei muss nicht immer der gesamte Lichtkopf ersetzt werden, sondern häufig ist die Umrüstung der vorhandenen Leuchte mit einer eigens dafür entwickelten LED-Umrüstungsbaugruppe die nachhaltigere und kostengünstigere Alternative. Bei historischen oder denkmalgeschützten Außenleuchten ist dies sogar der einzige gangbare Weg.

Das Unternehmen Laternix aus dem oberbayerischen Traunstein hat mit LEDiKIT® Streetlight ein Sortiment von LED-Umrüstungen entwickelt, die spezifisch auf die verschiedenen Leuchtenbauformen zugeschnitten sind. Es umfasst Lösungen für Mastaufsatzleuchten, Bogen- und Glockenleuchten, Spiegel-Werfer-Leuchten sowie für leistungsstarke, technische Straßenleuchten. Damit lassen sich drastische Energie- und Wartungskosteneinsparungen realisieren und gleichzeitig die Sehbedingungen im nächtlichen Außenraum für

die Bürger spürbar verbessern. Ermöglicht wird dies durch die Integration einer intelligenten Dimmsteuerung sowie den Einsatz präziser Lichtlenkungsoptiken. Damit ist auch der Grundstein für den SmartCity-Ansatz gelegt, der auf eine effiziente, technologisch fortschrittliche und grüne Gestaltung von Kommunen abzielt.

Die Elektronik ist auf die harschen Bedingungen in der Straßenbeleuchtung (extreme Temperaturwechsel, Spannungsspitzen usw.) ausgelegt und gewährleistet eine lange Lebensdauer und damit Investitionssicherheit. □



Die Umrüstung der vorhandenen Leuchte mit einer eigens dafür entwickelten LED-Umrüstungsbaugruppe ist eine nachhaltige und kostengünstige Alternative. □

Endres Lighting:

## Innovativer Einbausatz für Bestandsleuchten

Seit einigen Jahren beschäftigt sich Endres Lighting intensiv mit LED-Technik für Straßen- und Platzbeleuchtung. Aus eigener Entwicklung bietet das Unternehmen aktuell ein breites Spektrum an Umrüstungen für die verschiedensten Leuchten-Typen an.

Einen innovativen und individuell konfigurierbaren Einbausatz für Bestandsleuchten stellt der Plato LED Umrüstungssatz für normgerechte Ausleuchtung dar. Mit ihm können erhaltenswerte Leuchten auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden, ohne das gesamte Erscheinungsbild der Straße zu ändern. Durch dieses LED Modul werden Beleuchtungskosten erheblich gesenkt. In gleichem

Maße wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gemindert.

Hauptmerkmale:

- hocheffizient - bis zu 154 lm/W und sehr gleichmäßiger Ausleuchtung
- Leistungsreduzierung möglich
- integrierter Überspannungsschutz 8 KV
- LED auf einem Aluminiumträger
- LED Modul und elektrische Baugruppen VDE geprüft. □



Altöttings Bürgermeister Herbert Hofauer (2. v. r.) und Bayernwerk-Kommunalbetreiber Franz-Josef Bloier (r.) bei der Präsentation der energiesparenden LED-Straßenleuchten Ende Juni 2017. Bild: RFO

## Altötting erstrahlt im LED-Licht

75 Prozent Strom spart die Stadt Altötting ab sofort beim Betrieb ihrer Straßenbeleuchtung ein. Möglich wird das durch die Umrüstung von rund 1.500 Straßenlaternen auf LED-Technologie. Das Energieunternehmen Bayernwerk, das die Straßenbeleuchtung in Altötting betreibt, hat nun die Montagearbeiten abgeschlossen. Somit erstrahlt die Stadt ab sofort in modernem LED-Licht.

„Die Umrüstung auf die LED-Technologie ist eine Investition für die Umwelt und für Energieeffizienz. Deshalb amortisiert sich dieser Schritt auch innerhalb relativ kurzer Zeit“, erläuterte der Erste Bürgermeister Altöttings, Herbert Hofauer, im Rahmen einer Ortsbesichtigung. Durch die Umrüstung würden pro Jahr rund 230 Tonnen weniger klimaschädliches CO<sub>2</sub> emittiert. Der Stromverbrauch reduziere sich um circa 460.000 Kilowattstunden jährlich.

Rund 1.500 Straßenleuchten hat das Bayernwerk in den letzten Monaten auf LED-Betrieb umgestellt. Neben der Energieeinsparung und damit sinkenden CO<sub>2</sub>-Emissionen haben LED-Leuchten weitere Vorteile.

„Hohe Lichtausbeute, stufenlos dimmbar, lange Lebensdauer, konstanter Lichtstrom bei unterschiedlichen Temperaturen und bessere Lichtfarbe zählen ebenso zu den Vorteilen von LED-Leuchten“, erklärte Franz Bloier, Kommunalbetreiber des Bayernwerks.

Zudem lockt LED-Licht deutlich weniger Insekten an, da der UV-Anteil am Licht sehr gering ist.

Die Lebensdauer der LED-Leuchten beträgt nach Herstellerangaben zwölf bis 15 Jahre. Für die Umrüstung fallen Kosten in Höhe von rund 450.000 Euro an. „Durch die Einsparungen beim Energieverbrauch wird sich die neue Straßenbeleuchtung rechnerisch nach weniger als fünf Jahren amortisiert haben“, betonte Bloier.

### Beleuchtungskonzept für den Kapellplatz in Planung

Besondere Lichtplanungen erfordert das Herz des Wallfahrtsortes Altötting. Der Kapellplatz mit der Gnadenkapelle ist abends noch in das Gelb-Orange der Natriumdampf Lampen getaucht. „Wir feilen aber an einem LED-Konzept, das der besonderen Bedeutung des Platzes gerecht wird“, versicherte Bloier abschließend. □

Landkreis Garmisch-Partenkirchen:

## Übergabe von LED-Lampen an die Tafel

Landrat Anton Speer hat zusammen mit Klimaschutzmanager Florian Diepold-Erl und Anneliese Gindhart aus der Bauverwaltung rund 160 LED-Lampen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tafel überreicht. Jochem Rollar, Landkreiskoordinator der Tafeln, sprach von einer „tollen und sinnvollen Aktion, die gewiss bei den richtigen Menschen ankommt“.

Die LED-Lampen wurden dem Klimaschutzmanagement des

Landkreises von der Firma Osram für eine Energiesparaktion zur Verfügung gestellt. Die LED-Lampen werden nun an die Tafeln in Garmisch-Partenkirchen, Murnau, Mittenwald und Oberammergau verteilt und dort an Personen mit einem Berechtigungsschein ausgegeben. Landrat Anton Speer, bedankte sich für den „unermüdlichen und großartigen Einsatz der Tafel-Mitarbeiter“, die allesamt ehrenamtliche tätig sind.

### Erster Schritt zum Energiesparen

LED-Lampen benötigen nur rund ein Zehntel der Energie von herkömmlichen Glühlampen und sind ein sehr guter erster Schritt zum Energiesparen im Haushalt. Klimaschutzmanager Florian Diepold-Erl weist zudem darauf hin, dass alle bedürftigen Personen im Landkreis bei der Verbraucherzentrale Bayern eine kostenlose Energieberatung erhalten können.

Einfach unter 0800/809802400 einen Termin vereinbaren und bis zu 30 Prozent Energiekosten sparen. □

Regionalkonferenz in Staffelstein:

## Intelligente Stromnutzung

Bei Stromerzeugung und -verteilung hat die Energiewende vieles auf den Kopf gestellt. Dezentrale, vor allem mit erneuerbarer Energie wirtschaftende Systeme, gewinnen an Bedeutung. Gleichzeitig werden die Bereiche Wärme, Kälte, Strom und Mobilität immer enger miteinander gekoppelt und digital vernetzt. Um die daraus entstehenden Chancen für Betriebe und Unternehmen der Region deutlich zu machen und Lösungsansätze aufzuzeigen, veranstaltete die Regierung von Oberfranken in Kooperation mit den oberfränkischen Wirtschaftskammern auf Kloster Banz die Regionalkonferenz „Intelligente Stromnutzung“.

Bei dieser umfassenden Informationsveranstaltung ging es unter anderem um Themen wie den Nutzen von Energiemanagement, Smart Meter Gateways, den modernen Zählerschrank, Gebäudeautomation als Baustein einer intelligenten Energiewende, Stromerzeugung und -nutzung in Eigenregie, Funktion und Nutzen von Regelleistung sowie Elektromobilität im gewerblichen Einsatz. „Für die Unternehmen in der Region entstehen hier große Chancen für eine effiziente und kostengünstige Nutzung von Strom“ hob Dr. Corinna Boerner, Bereichsleiterin für Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr an der Regierung von Oberfranken, in ihrer Begrüßung hervor.

Laut Dr. Manfred Fenzl (Bayern Innovativ GmbH, Nürnberg) ist es das erklärte Ziel, die Energieeffizienz der bayerischen Wirtschaft durch die Initiierung von Energieeffizienz-Netzwerken flächendeckend zu verbessern. Bayerns Wirtschaft soll in Sachen Energieeffizienz zum nationalen und internationalen Vorbild fungieren. Dies stärke die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen und empfehle Bayerns Betriebe als nachhaltige Geschäftspartner. Dazu sei von Verbänden, Kammern und dem Freistaat Bayern die BEEN-Initiative gegründet worden.

### Initiierung von Energieeffizienz-Netzwerken

Erfahrungen mit Pilotprojekten hätten gezeigt, dass Energieeffizienznetzwerke die teilnehmenden Unternehmen unterstützen, Maßnahmen zur Senkung von Energieverbrauch und Emissionen schneller und wirtschaftlicher umzusetzen, als dies im betrieblichen Alltag der Fall ist, so Fenzl.

Durch den Austausch mit anderen Unternehmen ergeben sich aus seiner Sicht neue Ideen und Impulse, zudem ließen sich bei Querschnittstechnologien Erfahrungen gut übertragen. Auch fördere das gemeinsame Ziel die Bereitschaft zum Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus stehe für Fragen vonseiten der Betriebe ein Energieberater zur Verfügung und ein jährliches Monitoring zeige den Fortschritt der umgesetzten Maßnahmen. Ferner werde bei den regelmäßigen Treffen zu ergebnisorientierten und betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen neues Wissen vermittelt.

Anhand konkreter Beispiele zeigte Energieberater Marco Höhn von den Kommunalbetrieben Neustadt bei Coburg den Nutzen eines konsequenten Energiemanagements auf. Karlheinz Ronge vom Fraunhofer IIS in Nürnberg gab einen Einblick über die Technik und den Einsatz von Smart Meter Gateways und Thomas Löw von der Firma Hager aus Bamberg, einem Anbieter für innovative Systemlösungen in der Elektromobilität, informierte über moderne Zählerschränke.

Prof. Michael Krödel von der Hochschule Rosenheim, Professor für Gebäudeautomation und Datenverarbeitung, wies auf die Energieeinsparung durch Gebäudeautomation hin: „Hier lassen sich bei Nichtwohngebäuden locker 20 Prozent der Energie, oft auch bis zu 30 Prozent einsparen“, machte er deutlich. Zum Beispiel

durch die bedarfsgerechte intelligente Steuerung und Regelung unter anderem von Heizung, Lüftung oder Beleuchtung.

Während die Stromerzeugung und -nutzung in Eigenregie im Vortrag von Mario Münch, Geschäftsführer von Münch Elektrotechnik aus Rugendorf, im Mittelpunkt standen, informierte der regionale Vertriebsleiter von E.ON, Rolf Heiermann, über Funktion und Nutzen der Regelleistung. Mit aktuellen Erfahrungen zur Elektromobilität im gewerblichen Einsatz warteten Dr. Wolfgang Christl von der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Bernd Zeilmann (Obermeister der Innung für Elektro- und Informationstechnik in Bayreuth) sowie Andreas Weinrich von der Logistikagentur Oberfranken e.V. auf. Christl berät Handwerksbetriebe bei der Umstellung ihrer Fahrzeugflotten. Seine Erfahrung zeigt: In vielen Anwendungsszenarien ist die Elektromobilität bereits alltagstauglich.

Wie Bernd Zeilmann darlegte, müssen Energieerzeugung, Gebäudetechnik, Energiespeicher und Elektromobilität zusammen betrachtet werden. Die einzelnen Komponenten seien aufeinander abzustimmen. DC-Netze (flexible Gleichspannungsnetze) in Gebäuden verringerten den Wandlerverlust und senkten den Energieverbrauch um bis zu 10 Prozent.

Zeilmann zufolge sind Elektrofahrzeuge effizienter und verbrauchen nur ein Drittel der Energie von konventionellen Fahrzeugen. Durch Reichweiten von bis zu 500 km ist ein Nachladen außerhalb des Standortes nicht mehr nötig. Für Kurzstreckeneinsätze, Liefer- und Verteilerverkehr, Kontrollgänge oder ähnliche Aufgaben sind Elektrofahrzeuge besonders geeignet. Behörden, Ämter, Kommunen und Städte müssten vorgehen und den eigenen Fuhrpark umstellen. Erforderlich sei das optimale Fahrzeug am richtigen Platz.

Als Schwachpunkt identifizierte der Obermeister das Ladegerät im Auto. DC-Laden ermögliche ein flexibleres und in Verbindung mit PV-Anlage und Energiespeicher effizienteres Laden. Benötigt werde mehr intelligentes und dynamisches Laden. Durch den Informationsaustausch zwischen Fahrzeug und Ladesäule nach ISO/IEC 15118 würden der Ladezustand und die Identifikation übergeben und das Bezahlen abgewickelt.

Am günstigsten sei es, die Energie dort zu erzeugen, wo sie verbraucht wird, erklärte Zeilmann. Dies entlaste die Netze und durch Vehicle to grid (V2G) werde die überschüssige Energie in den E-Fahrzeugen gespeichert und bei Bedarf wieder an das Netz zurückgegeben. Oberfranken, so Zeilmann abschließend, brauche eigene Projekte zur intelligenten Stromnutzung wie jenes für intelligentes Lademanagement an P&R-Plätzen – siehe Buchloe im Landkreis Ostallgäu.

Da das Konzept der gemeinsam ausgerichteten Regionalkonferenz die Teilnehmer überzeugte, wollen Regierung und Wirtschaftskammern auch weiterhin ihre Kräfte bündeln. „Diese Veranstaltung ist der Auftakt für weitere Kooperationen“, lautete der Ausblick von Corinna Boerner. □

### LEDiKIT® Streetlight

Digitale Lichtlösungen für die Stadtbeleuchtung. Mit Verstand und Verantwortung modernisieren.

Besuchen Sie vom 18. bis 23. März 2018: Messe Frankfurt | Halle 5 | Stand C07

light+building

Fertigung in Deutschland

- Upgrade ihrer gewohnten Leuchten, formal schlüssig und intelligent
- reduziert Lichtverschmutzung, gut für Mensch und Umwelt
- bessere Beleuchtung, bedarfsgerecht und hocheffizient
- schnelle Amortisation durch drastische Einsparungen, lange Lebensdauer
- einfache und sichere Montage, vollständig reparaturfähig (keine Einwegartikel)

Große Auswahl unterschiedlicher Bauformen, zugeschnitten auf die Außenleuchtenmodelle in Ihrem Bestand!



Laternix GmbH & Co. KG Axdorfer Feld 20 83278 Traunstein +49 (0)861 9099 20 40 info@laternix.de

www.laternix.de

*Einzigartiges Konzept in Neuötting:*

## Erneuerbarer Strom und Lärmschutz als ideale Symbiose

In Kommunen und Energiegenossenschaften kann dieses Pionierprojekt Schule machen: 2016 wurde in der oberbayerischen Stadt Neuötting entlang der Staatsstraße 2550 eine Lärmschutzwand mit integrierter Photovoltaik-Anlage installiert. Das Konzept für Gestaltung und Finanzierung gilt als beispielhaft.

Blick zurück: Die Stadt Neuötting wollte an der „alten B12“ ein neues Baugebiet ausweisen. Auch war der Neubau einer Schule an diesem Standort geplant. Eine Voraussetzung für die Ausweisung des Baugebietes war der Bau einer Lärmschutzwand auf kleinem Grund mit einer Höhe von immerhin knapp 5 Metern. Laut Bauamtsleiter Alois Schötz „wäre die günstigste Lösung eine blickdichte, graue Lärmschutzwand aus Beton gewesen, die in Neuötting aber keiner haben wollte“.

Parallel zu den Planungen der Stadt wurde die EnergieGenossenschaft Inn-Salzach eG (EGIS eG) auf das Neubauprojekt aufmerksam.



Das Konzept für die 234 Meter lange und 5 Meter hohe PV-Lärmschutzwand ist beispielhaft. Bild: Medienzentrums Altötting

Gemeinsam mit der Stadt wuchs der Gedanke, das Zweckmäßige (Lärmschutzwand) mit dem Sinnvollen (Photovoltaik-Anlage) zu verbinden. Schnell war klar, dass Neuötting selbst nicht in die Photovoltaikanlage investieren wollte, da das Fachwissen für Planung, Betrieb und Wartung solcher Anlagen fehlte. So entschloss man sich zur Zusammenarbeit mit der EGIS eG, die fortan eine auf Photovoltaikanlagen spezialisierte Firma mit ins Boot nahm und gemeinsam mit der Stadt schließlich auch einen geeigneten Partner für Lärmschutzkonzepte fand.

Von der Idee bis zur Umsetzung des mit dem Sparkassen-Energiepreis des Landkreises Altötting und dem Bürgerenergiepreis Oberbayern ausgezeichneten Projekts vergingen insgesamt knapp 2,5 Jahre. Die vorbereitenden Arbeiten begannen im August 2016. Die Lärmschutzwand selbst war binnen von sechs Wochen installiert und die PV-Modulreihe innerhalb von drei Tagen.

Das Besondere an dieser Lärmschutzwand ist die Kombination aus Lärmschutz und Stromerzeugung. Zusätzlich zu diesen zwei Eigenschaften kommt noch eine durchsichtige Mittelschicht, die die Wand optisch deutlich aufwertet. Das Kombinieren von Lichtdurchlässigkeit, Lärmschutz sowie Stromerzeugung ist in dieser Form einmalig und nimmt eine Vorreiterrolle ein.

Die PV-Lärmschutzwand ist 234 Meter lang und 5 Meter hoch, die installierten PV-Module besitzen eine Gesamtleistung von 64,4 kWp. Pro Jahr werden knapp 51.000 kWh Strom erzeugt, was einer CO<sub>2</sub>-Einsparung von ca. 30.000 kg/Jahr entspricht. Ein großer Vorteil des Standorts dieser PV-Lärmschutzwand ist, dass die neu gebaute Montessori-Schule knapp 40 Prozent des erzeugten Stroms direkt vor Ort selbst verbraucht. Somit kann die Schule das Thema Strom aus Erneuerbaren Energien praxisnah in ihren

Unterricht integrieren. Die restlichen 60 Prozent des Strombedarfs der Montessori-Schule werden über den Öko-Strom-Tarif der EGIS gedeckt. Der überschüssige Strom aus der PV-Lärmschutzwand wird in das Netz eingespeist und nach EEG auf 20 Jahre vergütet.

Der erwartete Gewinn nach Steuern liegt bei diesem Projekt im ersten vollen Jahr bei knapp 2.600 Euro, nach 20 Jahren bei knapp 63.000 Euro. Abzüglich Abschreibungen, laufende Kosten wie Versicherungen, Zählermiete, Rückstellungen für Wartungen/Reparaturen und Steuern kann über die gesamte Anlagenlaufzeit von 20,3 Jahren (20 Jahre + das Jahr der In-

betriebnahme) eine Dividende aus der Anlage auf das eingesetzte Kapital von 5-6 % erwartet werden.

Die Nutzung der Lärmschutzwand zur Stromgewinnung mittels Photovoltaik durch die EGIS eG ist in Form eines Gestattungsvertrags mit der Stadt Neuötting geregelt. Entgelte für die Nutzung fallen für die Genossenschaft nicht an. Dafür hat die Genossenschaft anteilig der Lärmschutzwand übernommen. Die Kosten der Stadt Neuötting reduzierten sich somit um knapp 15.000 Euro. Die gesamte Lärmschutzwand kostete der Stadt 450.000 Euro brutto.

Die EnergieGenossenschaft investierte knapp 76.000 Euro netto in die Photovoltaikanlage. Sie finanzierte die Investition über die Ausgabe von Genossenschaftsanteilen und über frei verfügbare liquide Mittel.

Viele Genossenschaften suchen derzeit nach ertragreichen Photovoltaik-Projekten. Mit solchen hochwertigen PV-Lärmschutzwänden können attraktive Renditen erzielt werden und sind somit für eine Umsetzung durchaus interessant. Vor allem aber auch unter dem Aspekt der Eigenversorgung ortsnaher Verbraucher, was die Rentabilität der Anlage zusätzlich steigert. Daneben spielt das Thema Erzeugung erneuerbarer Energien mit breiter Akzeptanz in der Bevölkerung eine große Rolle.

„Die Nachfrage von anderen Genossenschaften bei uns über dieses Projekt ist sehr groß und dies verdeutlicht, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden“, freut sich Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG, die ihr Anlagen-Portfolio mit einem weiteren Leuchtturmprojekt erweitern konnte. „Der Weg von der ersten Idee bis zur Umsetzung war mit vielen Hürden und Hindernissen versehen. Nicht zu vergessen die viele ehrenamtlich investierte Zeit. Aber jetzt sind alle beteiligten Partner und wir stolz auf das Erreichte.“ **DK**



Bürgermeisterin Manuela Vanni, PWG-Geschäftsführer Martin Glink, Werner Dehmel, Geschäftsführer Bayernwerk Natur und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann (v.l.) nahmen die neue Heizzentrale in Peißenberg in Betrieb.

## Klimafreundliche Wärmeversorgung

Bayernwerk Natur setzt mit neuer Heizzentrale in Peißenberg auf Energieeffizienz

Peißenberg. Die Peißenberger Wärmegesellschaft (PWG) hat zum Jahreswechsel ihre neue Heizzentrale in Betrieb genommen und setzt damit auch in Zukunft auf dezentrale und klimafreundliche Wärmeerzeugung. Die Anlage für das Fernwärmenetz in Peißenberg (Landkreis Weilheim-Schongau, Oberbayern) wurde seit Anfang des Jahres für rund sechs Millionen Euro grundlegend modernisiert. Die Peißenberger Wärmegesellschaft ist ein gemeinsames Unternehmen der Bayernwerk Natur GmbH und der Lechwerke AG.

„Unsere Energiezukunft baut auf eine dezentrale und regenerative Energieerzeugung. Energieeffiziente Anlagen wie die Heizzentrale in Peißenberg tragen maßgeblich zum Gelingen der Energiewende bei. Der Umbau und die Modernisierung der Energieversorgung war ein durchaus anspruchsvolles Vorhaben. Umso mehr freuen wir uns, dass die neue Heizzentrale nun ihren offiziellen Betrieb aufgenommen hat. Für das Gelingen dieses zukunftsweisenden Projektes möchte ich allen Beteiligten ganz herzlich danken“, sagte Werner Dehmel, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur GmbH.

Neu errichtet wurden ein Blockheizkraftwerk (BHKW) mit einer elektrischen und thermischen Leistung von je 1,6 Megawatt und zwei gasbefeuerte Kessel mit einer Heizleistung von je acht Megawatt. Die Wärme wird über die Fernwärmeleitungen direkt an Haushalte, Gewerbe- und Industriebetriebe in Peißenberg geliefert. Den im BHKW erzeugten Strom speist die PWG in das öffentliche Stromnetz ein.

„BHKW und Heizkessel sind auf den aktuellen Wärmeverbrauch abgestimmt und benötigen nun weniger Brennstoff. Im Vergleich zum bisherigen Betrieb können wir etwa 4.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr einsparen und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz“, sagte PWG-Geschäftsführer Martin Glink. Als Brennstoff kommt dank der Modernisierung nun nahezu ausschließlich umweltfreundliches Erdgas zum Einsatz.

### Verbundenheit zum Standort

„Die Fernwärmeversorgung in Peißenberg hat seit knapp 50 Jahren Tradition. Mit der Modernisierung der Heizzentrale und den Investitionen zeigt die PWG Verbundenheit zum Standort Peißenberg. Es freut mich, dass wir gemeinsam den Weg Richtung Energiezukunft gehen und dieses für Peißenberg wichtige Projekt jetzt erfolgreich abgeschlossen worden ist“, freut sich Manuela Vanni, Erste Bürgermeisterin des Marktes, bei der Inbetriebnahme.

Neben den Heizkesseln und dem Blockheizkraftwerk sowie der zugehörigen Infrastruktur hat die PWG auch einen neuen Kamin und eine neue Leit- und Schaltwarte errichtet. Von dort werden die Anlagen überwacht, mit dem erforderlichen Eigen-

bedarf versorgt und die Einspeisung des erzeugten Stroms in das öffentliche Netz gesteuert. Moderne IT-Systeme ermöglichen eine Alarmierung des Betriebspersonals bei Störungen und Online-Diagnosen der eingesetzten Erzeugungsanlagen. Ein Energiemanagementsystem bilanziert und kontrolliert schließlich die verschiedenen Energieströme und den effizienten Energieeinsatz.

Im Inneren der Anlage wurden außerdem neue Rohrleitungen verlegt. Die neuen Leitungen sowie die Schnittstellen zu Bestandsanlagen wurden mit modernen Regelventilen und zugehöriger Leit- und Sicherheitstechnik ausgerüstet. So können alle Anlagen sowohl einzeln als auch im Verbund jederzeit sicher und entsprechend den unterschiedlichen Verbrauchern und Marktanforderungen wirtschaftlich optimal eingesetzt werden.

Die Kunden haben von den in den vergangenen Monaten laufenden Modernisierungsarbeiten nichts gemerkt. Sie wurden weiterhin zuverlässig mit Wärme versorgt. Dafür kam auch eine mobile Anlage zum Einsatz, die zeitweise die verbliebene Wärmeversorgung ergänzte. Rein äußerlich hat sich das Erscheinungsbild der Heizzentrale im Norden des PWG-Geländes durch einige neue Gebäude verändert. Außerdem wurden ein nicht mehr

*Historische Wasserkraftanlage in Altötting:*

## Energetisch saniert und reaktiviert

Im historischen Gewand belassen, zählt die Herrenmühle mit dem dazugehörigen Park zu den schönsten Plätzen Altöttings. Wie der Name Herrenmühle vermuten lässt, wurde in der Vergangenheit die Wasserkraft vor Ort genutzt, um eine Mühle zu betreiben – in diesem Fall eine Getreidemühle. Die EnergieGenossenschaft Inn-Salzach eG (EGIS eG) mit Sitz in Neuötting hat das Mühlenrad vom Landkreis nun gepachtet und die historische Wasserkraftanlage in den vergangenen Jahren energetisch saniert.

Seit Mai 2017 kann die Wasserkraft des Triebwerkanals an der Herrenmühle nun wieder genutzt werden. Der erzeugte Strom wird direkt vor Ort vom Pächter der Herrenmühle, dem Kreisjugendring Altötting, verwendet. Die Wasserkraftanlage wurde komplett auf den neuesten, technischen Stand gebracht, so dass jetzt davon ausgegangen werden kann, die Wasserkraft des über 800 Jahre alten Triebwerkanals für viele Jahrzehnte zur Produktion von erneuerbarem und damit grünen Strom zu nutzen.

Je nach Wasserstand können stündlich 11 Kilowattstunden Strom hergestellt werden. Der geschätzte Ertrag beträgt 85.000 kWh/a (24 Haushalte), die CO<sub>2</sub>-Einsparung beläuft sich auf ca. 55 Tonnen pro Jahr.

Die erste gesicherte Erwähnung der „Prandt“ (Herren-)mühle findet sich in einer Neuöttinger Gerichtsurkunde des Jahres 1441. Der Name „Prandtmühle“ stammt vom zwischenzeitlichen Betreiber der Mühle, dem Zinsmüller und Lehensmann Conrad Prandt. Der Name „Herrenmühle“ (benannt nach dem Chorherrenstift) taucht erstmalig gegen Ende des 18. Jahrhunderts in einer Notiz im Altöttinger Administrationsarchiv auf.

Als in der Säkularisation 1803 das Chorherrenstift aufgelöst wurde, bestand die Möglichkeit, die Mühle zu erwerben. Mehrere Müller hatten das Anwesen in ihrem Besitz, bis die Familie Trenker die Mühle im Jahr 1831 kaufte und dann über 100 Jahre lang bewirtschaftete, so dass auch der Name „Trenker-Mühle“ gebräuchlich wurde. Zur Zeit der Trenker bestand die Müh-

benötigter Wärmespeicher und mehrere nicht mehr benötigte Kamine demonstriert.

Die Peißenberger Wärmegesellschaft ist ein gemeinsames Unternehmen der Bayernwerk Natur GmbH und der Lechwerke AG. Über das rund 22 Kilometer lange Fernwärmenetz werden in Peißenberg derzeit rund 1.000 Kunden - Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen - mit Wärme versorgt. Die Projektdurchführung liegt beim Bereich Energiedienstleistungen der Lechwerke AG. **DK**

lenanlage aus der Mahlmühle, der Schleifmühle, dem Sägewerk, einer Schreinerei, dem Wohnhaus, Stall und Stadel.

Die Bauten der heutigen „Herrenmühle“ stammen zum Teil noch aus dem Jahr 1902. Bauherr war Alfons Trenker, der auch 2. Bürgermeister der Stadt Altötting war. 1934 verpachtete



Stilleben: Die Herrenmühle im Winter.

Trenker die Mahlmühle und zog sich in seinen gegenüberliegenden Ruhesitz zurück. Neben der Einfahrt der Mühle ließ er eine Kapelle errichten. Bis ins Jahr 1967 wurde die Wasserkraft am hiesigen Standort aktiv genutzt. Das Mühlengesetz erzwang jedoch damals die Stilllegung kleiner Mühlen, seither stand das Mühlenrad an der Herrenmühle die meiste Zeit still.

### Wasserkraft als Stütze der regionalen Energieversorgung

Seit jeher stellt die Wasserkraft eine bedeutsame Stütze bei der Energieversorgung der Region dar. Sie war mit ein maßgeblicher Grund für die industrielle Entwicklung des Landkreises Altötting und dem damit verbundenen einhergehenden Anstieg des Wohlstandes. Neben den großen Wasserkraftwerken an Alz und Inn spielten hierbei auch die vielen Kleinwasserkraftanlagen eine bedeutsame Rolle. Aus diesem Grund ist es Landrat Erwin Schneider, Initiator der Sanierung der Herrenmühle, besonders wichtig, dass eines der letzten verbliebenen historischen Mühlenräder der Region im Bestand saniert und wieder reaktiviert wurde. **DK**

ORCA AWA

Wir sind Ihr EVB-IT Partner!

Datenaustausch  
e-Vergabe

Gratis  
Whitepaper  
anfordern!



orca-software.com/evergabe

# Rekordwert beim Verpackungsabfall

Deutsche Umwelthilfe fordert Umsetzung der Mehrwegquote und höhere Entgelte für Verpackungen

Mit 18,15 Millionen Tonnen im Jahr 2015 hat der Verpackungsverbrauch in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. Dies geht aus einer vom Umweltbundesamt veröffentlichten Studie der GVM Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung hervor. Im Vergleich zum bisherigen Rekordwert aus dem Jahr 2014 mit 17,77 Millionen Tonnen Verpackungsmüll nahm der Verbrauch noch einmal um 380.000 Tonnen zu.

Kein Land in Europa verursacht mehr Verpackungsabfall als Deutschland. 218 kg sind es bei uns pro Kopf und Jahr – 20 Prozent mehr als im europäischen Durchschnitt (Umweltbundesamt 2015). Die Menge an Verpackungsmüll wächst seit 2009 unauffällig und hat sich allein bei Kunststoffverpackungen in den vergangenen Jahren um ein Drittel erhöht. Seit 1997 ist das jährliche Gesamtaufkommen an Verpackungsmüll von 13,7 Millionen Tonnen um über 30 Prozent angewachsen – Tendenz steigend. Statistisch gesehen produziert jeder Deutsche 36 kg Verpackungsmüll aus Kunststoff im Jahr.

Nach Einschätzung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) ist dies ein besorgniserregendes Signal, zeige es doch, dass die bisherige Abfallpolitik und die Umsetzung der gesetzlich festgelegten Abfallhierarchie, an deren Spitze die Vermeidung steht, bislang weitestgehend gescheitert sind. Deshalb fordert der Umwelt- und Verbraucherschutzverband von der geschäftsführenden und zukünftigen Bundesregierung eine konsequente Abfallvermeidungspolitik.

## Wenig hilfreiches Gesetz

Das am 30.03.2017 im Bundestag beschlossene neue Verpackungsgesetz wird nach Einschätzung der Deutschen Umwelthilfe keinen signifikanten Beitrag zur Abfallvermeidung leisten. Das Gesetz konzentriert sich im Wesentlichen auf das Recycling bereits vorhandener Abfälle, ohne Verpackungen im Vorfeld zu vermeiden.

Damit in Zukunft weniger Abfälle anfallen und weniger Ressourcen verbraucht werden, ist laut Studie eine aktive Mehrwegförderung durch die Bundesregierung notwendig. Beispiels-

weise spart die Wiederbefüllung von Getränkeverpackungen im Vergleich zur Neuherstellung erhebliche Mengen an Ressourcen, Energie und Treibhausgasemissionen ein. Während Mehrweggetränkeverpackungen Abfälle vermeiden und die oberste Stufe der fünfstufigen Abfallhierarchie umsetzen, entspricht das Recycling von Einweg-Getränkeverpackungen lediglich der dritten Stufe der Abfallhierarchie.

## Für verbindliche Zielquote

Um dem Prinzip der Abfallvermeidung Rechnung zu tragen, sollte der Anteil abgefüllter Getränke in Mehrwegverpackungen durch eine verbindliche Zielquote festgelegt und deren Unterschreitung mit Sanktionsmaßnahmen, wie beispielsweise einer Abgabe auf unökologische Einweggetränkeverpackungen, verbunden werden.

Im vom Bundestag beschlossenen Verpackungsgesetz ist zwar eine Mehrwegzielquote von 70 Prozent enthalten, doch soll diese nur einen „appellativen“ Charakter haben. „Eine Quote ohne Verbindlichkeit, die von der Industrie bedenkenlos unterschritten werden kann, wird die auf 42 Prozent gesunkene Mehrwegquote für Getränkeverpackungen nicht nachhaltig fördern“, heißt es in der Studie.

Eine aktuelle Umfrage der TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH belegt, dass auch 13 Jahre nach der Einführung des Einweg-Pfandes nur knapp 50 Prozent der Bevölkerung weiß, dass es neben bepfandeten Mehrwegflaschen auch bepfandete Einwegflaschen gibt. Um die bestehenden Verwechslungsrisiken zwischen Mehrweg- und Einweggetränkeverpackungen für Verbraucher zu minimieren, sei eine deutliche und rechtlich bindende Verbrau-

cherkennzeichnung dringend erforderlich.

Die Kennzeichnung auf dem Produkt wird von der Deutschen Umwelthilfe als effizienter und wirksamer eingeschätzt als die Kennzeichnung am Regal. Für den Verbraucher müsse zweifelsfrei und zu jedem Zeitpunkt erkennbar sein, ob es sich um eine umweltfreundliche Mehrweg- oder eine weniger umwelt-

## Neuer UBA-Praxisleitfaden:

# Demografie und Abfallwirtschaft

Der demografische Wandel wird in den nächsten Jahren deutliche gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen, auf die sich das kommunale Handeln einstellen muss. Ebenso wie andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge ist davon die Abfall- und Entsorgungswirtschaft betroffen. In welchem Ausmaß, zeigt eine vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebene Studie des Öko-Instituts und des Deutschen Instituts für Urbanistik.

Die Ergebnisse sind in einem kommunalen Praxisleitfaden aufbereitet, der die sich abzeichnenden Herausforderungen für verschiedene Siedlungsstrukturtypen analysiert und Empfehlungen für Anpassungsmaßnahmen in den Bereichen Abfallaufkommen/ Stoffströme, Entsorgungslast, Anlagenpark, Personalwirtschaft und Finanzen unterbreitet.

## Veränderungsprozesse

Empfohlen wird, sich mit den Veränderungsprozessen besonders in den stark wachsenden kreisfreien Großstädten, wo von Prognosen zufolge mehr als 17 Millionen Einwohner betroffen sein werden, und in den schrumpfenden ländlichen Regionen intensiv zu befassen. Für die Abfallwirtschaft bedeutet dies, dass überwiegend in bereits dicht besiedelten Städten und Regionen tendenziell mit einem höheren Aufkommen an Haushalts- und Geschäftsmüll gerechnet werden muss. Umgekehrt wird in vielen bereits dünn besiedelten ländlichen Kreisen tendenziell ein Rückgang des Müllaufkommens erwartet.

Laut Leitfaden können Kommunen dem demografischen Wandel durch aktive Maßnahmen zur Abfallvermeidung sowie zur Verbesserung der Getrennterfassung verschiedener Abfallfraktionen begegnen. Ein erhöhtes Trennverhalten hätte sinkende Mengen im Restabfallaufkommen zur Folge. Gleichzeitig würde das Aufkommen verwertbarer Abfälle steigen (getrennt erfasste organische Abfälle und Wertstoffe). Vor allem für wachsende Kommunen mit steigenden Abfallmengen können diese steuernden Maßnahmen Bedeutung erlangen.

Im Bereich der Logistik müssten Kommunen künftig auf die Ansprüche der alternden Bevölkerung, gleichzeitig aber auch auf sinkende oder steigende Abfallmengen reagieren. Ziel möglicher Anpassungsmaßnahmen sei eine effiziente Abfallbewirtschaftung, trotz veränderter Abfallmengen und Servicebedarfe. Insgesamt seien Anpassungen des Sammelsystems wie andere Behältergrößen möglich, außerdem könne die Digitalisierung der Abfallwirtschaft hilfreich sein. Beispielsweise könnten Apps und Smarte Systeme sowie Füllstands-Sensoren (RFID) die Abfallwirtschaft in ihren Aufgaben unterstützen. Im Rahmen der Stadtplanung und der Entwicklung neuer Siedlungsgebiete seien Vakuumsammelsysteme in der Lage, den Aufwand bei der Sammlung und beim Transport von Abfällen zu reduzieren.

freundliche Einweggetränkeverpackung handelt. Daher sollten Einweggetränkeverpackungen deutlich mit dem Wort „Einweg“ und Mehrweggetränkeverpackungen mit dem Wort „Mehrweg“ versehen werden.

## Repräsentative Umfrage

Eine repräsentative Umfrage der Aris Umfrageforschung GmbH im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe ergab, dass knapp zwei Drittel der Befragten sich eher schlecht oder gar nicht informiert fühlen, wenn es um den Rohstoffverbrauch von Verpackungen und Produkten geht, die in Supermärkten, Discountern oder bei Drogerien

angeboten werden. Gleichzeitig sind für mehr als drei Viertel der Befragten eine klimafreundliche und möglichst rohstoffschonende Herstellung von Produkten und die sparsame Verwendung von Verpackungsmaterialien von sehr großer Bedeutung.

## Unzureichende Informationen

Augenscheinlich erhalten Verbraucher an Verkaufsstellen keine ausreichenden Informationen für eine selbstbestimmte Auswahl von Produkten nach Kriterien des Ressourcenschutzes und Abfallaufkommens. Mach Einschätzung der DUH muss die Politik tätig werden und durch Informationspflichten

eine transparente Kundeninformation gewährleisten.

Momentan werden nur rund 40 Prozent der gesammelten Kunststoffverpackungen recycelt. Das liegt vor allem an der niedrigen gesetzlichen Recyclingquote von nur 36 Prozent. Im neuen Verpackungsgesetz wurde für Plastikverpackungen eine Quote von 63 Prozent festgelegt. Recyclingquoten müssten allerdings regelmäßig der technischen Entwicklung angepasst werden. Hierzu wäre es wichtig, variable Quoten einzuführen, die sich immer an der Leistung der besten Entsorger orientieren. Auf diese Weise würden ökologische „Top Runner“ zum Standardgeber.

Zudem sollten Verpackungshersteller viel mehr als bisher die Recyclingfähigkeit beim Verpackungsdesign berücksichtigen. Regelungen zur Festlegung von Mindeststandards für die Recyclingfähigkeit von Verpackungen im Verpackungsgesetz sind allerdings unklar formuliert und bei Verstößen nicht mit Sanktionsmaßnahmen hinterlegt. **DK**

lagen. Vor allem für schrumpfende Kommunen kann dies zukünftig eine Herausforderung darstellen. Durch flexible Anpassungskonzepte können Kommunen die Potenziale der bestehenden Anlagen analysieren und nutzen. So können die frei werdenden Kapazitäten für die Verwertung neuer Stoffströme genutzt werden. Dies ist allerdings von der Art und dem Aufbau der Anlage abhängig. Ist der Anlagenpark für einen Umbau nicht geeignet, könnte der Rückbau von Anlagen eine Möglichkeit sein, um Kosten zu reduzieren. Dies ist vor allem für die Kommunen eine Option, deren Anlagen bereits abgeschrieben sind. Nach Rückbau der Anlage sind Verträge mit Anlagenbetreibern aus der Umgebungszone eine Alternative.

Bestehende Anlagen können beispielsweise durch Umbaumaßnahmen, die der Effizienzsteigerung dienen, höhere Abfallmengen aufnehmen. Laut Praxisleitfaden stellt dies insbesondere eine Option dar, um auf steigende Restmüllmengen zu reagieren. **DK**

# Dorfläden aktiv in der Müllvermeidung

Im Januar 2018 eröffnen zwei weitere Dorfläden im Landkreis Donau-Ries. Und der Abfallwirtschaftsverband Nordschwaben (AWV) unterstützt die Dorfläden bei der Müllvermeidung. Zwei erfreuliche Nachrichten beim fünften Treffen des Dorfladennetzwerkes im Landkreis Donau-Ries.

Im Fokus standen dabei die Planungen für das Jahr 2018. So wird wieder eine regionale Einkaufswoche stattfinden. Das Dorfladennetzwerk wird auf zahlreichen regionalen Märkten vertreten sein, die regionalen Produkte stehen aber nach wie vor im Mittelpunkt.

Die Erzeuger- und Gastronomiegemeinschaft Geopark Ries kulinarisch bleibt beständiger Partner. Zusätzlich erhalten die Dorfläden nun Unterstützung vom AWV Nordschwaben. Deswegen Werkleiter Gerhard Wiedemann stellte im Netzwerktreffen die Unterstützungsleistungen vor.

Die Dorfläden dürfen selbstständig und individuell ihre Projekte zur Müllvermeidung und -verringerung definieren. Dies ist vor allem deshalb sinnvoll, weil jeder Dorfladen im Alltag anders agiert und andere Grundvoraussetzungen mitbringt. Projekte könnten deshalb sein, den Kundinnen und Kunden anstatt den Plastik- oder Papiertüten für die Backwaren zukünftig Stoffbeutel zur Verfügung zu stellen. Die Müllvermeidung und insbesondere die Vermeidung von Plas-

tiktüten passen zum nachhaltigen Wirtschaften der Dorfläden, die den Bürgern und der Region etwas Gutes tun wollen. Landrat Stefan Rößle dazu: „Wenn wir Müll in jeglicher Form vermeiden und verringern können, passt das zum Konzept unserer Dorfläden. Unseren Nahversorgern ist Nachhaltigkeit und der Erhalt unserer Umwelt besonders wichtig.“

In den Gemeinden Fünfstetten und Oberndorf wurde die letzten Monate intensiv an den neuen Dorfläden gebaut und geplant. Der Dorfladen in Oberndorf wird Ende Januar 2018 eröffnen und der Dorfladen in Fünfstetten eröffnete bereits zum Jahresbeginn.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden und umliegenden Gemeinden erhalten damit einen neuen Treffpunkt im Dorf und eine neue Möglichkeit, ihre Versorgung wohnortnah zu erhalten. Insbesondere für Kinder und ältere, immobile Bürgerinnen und Bürger sind Dorfläden eine große Erleichterung und wichtig für die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. **□**

Komfort  
Qualität  
Funktion

Direkt vom  
Hersteller

Vielfalt  
Design  
Ergonomie

**KRENZER**  
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG  
Sitz- und Polstermöbelfabrik  
Industriestraße 26  
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Telefon: 02771/3208-0  
Telefax: 02771/3208-13  
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de

www.krenzer-sitzmoebel.de

Moderne Mobilitätskonzepte und neue Nahversorgungsmodelle:

## Kommunen setzen auf kreative Lösungen

**Thierhaupten – Die Fachtagung der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten e.V. beschäftigte sich mit neuen Nahversorgungsmodellen und mit modernen Mobilitätskonzepten.**

Ein intensives Zusammenspiel zwischen Kommune, Bürgerschaft, dem Handel und Dienstleistungsanbietern ist notwendig, um Angebote zu erhalten und neue gemeinsam zu schaffen. Agile Bürgermeister und engagierte Bürger rufen neue Projekte ins Leben. Die Bereitschaft zum Engagement ist groß. Da entsteht ein gemeinschaftlich geführter Dorfladen in Kombination mit einer Seniorenwohngemeinschaft wie im oberbayerischen Schleching oder in Heimertingen im Unterallgäu gründen engagierte Bürger einen Seniorenverein für Fahrernähe.

Der Markt Heimenkirch, Lkr.

Lindau, verfolgt konsequent die Innenentwicklung und hat ein modernes Mobilitätskonzept entwickelt. Dennoch ist auch die Politik gefordert. Ohne solide Finanzierungsgrundlagen kann eine Verbesserung der Situation in den ländlichen Räumen kaum erzielt werden.

### Großes Identifikationspotenzial

Die Baukultur, so Christine Degenhart, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, entfaltet ein großes Identifikationspotenzial. Sie vermittelt Respekt vor der Vergangenheit und gibt Impulse für die Zukunft. Die Architektur müsse durch intelli-

gente Planung Verkehrsströme lenken und Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer garantieren. Nur durch die Einbindung der Bürger, so Christine Degenhart, kann keine gute Planung realisiert werden.

### Menschen motivieren und Talente entdecken

Den Strukturwandel im Einzelhandel belegte Ministerialrat Leonhard Rill vom Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten anhand von Zahlen. Nur noch jede 4. ländliche Gemeinde verfügt über ein Lebensmittelgeschäft, so Rill. Dafür gibt es verschiedene Gründe, wie die Mobilität, das Preisbewusstsein sowie die Koppelung von verschiedenen Erledigungen.

### Neue Verantwortungsgesellschaft

In einer neuen Verantwortungsgesellschaft gelte es, Menschen zu motivieren und Talente zu entdecken, um im Miteinander die Herausforderungen zu schaffen, da unterstützen die Schulen der Dorf- und Landentwicklung sehr. Kleinstunternehmen der Nahversorgung können künftig über Dorferneuerungsmittel gefördert werden, erläuterte Leonhard Rill.

Chancen ergeben sich durch die Digitalisierung, die inzwischen auf einem guten Weg in Bayern ist. Digitale Plattformen vernetzen Kunden, Erzeuger, Betreiber. Die Dorferneuerung baue auf die Entwicklung

Memmingen längst ein Erfolgsmodell ist“, unterstrich Schmid. Ebenso wie der Airport bei den Passagieren eine immer größer werdende Rolle spielt, ist er auch für zahlreiche Fluggesellschaften wichtiger Teil ihres Streckennetzes. So hat Ryanair 2017 den Flughafen zur Base erklärt und ein Flugzeug vor Ort stationiert, was nicht nur sechs neue Strecken bedeutete, sondern der Region auch 35 zusätzliche Arbeitsplätze bescherte. Von den 21 Luftverkehrsgesellschaften, die Memmingen im vergangenen Jahr anfliegen, taten dies sechs im Linienflugbetrieb. Die übrigen waren als Charter für Reiseveranstalter und für Unternehmen der Region tätig. Ryanair, Wizzair und die russische Pobeda sind die Top-Kunden des Flughafens. Sie bedienten regelmäßig 35 Ziele in Europa, Afrika und Asien.

### Ausgewogener Mix

„Unser Flugplan widerlegt einmal mehr die Mär von der Abhängigkeit von einer Fluggesellschaft“, erläuterte Schmid. Vielmehr böten die großen Drei einen ausgewogenen Mix. Da Memmingen während der Wintermonate für den Wintersport eine immer größere Rolle spiele – insbesondere Osteuropäer schätzen den Flughafen als Tor zu bekannten Wintersportorten in den Alpen – konnten Schwankungen zwischen Winter- und Sommersaison weiter reduziert werden, was sich positiv auf die Auslastung der Infrastruktur und somit auf die Kostensituation auswirkte.

### Aussicht auf weiteres Wachstum

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 60 Zielorte angefliegen. Dabei kam es zu insgesamt 20.620 Flugbewegungen, was einem Plus von 7,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Nachdem die organisatorische Neuausrichtung des Unternehmens weitgehend abgeschlossen ist, blickt Schmid optimistisch in das Jahr 11 der zivilen Luftfahrt in Memmingen und rechnet mit einem weiteren Wachstum. **DK**

## Rekordwerte für Flughäfen in Nürnberg und Memmingen

**2017 hat dem Albrecht Dürer Airport Nürnberg und dem Flughafen Memmingen Rekordzahlen beschert. Mit einem Passagierplus von 700.000 konnte in der Norisstadt die 4-Millionen-Marke bei den Fluggastzahlen erstmals seit 2010 wieder deutlich überschritten werden. Und auf Deutschlands höchst gelegenen Verkehrsflughafen in Memmingen sind noch nie so viele Passagiere gelandet und gestartet wie im vergangenen Jahr.**

Beim Albrecht Dürer Airport Nürnberg wurde die rasante Entwicklung unter anderem durch neue Strecken getragen. Insgesamt kamen im vergangenen Jahr 18 neue Ziele hinzu. Damit umfasste der Flugplan mehr als 60 Nonstop-Ziele. 17 verschiedene Airlines flogen den Flughafen regelmäßig an.

### Hohes Passagieraufkommen am Albrecht Dürer Airport

Im Vergleich zum Vorjahr lag das Verkehrswachstum bei über 20 Prozent, was ein Passagierergebnis von knapp 4.187.000 ergibt. Damit steht der Airport Nürnberg in der Spitzengruppe der deutschen Verkehrsflughäfen.

„Wir blicken auf ein äußerst erfolgreiches Jahr 2017 zurück, in dem uns gelungen ist, eine Vielzahl von Fluggesellschaften für den Nürnberger Markt zu begeistern“, betonte Flughafen-Geschäftsführer Dr. Michael Hupe bei der Vorstellung der aktuellen Zahlen. Für 2018 rechnet er mit einem vergleichbar hohen Passagieraufkommen. Nun komme es darauf an, die neu gewonnenen Strecken zu etablieren und den Flugplan weiter auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Menschen aus der Metropolregion Nürnberg anzupassen.

### Flughafen Memmingen ist ein Erfolgsmodell

In Memmingen verzeichnet die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres 2017 den Rekordwert von knapp 1.180.000 Fluggästen. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 18,4 Prozent. Insgesamt 21 Luftverkehrsgesellschaften flogen Memmingen im Linien- und Charterflugbetrieb an und bedienten dabei 60 Zielorte in Europa, Afrika und Asien.

Im abgelaufenen Jahr konnte nicht nur das zehnjährige Jubiläum der zivilen Luftfahrt am Flughafen Memmingen gefeiert werden, im November begrüßte Airport Geschäftsführer Ralf Schmid auch den millionsten Passagier des Jahres 2017. „Wir haben unsere vorsichtigen Prognosen alle übertroffen und konnten eindrucksvoll unter Beweis stellen, dass der Flughafen

kompakter Siedlungen und lebendiger Ortskerne. Diese Sichtweise unterstützte auch Bürgermeister Josef Steigenberger, Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern vom Bayer. Gemeindetag. Er plädierte für neue Mobilitätsformen, wie Rufbusse, Carsharing, Mitfahrdienste.

### Den Katalog kommunaler Pflichtenaufgaben überdenken!

Den Ansatz der Enquete-Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Bayern stellte Kommissionsmitglied Professor Dr. Manfred Miosga vor. Die Privatisierung der Infrastruktur hat räumliche Disparitäten befeuert und die Konzentration auf die Entwicklung der Metropolen verschärft. Dem setzt die Kommission das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit mit den Dimensionen Verfahrens-, Chancen-, Verteilungs- und Generationengerechtigkeit entgegen.

Ein neues Staatsverständnis liegt der Gerechtigkeitsdebatte zugrunde, erklärte Manfred Miosga. Vielfältige Mobilitätsangebote und der Zugang zu grundlegender Infrastruktur spielen bei der räumlichen Gerechtigkeit eine wesentliche Rolle. Ein massives Zusammenspiel zwischen der Kommune, der Bürgerschaft, dem Handel und Dienstleistungsanbietern ist notwendig.

Die Kommission stellte sich auch die Frage, ob der Katalog der kommunalen Pflichtenaufgaben noch zeitgemäß ist. Miosga Appell: „Die Kommunen brauchen eine solide Finanzierungsgrundlage und Unterstützung, um handlungs- und gestaltungsfähig zu sein.“ Die Kommission hat dazu zahlreiche Handlungsempfehlungen vorgelegt, die derzeit in den Fraktionen diskutiert werden. **□**

ADAC Südbayern:

## Studie zur Mobilität Älterer im ländlichen Raum

**Mobil sein bedeutet, aktiv am Leben teilzunehmen, Einkäufe zu erledigen, zum Arzt zu fahren oder schlichtweg Kontakte zu pflegen. Doch wie sieht es aus, wenn keine öffentlichen Verkehrsmittel in die nächstgelegene Stadt fahren und nicht immer ein eigenes Auto zur Verfügung steht? Der ADAC Südbayern hat hierzu mit dem IGES Institut Berlin eine Studie mit dem Fokus auf die Mobilität Älterer im ländlichen Raum entwickelt. Diese wurde nun für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben vorgestellt.**

Wie Rüdiger Lode (Vorstandsmitglied für Verkehr, Umwelt und Fahrzeugtechnik des ADAC Südbayern), Dr. Hans-Gerd Ennsler (stellvertretender Vorsitzender des ADAC Südbayern) sowie Vorstandsrat Manfred Sensburg betonten, gewinnt das Thema Mobilität im Alter immer mehr an Bedeutung. Wegen des demographischen Wandels und der immer höheren Zahl älterer Menschen in Deutschland existierten auch neue Mobilitäts-Bedürfnisse.

### Das Auto ist Verkehrsmittel Nummer 1

Laut IGES-Geschäftsführer Christoph Gipp war die Mobilitätssituation von älteren Personen auch und gerade im ländlichen Raum bis dato nicht oder nur unzureichend mit entsprechenden Daten unterfüttert, um die richtigen Schlüsse daraus ziehen zu können. „Wir haben 1964 Menschen ab 55 Jahren zu ihrer Mobilität befragt und auf acht Planungsregionen herunter gebrochen. Somit ergibt sich eine sehr detaillierte Vergleichbarkeit.“ Ergebnis: Das Auto ist und bleibt Verkehrsmittel Nummer 1. Die Menschen wünschen sich aber eine Optimierung von individueller Mobilität und öffentlichem Nahverkehr. „Wir müs-

sen hier Neues zulassen“, stellte Gipp fest. „Es gilt, die Innovation aktiv zu gestalten und sektoreübergreifende Lösungen, z.B. mit dem Tourismus oder der Gesundheit, zu schaffen.“

Konkret gilt für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben, dass trotz ihrer Präferenz für das Auto Ältere auf Alternativen zum Pkw angewiesen sind. Sie schätzen auch ihre Fahrtauglichkeit bemerkenswert verantwortungsvoll ein. Die Südbayern haben Interesse an Mitnahme-Angeboten. „Hier haben wir Handlungsbedarf und brauchen zugleich Lösungsoptionen“, sagte Gipp. Dazu passt, dass die Befragten hohes Nutzungspotenzial bei Elektrofahrzeugen und Ruf- bzw. Bürgerbussen sehen. „Zudem sind flexible und innovative ÖPNV-Angebote in den untersuchten Regierungsbezirken entwicklungs-fähig“, machte Gipp deutlich. Und: Bestehende ÖPNV-Barrieren für Menschen mit eingeschränktem Gehvermögen müssten dringend abgebaut werden.

### Innovative Ansätze

Welche Relevanz die Thematik hat, zeigen folgende Zahlen: Allein in Südbayern leben 2,2 Millionen Menschen auf dem Land, davon etwa ein Drittel in der Altersgruppe ab 55 Jahren. Das eigene Auto überwiegt derzeit als Fortbewegungsmittel, allerdings sind die Bewohner mit zunehmendem Alter häufiger auf Mitfahrgelegenheiten angewiesen. Flexible Angebote des Personennahverkehrs sind jedoch gerade außerhalb der Ballungszentren entwicklungs-fähig.

Wie Alexander Kreipl (Verkehrs- und Umweltpolitischer Sprecher des ADAC Südbayern) unterstrich, gebe es vereinzelt bereits erstaunlich innovative Ansätze wie den selbstfahrenden Bus in Bad Birnbach oder das ISTmobil in Österreich. Von einer flächendeckenden Lösung sei man freilich noch weit entfernt. Nur durch gemeinsames Engagement aller Beteiligten und auf diversen Entscheidungsebenen lasse sich diese Zukunftsaufgabe meistern, hob Kreipl hervor. **DK**

## Strukturgutachten als Basis für Fortschreibung des Regionalplans Oberland

**Mit Hilfe eines Strukturgutachtens soll der Regionalplan Oberland fortgeschrieben werden. Und das ist u.a. notwendig: Der Regionalplan muss an die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms (LEP) der Bayerischen Staatsregierung angepasst werden. Angesichts der Fülle der Themen hat sich der Planungsausschuss der Region 17 dafür entschieden, die wichtigsten erst einmal zu erkennen und zu priorisieren. Als drängende Herausforderungen für die Region Oberland gilt deren zukünftige Verkehrs- und Siedlungsentwicklung. Das Strukturgutachten soll hierfür Grundlagen liefern.**

Der Regionalplan wird innerhalb der Leitplanken des Landesentwicklungsprogramms vom Planungsverband entwickelt. Weil sich die äußeren Rahmenbedingungen stetig ändern, wird das Landesentwicklungsprogramm permanent weiterentwickelt was sich auch auf den Regionalplan auswirkt. Dem Regionalplan obliegt die Aufgabe, z.B. Grundzentren oder Ziele und Grundsätze zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung festzulegen. Letztendlich ist der Regionalplan als langfristiger Orientierungs- und Handlungsrahmen konzipiert. Er besitzt den grundlegenden Anspruch, die Attraktivität der Region Oberland als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum nachhaltig zu sichern.

Im Zuge der Gesamtfortschreibung des Regionalplans identifizierte der Planungsverband der Region 17 die zukünftige Verkehrs- und Siedlungsentwicklung als drängende Herausforderung für die Region Oberland. Im Mittelpunkt des Gutachtens steht die zukünftige Gestaltung der regionalen Verkehrsentwicklung. Allerdings wird es fachübergreifende Strategien und Handlungskonzepte brauchen, da vielerorts die Entwicklungsdynamiken hoch sind und sich die Belange der Verkehrs-, Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung, Versorgungssicherheit und

Freiraumsicherung wechselseitig beeinflussen.

### 94 befragte Städte und Gemeinden

Die Arbeitsgemeinschaft der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) und der

Transver GmbH (jetzt Schlothauer & Wauer GmbH) sind die Auftragnehmer. Im März 2017 wurde mit einer Bestandsaufnahme begonnen und 94 Städte und Gemeinden der Region befragt. Zudem wurden sog. Stakeholdergespräche, u.a. mit IHK, Handwerkskammern, Straßenbauämtern, Landratsämtern, Tourismusverbänden geführt. Voraussichtlich im März 2018 wird der Endbericht vorliegen und eine wesentliche Grundlage für die Gesamtfortschreibung des Regionalplans Oberland liefern. In einer öffentlichen Sitzung des Planungsverbandes wird der Abschlussbericht des Strukturgutachtens vorgestellt. **□**



**FAHNEN KÖSSINGER**

**Alles für Städte und Gemeinden**  
Für den perfekten Auftritt ihrer Kommune

www.fahnen-koessinger.de • info@fahnen-koessinger.de • Telefon: 09451 9313-0

An Feinstaubtagen in Stuttgart:

## Daimler-Mitarbeiter fahren kostenlos mit öffentlichem Nahverkehr

Partnerschaft mit Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Daimler unterstützt Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die mit S-Bahn, U-Bahn oder Bus zur Arbeit fahren. Beschäftigte des Konzerns können seit Anfang Januar 2018 an Feinstaubtagen mit ihrem Werksausweis den öffentlichen Nahverkehr der Region Stuttgart für die Fahrt zwischen Wohnort und Büro nutzen. Daimler übernimmt die Kosten für diese Fahrten. Bei der Mobilitäts-App moovel und beim Jobticket arbeitet Daimler bereits mit dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) und der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) zusammen. Die erfolgreiche Kooperation wird nun an Feinstaubtagen ausgeweitet.

„Neben zahlreichen Mobilitätsmaßnahmen, die an Feinstaubtagen für unsere Beschäftigten greifen, ist dies ein weiterer wichtiger Baustein zur Verbesserung der Luftqualität in Stuttgart“, sagt Wilfried Porth, Vorstand für Personal und Arbeitsdirektor & Mercedes-Benz Vans der Daimler AG. Wolfgang Nieke, Betriebsratsvorsitzender Mercedes-Benz Werk Untertürkheim: „Wir sind froh, dass wir als größter Arbeitgeber der Region mit dieser verkehrsreduzierenden Maßnahme ein Signal setzen. Betriebsrat und Unternehmen arbeiten gemeinsam an weiteren Mobilitätsangeboten zum Wohl der Region.“ Daimler beschäftigt im Großraum Stuttgart rund 80.000 Mitarbeiter.

Fritz Kuhn, VVS-Aufsichtsratsvorsitzender und Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart sagt: „Ich freue mich sehr, dass Daimler – als größter Arbeitgeber in Stuttgart – sich zu diesem Schritt entschlossen hat. Das ist ein ganz wichtiges Zeichen. Das Unternehmen und seine Mitarbeiter tragen dazu bei, hier in der Landeshauptstadt Feinstaub und Stickoxide weiter zu reduzieren.“

Bei Daimler gibt es bereits viele Maßnahmen, die an Feinstaubtagen greifen. So informiert das Unternehmen im Raum Stuttgart ständig über die an Feinstaubtagen laufende Verlosung von VVS-Tickets innerhalb der moovel App. Die Wahrscheinlichkeit, dass moovel Kunden dabei kostenfrei mit Bus und Bahn fahren, beträgt 50 Prozent. Ein Zufallsgenerator entscheidet bei Buchung des Tickets, ob moovel die Kosten für die Fahrt übernimmt. Car2go bietet an Feinstaubtagen vergünstigte Preise für die Nutzung der vollelektrischen smart fortwo an. Zudem wird ange-regt, dass Daimler-Beschäftigte an Feinstaubtagen Fahrge-meinschaften bilden oder Telefon- und Videokonferenzen nutzen, um den Pendelverkehr im Großraum Stuttgart zwischen einzelnen Standorten zu verringern. Seit Sommer 2016

gibt es im Unternehmen eine erweiterte Betriebsvereinbarung zum mobilen Arbeiten, die noch flexibleres Arbeiten auch von zu Hause aus ermöglicht. In Feinstaub-Phasen führt Daimler keine Testfahrten innerhalb Stuttgarts durch.

Zudem setzt sich das Unternehmen dafür ein, dass die einzelnen Werke besser an den öffentlichen Nahverkehr angebunden werden. So fordert Daimler beispielsweise am Standort Stuttgart eine Verlängerung der Stadtbahnlinie U19. Derzeit endet die Stadtbahnlinie einen Kilometer vor dem Werkstor des Stammwerks Untertürkheim und der Konzernzentrale. Das Unternehmen befürwortet bei der Stadt Stuttgart auch einen besseren Verkehrsfluss, der dazu beitragen würde, die Emissionen im Straßenverkehr erheblich zu senken.

### Projekt F.L.O.W. zu umfassender Mitarbeiter-Mobilität gestartet

Eine neue Konzerninitiative F.L.O.W. bündelt all diese Maßnahmen und entwickelt zusätzlich geplante oder bereits in Pilotprojekten gestartete neue Mobilitätskonzepte für Daimler-Mitarbeiter. F.L.O.W. steht für Fortbewegung, Lebensweise, Ökologie und Wirtschaft. Dazu gehört beispielsweise ein zukünftiges Ride Sharing-Angebot für Daimler-Berufspendler über die Fliinc-App. Fliinc ist eine Tochterfirma von Daimler Mobility Services. Mitarbeiter von Daimler haben künftig zudem die Möglichkeit, sich über die App „Flex Location“ einen Arbeitsplatz an einem Daimler-Standort näher an ihrem Wohnort zu reservieren, um den Verkehr im Stadtgebiet Stuttgart zu entlasten. Ziel ist, zukünftig auch andere Unternehmen, Städte und Gemein-schaften bilden oder Telefon- und Videokonferenzen nutzen, um den Pendelverkehr im Großraum Stuttgart zwischen einzelnen Standorten zu verringern. Seit Sommer 2016

Des Weiteren planen die zu Daimler gehörende moovel Group und die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) in Stutt-

gart ein neues Mobilitätsangebot, das Kunden und Mitarbeiter flexibel und bedarfsgerecht buchen können. Ein sogenanntes „Pooling“-System bündelt Fahrplanfragen und ermöglicht das Teilen von Fahrten („Ride Sharing“). Das neue Angebot wird bereits getestet und soll im ersten Halbjahr 2018 unter dem Namen „SSB Flex“ mit der SSB als Betreiber starten.

Darüber hinaus hat Daimler weitere Maßnahmen ergriffen, um die Luftqualität in Städten



Verkehrsverbund-Puzzle mit neun Teilen: Mit der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags der Nahverkehr Mainfranken GmbH machen Landrat Thomas Bold (Bad Kissingen), Bürgermeisterin Sorya Lippert (Schweinfurt), Landrat Florian Töpfer (Schweinfurt Land), Oberbürgermeister Christian Schuchardt (Würzburg), Landrat Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld), Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen), Landrat Thomas Schiebel (Main-Spessart), Landrat Eberhard Nuß (Würzburg Land), Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und Landrat Wilhelm Schneider (Haßberge) einen Riesenschritt in Richtung einheitlicher Wabentarif in ganz Mainfranken. Bild: Stadt Würzburg, Georg Wagenbrenner

### Neuer Verkehrsverbund:

## Gemeinsam in die Zukunft starten

Mit der Unterzeichnung des Gesellschaftervertrages zur Gründung der Nahverkehr Mainfranken GmbH am Montag, 11. Dezember 2017, ist der Weg frei für einen gemeinsamen Verkehrsverbund, der Stadt und Landkreis Würzburg, die Landkreise Kitzingen, Main-Spessart, Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge sowie Stadt und Landkreis Schweinfurt umfasst.

„Mit dieser großflächigen Erweiterung des bestehenden Verbundraumes und der Aussicht auf einen Gemeinschaftstarif im gesamten Verbundraum geht ein langegehegter Wunsch in Erfüllung“, betont Würzburgs OB Christian Schuchardt.

„Die Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und damit eine größtmögliche Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Nahverkehr ist zugleich eines der wichtigen Ziele, die wir umweltpolitisch verfolgen. Außerdem wächst Stadt und Land wieder ein wesentliches Stück weiter zusammen“, so Schuchardt. Der neue Verkehrsverbund ist damit nicht nur eine stärkere Vernetzung der Verkehrsträger sondern auch eine Stärkung des Umweltverbundes.

### Die Attraktivität steigern

„Der neue Verbundraum, der von den Haßbergen bis in den Mainspessart und vom Rhön-Grabfeld bis in den Landkreis Kitzingen reicht, gibt uns die Möglichkeit, den Nahverkehr im gesamten Bereich attraktiver zu machen“, so Florian Töpfer, Landrat des Landkreises Schweinfurt. „Eine gelungene Vernetzung von Arbeits- und Wohnorten, auch über die Grenzen einzelner Städte und Landkreise hinaus, ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit einer

weiter zu verbessern. So wurde die Pkw-Umtauschprämie für Euro 6-Diesel um ein Jahr verlängert. Zusätzlich wird das Unternehmen gemeinnützigen Diensten in Stuttgart rund 50 smart electric drive für die innerstädtische Nutzung zur Verfügung stellen. In den kommenden Jahren investiert das Unternehmen mehr als zehn Milliarden Euro in den Ausbau der Elektroflotte. Bis 2022 sollen mehr als zehn neue Elektrofahrzeuge in Serie gehen.

Unternehmerischer Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung gehören für Daimler zusammen. In vielen gemeinwohlorientierten Projekten trägt das Unternehmen gemeinsam mit den Mitarbeitern dazu bei, gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern, so auch mit der Initiative F.L.O.W. □

### BEG-Qualitätsranking:

## Bahnfahren im Freistaat bleibt weiterhin angenehm

Die bayerischen Regionalzüge bringen stabile Qualität auf Bayerns Schienen. 90 Prozent der Netze fahren im Bonusbereich. Das Netz Kissinger Stern erreicht als Spitzenreiter eine historisch hohe Punktzahl.

25 von 28 Netzen und damit knapp 90 Prozent der bewerteten Netze, landen laut dem jüngsten Qualitätsranking der BEG im Bonusbereich (Halbjahresranking 2017: 26 von 28). Mitte November 2017 erzielten die 28 Netze im bayernweiten Durchschnitt auf einer Skala von -100 bis +100 möglichen Punkten 34,67 Punkte. Der Wert bleibt damit im Vergleich zum Halbjahresranking (34,58 Punkte) stabil. Gegenüber dem Jahreswert von 2016 bedeutet das eine merkliche Verbesserung um rund zehn Punkte und einen Rekordstand seit Inbetriebnahme des Messsystems im Jahr 2008.

Das aktuelle Qualitätsranking bestätigt die drei Top-Platzierungen vom Juni. Alle drei Netze konnten sich sogar noch weiter verbessern. Die Spitzenposition besetzt das Netz Kissinger Stern. Es wurde um noch einmal 8,95 Punkte besser bewertet als zuvor. Der Betreiber, die Erfurter Bahn, kann sich demnach mit insgesamt 99,84 erreichten Punkten nicht nur über den ersten Platz freuen, sondern auch über eine historische Leistung: Noch nie seit Einführung des Messsystems hat ein Netz einen Wert erreicht, der so nah an die maximal mögliche Punktzahl herankam. Auf dem Silberrang landet das Netz Agilis-Nord mit 92,72 erreichten Punkten; im Vergleich zum ersten Halbjahr bedeutet dies ein Plus von 7,40 Punkten. Bronze geht an das Netz Kahlgrund, das sich um 4,42 Punkte weiter verbessern konnte und mit 88,91 Punkten den dritten Rang belegt.

### Qualitätssprung für den Meridian

Insgesamt konnten im Vergleich zum ersten Halbjahr 2017 zwölf Netze erneut Boden gutmachen. Den größten Qualitätsanspruch hat das Netz Meridian gemacht: Es wurde um 26,51 Punkte besser bewertet. Mit 38,94 erreichten Punkten hat sich das Netz von Rang 20 auf Rang neun verbessert und ist damit auch bester Aufsteiger nach Plätzen. Um jeweils mehr als zwölf Punkte konnten sich drei weitere Netze verbessern. Der Franken-Thüringen-Express

### Dialog-Displays:

## München startet zweijährigen Verkehrsversuch

Das Kreisverwaltungsreferat startet einen zweijährigen Verkehrsversuch mit Dialog-Displays für sensible Verkehrsbereiche. München setzt fünf mobile Einheiten mit zwei Anzeigen vor allem in der Nähe von Schulen, Kindergärten und Kitas ein. Bezirksausschüsse, Anwohner und die CSU-Stadtratsfraktion – auf Initiative des ehemaligen CSU-Stadtrats Dr. Georg Kronawitter – sprechen sich seit Jahren für den Betrieb der Geschwindigkeitsanzeigen aus.

Das Münchner Umland hat schon lange blinkende Geschwindigkeitsanzeigen installiert, um die Verkehrsteilnehmer zu sensibilisieren. In einem zweijährigen Versuchszeitraum setzt München nach den Sommerferien 2018 mobile, akkubetriebene Dialog-Displays an wechselnden Standorten ein. Über einen Komplettdienstleistungsvertrag läuft die Anmietung der Geräte, die ein Feedback zur gefahrenen Geschwindigkeit geben, indem z.B. ein Simley auf der Anzeige erscheint.

Als Einsatzort kommen Straßen in Tempo-30-Gebieten in Frage, wo sich Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser oder Alten- und Pflegeheime befinden oder die in irgendeiner Art verkehrlich auffällig sind. Die Be-

legt um 12,77 Punkte zu und klettert mit 18,70 Punkten von Platz 24 auf Platz 17. Das Netz Bayerisches Oberland, das zum Halbjahr noch zu den größten Absteigern nach Plätzen zählte, macht 12,38 Punkte und sechs Plätze gut und besetzt mit 14,83 Punkten jetzt Rang 19. Das Netz Oberpfalzbahn/Waldbahn verbessert sich um 12,33 Punkte und fährt mit sehr guten 88,90 Punkten von Platz sechs auf Platz vier.

Einen Verlust von 14,24 Punkten musste das Netz Westfrankenbahn verkraften. Damit war die Westfrankenbahn nach Punkten der größte Verlierer und fiel mit insgesamt 17,11 Punkten von Platz 12 auf Platz 18 zurück. Weitere vier Netze wurden um mehr als zehn Punkte schlechter bewertet als noch zum Halbjahr. Dazu zählt die Werdenfelsbahn, die um 13,08 Punkte schlechter abschnitt, sich mit 67,19 Punkten aber noch in den Top Ten behauptete.

Das Netz Regio Oberbayern verlor 12,33 Punkte und fiel auf Platz 16 zurück. Das Netz Alex-Süd konnte sich trotz eines Verlusts von 11,42 Punkten mit 0,87 Punkten noch knapp im Bonusbereich behaupten. Das Netz Main-Spessart-Express fiel um 10,92 Punkte zurück, ist aber mit einer Bewertung von -3,86 Punkten auf dem Sprung zurück in den Bonusbereich. Schlusslicht bleibt das Netz Regio Franken.

### Kontrolle zahlt sich aus

„Dass wir mit unserem ausgereiften Messsystem regelmäßig die Qualität der bayerischen Regionalzüge überprüfen und sie mit unserem Ranking vergleichbar machen, trägt dazu bei, dass sich die Verkehrsleistungen im Bahnländ Bayern nachhaltig verbessern“, sagt BEG-Geschäftsführer Thomas Prechtl. „Wenn dazu noch der finanzielle Anreiz mit Bonus- oder Strafzahlungen kommt, ist das eine effektive Motivation für die von uns beauftragten Eisenbahnverkehrsunternehmen, jedes Potenzial zur Angebotsverbesserung konsequent auszuschöpfen. Die Fahrgäste wissen dieses Engagement zu schätzen.“ □



**TOSKANA**  
Spezialangebot  
Eine Woche inklusive Halbpension ab 370 EUR pro Person im Doppelzimmer. Wir bieten neun Doppelzimmer mit allem Komfort, Bad/Dusche, Telefon, TV, Minibar sowie organisierte Ausflüge mit Kleinbus. Kinder bis fünf Jahre 30 EUR pro Tag, ab sechs Jahren 40 EUR pro Tag. Weitere Informationen: Casa Mazzoni  
Tel.: +39 05 64 56 74 88 • E-Mail: info@casamazzoni.it • www.casamazzoni.it  
Wir sprechen Deutsch!



DStGB-Dokumentation:

# Elektromobilität bei kommunalen Nutzfahrzeugen

Einsatzfelder und Anwendungsbeispiele im Fokus

**Elektromobilität in Städten und Gemeinden hat viele Facetten. Beginnend beim Aufbau einer leistungsstarken, flächendeckenden Ladeinfrastruktur im öffentlichen Bereich über das Angebot von E-Bikes für kurze Strecken bis hin zum Einsatz von elektrisch betriebenen Automobilen in der Stadtverwaltung. In allen diesen Bereichen sind die Kommunen gefordert, die Elektromobilität voranzubringen und sind, wie es zahlreiche Praxisbeispiele zeigen, bereits auf einem guten Weg.**

In einer aktuellen Dokumentation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Zusammenarbeit mit der Deutschen Post DHL Group steht allerdings der Einsatz von Elektromobilen im Bereich der kommunalen Nutzfahrzeuge im Fokus. Gerade in diesem Bereich kommen derzeit noch vielfach Dieselfahrzeuge zum Einsatz, die teilweise nicht mehr den neuesten Anforderungen an den Schadstoffausstoß entsprechen. Dabei eignet sich gerade der Bereich der kommunalen Nutzfahrzeuge in besonderem Maße für den Einsatz von Elektrofahrzeugen.

## Emissionsarmut

Abgesehen von ihrem Beitrag zum Klimaschutz liegt der besondere Vorteil von Elektrofahrzeugen vor allem in der Emissionsarmut. Gerade in verkehrsberuhigten Bereichen, beispielsweise Fußgängerzonen, wird es durch E-Nutzfahrzeuge viel besser als bisher möglich, dort zu jeder Zeit notwendige Arbeiten durchzuführen. So ist es etwa mit einem Elektrofahrzeug der Stadtreinigung problemlos möglich, eine viel frequentierte Fußgängerzone oder einen Spielplatz zu befahren, ohne die Bürger mit Schadstoffausstoß zu belasten.

Auch in Gebieten, in denen es auf Geräuscharmut ankommt, bieten Elektrofahrzeuge besondere Vorteile. Mittlerweile sind elektrisch betriebene Nutzfahr-

zeuge, etwa der StreetScooter, in vielen verschiedenen Varianten verfügbar und können auch für spezielle Anforderungen nachgerüstet werden. StreetScooter existieren mit Laderaum, als Kastenwagen, als Pritschenwagen oder als spezielle Fahrzeuge für Grünflächenämter oder Bauhöfe. Auch die Modellpalette ist mittlerweile deutlich umfangreicher geworden und umfasst verschiedene Fahrzeugtypen. Mit Reichweiten von 100 bis 170 Kilometern sind auch größere Distanzen an einem Einsatztag zu bewältigen. Die Ladedauer der Fahrzeuge beträgt acht Stunden, sie können also problemlos während der nächtlichen Standzeiten beladen werden.

## Vielfältige Einsatzfelder

Durch die verschiedenen Fahrzeugtypen sind auch die Einsatzfelder für Elektrofahrzeuge vielfältig. Auf kommunalen Bauhöfen können sie genauso eingesetzt werden wie beim Gartenbauamt. So finden Elektrofahrzeuge immer stärkere Verwendung auf Friedhöfen. Hier können Friedhofsbesucher, denen die Wege zu weit oder zu beschwerlich sind, mit kleinen elektrischen Mobilien gefahren werden, ohne dass die Totenruhe oder andere Trauern- de gestört werden.

Auch viele Sozialverbände steigen verstärkt auf Elektrofahrzeuge um und unterstre-

chen damit ihre Vorbildfunktion. Außerdem verwenden kommunale Wasserbetriebe und Stadtwerke immer öfter Elektrofahrzeuge, wodurch sie sich zu einer umweltfreundlicheren Mobilität bekennen.

## Eigene regenerative Energie nutzen

Verfügt eine Stadt oder Gemeinde über eigene Möglichkeiten zur regenerativen Energieerzeugung, können nochmals Synergieeffekte erzielt und Kosten eingespart werden. So kann etwa Strom, der aus Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dachflächen, kommunalen Windparks oder Bürgerwindparks erzeugt wurde, gezielt zum Laden der Fahrzeuge eingesetzt werden. Hierzu sind vor Ort die notwendigen Speicherkapazitäten vorzusehen, um den erzeugten Strom dann während der Ladezeiten wieder an die Fahrzeuge abgeben zu können. Dies senkt die Kosten und versetzt die Kommune in die Lage, nicht mehr Verbraucher, sondern Erzeuger der benötigten Energie zu sein.

## Vorbildfunktion

Besondere Bedeutung hat dies für die Kommunikation gegenüber den Bürgern, die sich eine solche Strategie zum Vorbild nehmen können. Ideal ist es, wenn Kommunen über eigene Stadtwerke oder Beteiligungen an Energieunternehmen verfügen, die bei der Umsetzung dieses Vorhabens unterstützen können und gleichzeitig auch mit der eigenen Fahrzeugflotte ein Einsatzfeld für Elektromobilität bieten.

Ein Vorteil des Einsatzes von Elektromobilität bei kommunalen Nutzfahrzeugen ist, dass die Umrüstung der Flotten sukzessive erfolgen kann. Auf diese Weise können im Rahmen der ohnehin vorgesehenen Beschaffungszyklen alte Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren nach und nach gegen Fahrzeuge mit Elektroantrieb ausgetauscht werden. Es ist also keine zusätzliche Finanzierung erforderlich, die über die ohnehin vorgesehene Größenordnung für Neubeschaffung hinausgeht. Da die Anschaffungskosten für ein Elektrofahrzeug nicht mehr höher sind als für ein Fahrzeug mit konventionellem Antrieb, entstehen allenfalls Kosten für den Aufbau einer Ladeinfrastruktur. Diese dürften sich jedoch durch die geringeren Betriebs- und Wartungskosten innerhalb weniger Jahre amortisieren. Insgesamt können die Wartungs- und Betriebskosten um jeweils rund 60 Prozent gegenüber herkömmlichen Fahrzeugen reduziert werden.

## Sukzessive Umstellung der Flotten

Ein klarer Vorteil bei der Förderung der Elektromobilität in Kommunen durch die sukzessive Umstellung der Flotten auf Elektrofahrzeuge ist der vergleichsweise einfache Aufbau der notwendigen Ladeinfrastruktur. In der Frühphase der Förderung von emissionsarmer elektrischer Mobilität wurden verschiedene strategische Fehler begangen. Der Fokus lag in dieser Zeit in hohem Maße auf dem Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur für private Fahrzeuge. So wurden beispielsweise vor Rathäusern, an öffent-

lichen Plätzen oder vor Einkaufspassagen Ladesäulen aufgestellt, die zwar eine hohe öffentliche Wahrnehmung, aber nur begrenzt praktischen Nutzen erzielen konnten. Um an diesen Ladesäulen ein Fahrzeug wirklich zu laden, waren die Standzeiten meist zu kurz.

## Aufbau von Ladeangeboten

Mehr Nutzen entfaltet der Aufbau von Ladeangeboten etwa in öffentlichen Parkhäusern, an Park and Ride Stationen oder auf den Parkplätzen von Unternehmen. Allerdings ist der Aufbau einer flächendeckenden öffentlichen Ladeinfrastruktur sehr kostenintensiv und nur schwer refinanzierbar. Gleichzeitig kann die Schaffung einer Vielzahl von öffentlichen Ladesäulen, besonders wenn es sich um leistungsfähige Schnellladeplätze mit praktischem Nutzen handelt, zu einer wirklichen Herausforderung für die bestehende Stromversorgungsinfrastruktur werden.

## Die Vorteile

Wie der Dokumentation zu entnehmen ist, bietet Elektromobilität bei kommunalen Nutzfahrzeugen in dieser Hinsicht mehrere Vorteile:

- Die eingesetzten Fahrzeuge haben in der Regel ausreichend lange Standzeiten, um sie über Nacht zu laden. Hierfür reicht in aller Regel die herkömmliche Netzspannung für Haushalte (16 Ampere) aus.
- In den meisten Fällen sind feste, räumlich abgeschlossene Standflächen für die Fahrzeuge verfügbar. Dies können ohnehin genutzte Abstellflächen auf Bauhöfen, Grünflächenäm-

tern oder der Parkplatz der Ordnungsämter, etc. sein.

• Sollen mehr als zwei Fahrzeuge gleichzeitig geladen werden, kann mit dem lokalen Energieversorger eine entsprechend leistungsstarke Netzanbindung gezielt aufgebaut werden.

• In aller Regel müssen keine besonders kostenintensiven Ladesäulen aufgebaut werden, sondern es reichen vergleichsweise günstige „Wallbox“-Systeme.

• Für eine größere Flotte oder Einsatzszenarien ohne vorher planbare Stand- und Ladezeiten können intelligente Systeme eingesetzt werden. So kann durch eine Verknüpfung mit der Einsatzplanung der Fahrzeuge gewährleistet werden, dass die Fahrzeuge entsprechend ihrer jeweiligen Reichweitenkapazitäten genutzt werden können.

## Anwendungsbeispiele in der Dokumentation

Welche unterschiedlichen Strategien Kommunen verfolgen, um den Einsatz von Elektromobilität auszuweiten, beschreibt die Dokumentation anhand zahlreicher kommunaler Anwendungsbeispiele. So zeigen die Mitgliederkommunen der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils – Ehenbach (AOVE) in der mittleren Oberpfalz mit ihren ersten E-Autos für Bauhof und Verwaltung auf, wie nachhaltige Mobilität in der täglichen Praxis gelebt werden kann. Auf diese Weise bringen sie die Weiterverbreitung von Elektromobilität bei Bürgern und Unternehmen voran.

Unter dem Motto „Zukunftsmobilität“ wurde das Thema Elektroauto bei der Erstellung (Fortsetzung auf Seite 16)



Holder MUVO mit CRISTAL CH 3000 LP Schwemmanlage. Bilder (2): Max Holder GmbH



Holder MUVO mit CRISTAL CH 3000 HP Hochdruckreinigungsanlage und Absaugung.

Neu: Schwemmanlage und Hochdruckreinigungssystem für den Holder MUVO

## Umweltfreundlich und effektiv Flächen reinigen

**Die stetig steigende Feinstaubbelastung erfordert neue Reinigungslösungen. Viele Städte wechseln daher von konventionellen Kehrmaschinen zu Nassreinigungssystemen, die den Staub besser binden und darüber hinaus auch empfindliche und stark verschmutzte Oberflächen schonend und effektiv reinigen. Holder bietet für sein Modell MUVO ab sofort zwei exklusive Lösungen dafür an.**

Beide arbeiten mit reinem Wasser und führen einen Wassertank mit 2.100 Liter Fassungsvermögen mit sich. Über eine enorme Reichweite verfügt die Schwemmanlage CH 3000 LP. Sie kann mit einem Schwemmbalken in U-Form mit 2300 mm Arbeitsbreite oder als Teleskopversion mit bis zu 2800 mm Arbeitsbreite geliefert werden. Die passende Leistung garantieren hier der Wasserdurchfluss von 114 l/min sowie der Wasserdruck von 50 bar. Die Hochdruckreinigungsanlage CH 3000 HP reinigt dagegen mit zwei rotierenden Sprüharmen unter einer Reinigungshöhe. Inklusive Seitenversatz ist eine Gesamtreinigungsbreite von 2300 mm möglich. Der Wasserdruck von

250 bar und der Wasserdurchfluss von 25 l/min sind vor allem für die Beseitigung von starken Verunreinigungen geeignet. Optional kann bei der CH 3000 HP eine Schmutzwasserabsaugung installiert werden. Ebenso ist eine zusätzliche Steigerung der Reinigungsleistung durch den Einsatz von Heißwasser mit einer Arbeitstemperatur von bis zu 90 Grad möglich.

## Abgestimmt auf kommunale Anforderungen

Für den Handbetrieb stehen bei beiden Systemen eine manuelle Hochdruckreinigungshau- be und eine Doppelstrahl-Hochdrucklanze zur Verfügung. Die auf dem Dach des Wassertanks mon-

tierte Schlauchhalterung ist um 360 Grad schwenkbar. Für die CH 3000 LP wird außerdem eine Hybrid-Funktion angeboten, in der die Handgeräte per Batterie angetrieben werden können.

Ob Stadtzentren, Marktplätze, Einkaufszonen, Industrie- flächen oder Baustellenzufahrten mit den typisch festsitzenden Verschmutzungen – nicht nur das jeweilige Reinigungssystem, sondern auch das Trägerfahrzeug sind perfekt auf die anfallenden kommunalen Anforderungen abgestimmt. Die kompakten Abmessungen des Fahrzeugs sowie seine Wendigkeit dank der Allrad- und Hundegänglenkung ermöglichen flexible Einsätze auch in beengten Situationen, die Transportgeschwindigkeit von bis zu 60 km/h erlaubt schnelle An- und Abfahrten zum Einsatzort. Zudem ist der MUVO wie alle Fahrzeuge von Holder multifunktional einsetzbar.

## Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

BayWa



## Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie mit dem Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Anbaugeräten
- Anhängern

Ihr verlässlicher Partner für:

- Winterdiensttechnik
- Grünflächenpflege
- Kehren und Reinigen

BayWa AG  
Technik

Arabellastraße 4  
81925 München

[www.baywa.de/kommunal](http://www.baywa.de/kommunal)

Kennen Sie schon unsere umfassenden Service-Leistungen?  
[www.baywa.de/service](http://www.baywa.de/service)

## Vier Jahrzehnte Einsatz für das Stadtgrün

Die Landesgartenschau 2018 kann Dieter Müller, Leiter des Gartenamtes der Stadt Würzburg, in vollen Zügen genießen. Denn obwohl er bereits die LGS von 1990 begleitet hat und auch maßgeblich an der Bewerbung für die LGS 2018 beteiligt war, wird Müller die kommende LGS nur privat besuchen. Zum Jahresende trat er in Ruhestand. 40 Jahre lang, davon 22 Jahre als Leiter des Gartenamtes, gestaltete er mit seinem Team die Gartenanlagen der Stadt Würzburg, betreute den Ringpark mit seinen 34 Hektar und seinen 4.800 Parkbäumen bestehend aus 220 Arten und Sorten, sanierte den Pleicher See und zuletzt das Filestück Klein-Nizza.

Parkräume kreativ zu gestalten und gleichzeitig Belange des Naturschutzes zu beachten, das macht mir einfach Spaß“, sagt Müller rückblickend. Gleichzeitig wurde der Park digital vermessen und der Baumbestand dendrologisch kartiert. Seit einem Jahrzehnt war es Wunsch des Gartenamtes ein Parkentwicklungswerk zu erstellen. Ziel war ein Handlungsleitfaden für das Baudenkmal Glacis, in dem Parkstrukturen, Freizeitaktivitäten, Gehölzstrukturen und das Wegenetz in einem geschichtlichen Kontext betrachtet werden und sich modern weiterentwickeln lassen.

### Forschungsprojekt Stadtgrün 2021

Neben den beiden Teichanlagen wurden die Partnerschaftsgärten im Zuge der Landesgartenschau 1990 gestaltet, drei Friedhöfe wurden mit neuen Grabstellen sowie einer friedhofsgerechten Grüngestaltung in Richtung Parklandschaft erweitert, Spielplätze gebaut oder saniert, das Forschungsprojekt Stadtgrün 2021 ermöglicht, die Bäume im Glacis kartiert und vieles mehr. Aber immer mit dem gewissen „Etwas mehr“.

Beim Bau der Spielplätze sorgte zum Beispiel eine Vernetzung mit der Arge Familien dafür, dass sozialpädagogische Aspekte in die Planung mit aufgenommen wurden. „Es ging immer darum, Projekte gemeinsam mit denen zu entwickeln, die es dann nutzen; für die Kinder und die Bewohner, die unmittelbar etwas davon haben“, sagt Müller.

### Naturschutz einbeziehen

Wichtig war ihm dabei auch, den Naturschutz in die Konzeption der verschiedenen Bereiche mitaufzunehmen. So wurden an manchen Orten tote Bäume nicht einfach abgeholzt sondern bewusst stehen gelassen, um die Artenvielfalt im Stadtgrün zu stärken. Aus demselben Grund wurde bewusst in Teilen des Ringparks das Gras nicht gemäht sehr zum Missfallen einiger Anwohner, die sich im Sommer gerne direkt dort gesonnt hätten, wo im langen Gras besonders viele Bienen und andere Insekten tummelten.

Dass die Park- und Gartenanlagen in Würzburg so farbenprächtig und gepflegt sind, hängt dabei nicht nur an der ständigen Pflege durch die Mitarbeiter des Gartenamtes.

Auch das „Staudenkonzept Silberommer“, das Müller in Würzburg eingeführt hat, hat seinen Teil dazu beigetragen. Inzwischen sind über 3.500 Quadratmeter Beete meist auf Verkehrsinseln an Straßenkreuzungen mit „Hungerkünstlern“ gestaltet, die als Dauerstaudenkonzept ausgelegt sind. Dafür ist die Stadt bis weit über ihre Grenzen hinaus bekannt, wie Müller stolz erklärt.

### Staudenkonzept

Staudenkonzepte sind in seiner Amtszeit förmlich aufgebüht und haben eine Renaissance erfahren. Knapp 1 ha ist so neu entstanden und die Grüne Mitte Sanderau beim Ehehaltenhaus, ist wohl die bekannteste Einzelfläche.

Ganz besonders stolz ist der Leiter des Gartenamtes auf das jährliche Ringparkfest, das jetzt als Bürgerfest fest im Kalender der Stadt etabliert ist. Mehrere tausend Bürger genießen jeden Sommer die lauschige Atmosphäre im Ringpark unter alten Bäumen, picknicken auf mitgebrachten Decken oder zum

Frühschoppen auf den bereitgestellten Bierischgarnituren. Für viele ist das Ringparkfest, das ohne Eintrittsgelder auskommt, eines der schönsten Würzburger Feste unter freiem Himmel.

### Stolz auf das alte LGS-Gelände

Mit Stolz blickt Müller auch auf das alte Gelände der Landesgartenschau. Denn auch wenn die LGS vor 27 Jahren stattfand, ihr Gelände ist heute noch eine Attraktion unter den Würzburger Parkanlagen.

Es ist eines der am besten gepflegten LGS-Gelände da fließt viel Herzblut hinein“, freut sich Dieter Müller. Nicht umsonst wurden die Preisrichter bei der Bewerbung um die Landesgartenschau 2018 auch durch das Gelände der alten LGS geführt. Schließlich ist es ein Beleg dafür, dass Würzburg es kann getreu dem Motto: „gestalten und erhalten“, grinst Müller.

Gestalten wird Müller jetzt auch im Ruhestand weiter; allerdings im Miniaturformat: Für seine Amphibien und Reptilien baut er kleine Landschaftsbilder in Terrarien. □



Dieter Müller im japanischen Garten am Alten Kranen.

Bild: Christian Weiß

### Volkswagen Nutzfahrzeuge:

## 2017 erneuter Auslieferungszuwachs

Vertriebsvorstand Löw: „Mit dem e-Crafter zusätzliche Chancen im urbanen Liefer- und Dienstleistungsverkehr“

Volkswagen Nutzfahrzeuge hat im Geschäftsjahr 2017 weltweit 497.900 Fahrzeuge ausgeliefert. Damit konnte die Marke, die im Volkswagen Konzern das Geschäft mit leichten Nutzfahrzeugen, Großraumlimousinen, Reisemobilen und Pickups verantwortet, den bisherigen Bestwert aus 2016 nochmals um rund 4,2 Prozent steigern. Erheblichen Anstieg bei den Auslieferungszahlen verzeichneten die T-Baureihe, der Caddy und auch der Pickup Amarok.

Heinz-Jürgen Löw, Mitglied des Markenvorstands für Vertrieb und Marketing: „Wir danken unseren Kunden für das hohe Vertrauen, das sie 2017 unseren Produkten entgegengebracht haben. Auch weiterhin wollen wir ihre Bedürfnisse mit unseren Produkten punktgenau treffen.“ Das gesteigerte Auslieferungsvolumen stehe aber auch für das leistungsfähige Vertriebsnetz und die motivierte Vertriebsmannschaft weltweit, so Löw weiter. 2018 blicke er zuversichtlich entgegen: „Mit dem e-Crafter öffnen wir zusätzliche Chancen im urbanen Liefer- und Dienstleistungsverkehr.“ Das Fahrzeug ist seit Dezember 2017 zum finalen Praxistest bei ausgewählten Großkunden und wird in der zweiten Jahreshälfte in Europa eingeführt.

Die weltweiten Auslieferungen an Kunden stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Prozent auf 497.900 Fahrzeuge (2016: 478.000). In Westeuropa inklusive Deutschland nahmen die Auslieferungen um 1,5 Prozent auf 332.000 Fahrzeuge zu (2016: 327.200). In Osteuropa kletterten die Auslieferungen 2017 um 13,0 Prozent, in Südamerika stiegen um 28,1 Prozent. In der Region Nordamerika (Mexiko) steigerte Volkswagen Nutzfahrzeuge die Auslieferungen um 23,0 Prozent und in der Region Asien-Pazifik um 20,7 Prozent. Lediglich die Märkte in Afrika (-0,9 Prozent) und Nahost (-13,9 Prozent) verbuchten 2017 aufgrund der volatilen Marktsituationen Rückgänge.

Die Auslieferungen der T-Baureihe wuchsen weltweit um 3,8 Prozent auf 206.100 Auslieferungen. Damit ist sie die volumenstärkste Baureihe der Marke. Die Caddy-Auslieferungen stiegen um 2,2 Prozent auf 165.900 Fahrzeuge. Der Amarok verzeichnete ein Auslieferungsplus von 14,0 Prozent auf 78.900 Fahrzeuge. Die Crafter-Auslieferungen lagen im Anlaufjahr mit 47.000 Fahrzeugen 1,8 Prozent unter dem Vorjahr. □

## Elektromobilität bei ...

(Fortsetzung von Seite 15) des Integrierten Klimaschutzkonzeptes im Jahre 2009 und dessen Fortschreibung im Jahre 2014 als festes Projekt „Umstrukturierung der öffentlichen Kfz-Flotte“ definiert. Der Anstoß kam sowohl von den politischen Vertretern als auch von Mitarbeitern der Verwaltung. Die Elektroautos wurden über die ausgewählte Klimaschutzmaßnahme im Rahmen der Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes AOVE mit 50 Prozent gefördert.

### Lange Wartezeiten

Bei Anschaffungen im Zuge der Elektromobilität kam es bei einigen Kommunen jedoch zu langen Wartezeiten, was zur Folge hatte, dass die Zuwendungszeiträume für die Förderung mehrmals verlängert werden mussten. Bei zukünftigen Kaufentscheidungen wird von den AOVE-Kommunen geprüft, ob sich ein Elektroauto als Alternative eignet. Zurzeit liegt der Fokus in den Kommunen auch auf dem Ausbau der Ladeinfrastruktur.

### Studienschwerpunkt in Kempten

In Kempten hat Elektromobilität bereits eine längere Tradition. An der Hochschule Kempten gibt es einen eigenen Studienschwerpunkt „Vernetzte Mobilität und Fahrzeugtechnik“ und auch der lokale Energieversorger (Allgäuer Überlandwerk) hat das Thema befeuert. Schon im Jahr 2010 wurde in Kempten die erste öffentliche Ladesäule eingerichtet.

Die Stadtverwaltung investierte bereits 2012 in Elektromobilität. Es wurde ein elektrisch betriebener Kleinlastwagen für den kommunalen Friedhof angeschafft. 2014 beschloss der städtische Umwelt- und Klimaschutzausschuss, dass neuanschaffende Pkw für den städtischen Fuhrpark bevorzugt emissionsfrei sein sollten oder zumindest bestimmten

CO<sub>2</sub>-Emissionskriterien genügen sollten. In der Folge dieses Beschlusses schaffte die Stadtverwaltung weitere E-Autos an und als Folgeprojekt zum „Klimaschutz-Masterplan“ wurde die weitere Umstellung des städtischen Pkw-Fuhrparks auf elektrobetriebene Fahrzeuge beschlossen.

### Mobilitätsanalyse der Stadt

Um die Anschaffung von Elektroautos für den städtischen Pkw-Fuhrpark zu überprüfen, kooperierte die Stadt Kempten mit der Hochschule Kempten und ließ dort eine Mobilitätsanalyse für den bestehenden Fuhrpark mit Verbrennungsmotoren erstellen. Bei dieser Mobilitätsanalyse ging es darum, zu eruierten, welche Fahrzeuge aus dem Pkw-Fuhrpark gegen elektrisch angetriebene Modelle ausgetauscht werden könnten. Für diesen Zweck untersuchte die Hochschule über einen mehrwöchigen Zeitraum die Nutzungshäufigkeit, Nutzungsdauer sowie die Fahprofile der verschiedenen Pkw. Daraus wurde dann abgeleitet, welche der Autos mit Verbrennungsmotoren gegen Elektroautos ausgetauscht werden konnten.

Um den Mitarbeitern den Einstieg auf die Elektrofahrzeuge zu vereinfachen, bot die Stadtverwaltung mehrere Kennlern-Termine an, die laut Oberbürgermeister Thomas Kiechle gut angenommen wurden. Mittlerweile würden die E-Autos gerne von den Mitarbeitern ausgeliehen. Für die Zukunft plane Kempten einen weiteren Ausbau der Elektrofahrzeugflotte. „In Bezug auf die Nutzfahrzeuge wird die Marktentwicklung sehr genau verfolgt“, so Kiechle.

Zurzeit wird das Angebot in dem Bereich der elektrisch betriebenen Nutzfahrzeuge von den Verantwortlichen der Stadt jedoch als „sehr dünn“ bewertet. Die Stadtverwaltung erhofft sich daher in Zukunft kostengünstigere Fahrzeugmodelle von den Herstellern. **DK**

www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

## Machen Straßen sicherer.



Egal, für welchen Einsatz: Mit diesen beiden sind Sie auf der sicheren Seite.

Der Caddy und der Crafter liefern durch ihre vielseitigen Einsatzmöglichkeiten auf jeder Baustelle beste Leistungen ab. Mit dem optionalen Allradantrieb 4MOTION können selbst schwierige Straßenverhältnisse gemeistert werden. Für sämtliche Auf- und Umbauvarianten bietet das professionelle Umbauportal [www.umbauportal.de](http://www.umbauportal.de) immer genau die passende Lösung. Verlassen Sie sich jederzeit auf Ihre Flotte. Und vereinbaren Sie noch heute eine Probefahrt mit Ihrem Volkswagen Nutzfahrzeuge Partner.



Nutzfahrzeuge

Abbildung zeigt exemplarische Aufbaulösungen.

## Kärcher Winterroadshow

Welche Einsatzmöglichkeiten bieten kommunale Geräteträger und Kehrmaschinen in Eis und Schnee? Welche Innovationen gibt es und wie können Städte und Kommunen davon profitieren? Auf der Winter-Roadshow 2018 zeigt Kärcher, wie der Räum- und Streudienst in der kalten Jahreszeit mit moderner Technik schnell und effizient bewältigt werden kann.

An insgesamt sechs Veranstaltungsorten sind Vertreter von Städten und Gemeinden ebenso wie Anwender und Entscheider kommunaler Betriebe und Dienstleister eingeladen, sich zu informieren und auszuprobieren: Vorgestellt wird die aktuelle Fahrzeugflotte mit Anbaugeräten für den Winterbetrieb von der Schneefräse über den Pflug bis zum Streugutbehälter. Auf einem Parcours können Besucher sich auch selbst ans Steuer der robusten und wendigen Maschinen setzen.

Im Mittelpunkt der Roadshow steht die neue Kommunalmaschine MIC 42. Sie vereint vielseitige Einsatzmöglichkeiten im Ganzjahresbetrieb mit Fahrkomfort, sparsamen Verbrauch und niedrige Emissionen. Ihr neu entwickelter Commonrail-Dieselmotor mit Dieselpartikelfilter schafft Abgaswerte deutlich unter der Norm „Stage V“.

Kärcher stellt auf der Tour seine Fahrzeugflotte vor und informiert über seine Serviceangebote bis hin zum Mietpark, mit dem das Winnender Familienunternehmen kurzfristigen und saisonal begrenzten Bedarf abdeckt.

**Termine - jeweils von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr:** 20.02. Winterberg, 22.02. Torfhaus, 27.02. Bischofsgrün, 1.03. Spitzingsee, 06.03. Oberstorf, 8.03. Feldberg  
**Weitere Informationen:** und Anmeldung: [www.kaercher.de/roadshow](http://www.kaercher.de/roadshow). □



## Ein neuer Unimog für Denklingen

Groß war die Freude der Denklinger Bauhof-Mitarbeiter als sie ihren neuen Unimog U 427 bei der Henne Nutzfahrzeuge GmbH in Heimstetten in Empfang nehmen konnten. Das multifunktionale Kommunalfahrzeug wurde mit einem Hauer Frontlader Typ POM UGE RX 500 bestellt. Anfang Oktober 2017 wurde es ausgeliefert. Künftig werden mit dem Unimog z.B. Grüncontainer beladen, Straßen abgeschoben und Erdarbeiten erledigt. Für Arbeiten in luftiger Höhe gibt es sogar einen Hubkorb. Die symbolische Schlüsselübergabe an die Mitarbeiter der Gemeinde Denklingen erfolgte direkt bei der Henne Nutzfahrzeuge GmbH in Heimstetten. Unser Bild zeigt (v.l.): Andreas Altmann, Unimogfahrer, Frieder Füllemann, Verkäufer, Franz Schießl, Bauhofleiter und Rainer Partelly, Verkaufsleiter bei Henne in Heimstetten. □

## Bauhof in Bestform

Unimog gratuliert Gewinnern des KT-Image-Awards 2017

Deutschlandweit war die Fachzeitschrift KommunalTechnik gesponsert von Unimog auf der Suche nach den kreativsten und engagiertesten Bauhöfen. Und ist fündig geworden. Die jeweils Erst-, Zweit- und Drittplatzierten in den beiden Kategorien „Beste Einzelaktion“ und „Beste Gesamtaktion“ sowie das Engagement der kleinsten Kommune wurden jetzt prämiert. Rolf Trampert von Mercedes-Benz Special Trucks gratulierte den Gewinnern und lobte die originellen Ideen.

Das KommunalTechnik-Magazin unterstützt in Zusammenarbeit mit Unimog besonderes Engagement von kommunalen Baubetriebshöfen und Straßenmeistereien. Und zeichnet die herausragendsten Bauhof-Qualitätsbeispiele regelmäßig mit dem KT-Image-Award aus – als Wertschätzung und Motivation für die Zukunft. Denn mit Hilfe einer ideenreichen Außendarstellung können Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten, Bürgern Themen näherzubringen oder ihre Dienste transparent und zugänglich zu gestalten. Rolf Trampert freute sich bei

der Prämierung sichtlich, die Preise in der Kategorie „Beste Einzelaktion“ verleihen zu dürfen. Ein großes Lob richtete der Mercedes-Benz Special Trucks Marktmanager an den Neue Betriebshof Saarlouis. Mit seinem richtungsweisenden Projekt „Bürger erzeugen gemeinsam Strom“ ist der NBS ganz oben auf dem Siegertreppchen gelandet.

Betriebsleiter Björn Althaus ist stolz auf das Kooperationsprojekt zwischen der Stadt und der Bürgerenergiegenossenschaft Köllertal eG. Bürger können sich nun selbst als Anleger am dortigen Biomasseheizkraft-

Erste Deutsche Schneepflugfahrer-Meisterschaft setzt Maßstäbe:

## Präzision mit dem Schneepflug

Beeindruckende Manöver, ein harter Kampf gegen die Zeit und viel Spaß für Fahrer und Zuschauer. Das ist das Fazit des ersten nationalen Wettbewerbs im Schneepflugfahren. Ausgetragen wurden die spannenden Duelle mit einem Unimog U 527.

Nein, Schnee lag noch nicht im brandenburgischen Stolpe, als Anfang September die erste Deutsche Schneepflugfahrer-Meisterschaft ausgetragen wurde. Doch der Parcours auf dem Gelände des Landesbetriebs Straßenwesen Brandenburg hatte es trotzdem in sich: Slalomstrecken galt es vorwärts und rückwärts zu bewältigen, Hindernisse mussten passgenau auf Zielpunkte geschoben und aufgeschichtete Pyramiden exakt abgeräumt werden.

### Unimog überzeugt beim Räumdienst

Der Wettbewerb war so gestaltet, dass tägliche Herausforderungen abgefordert wurden, die den Fahrern im Winterdienst begegnen. Neben Präzision und Schnelligkeit gehört dazu die perfekte Zusammenarbeit zwischen Mensch und Fahrzeug.

werk und der Photovoltaikanlage beteiligen und so den Umweltschutz unterstützen – ein im Saarland einmaliges Konzept. Den zweiten und dritten Platz in der Kategorie „Beste Einzelaktion“ sicherten sich der Baubetriebshof Ravensburg mit der Kampagne „Saubere Stadt“ und der Bauwirtschaftshof Aschersleben mit dem innovativen Friedhofskonzept „Erinnerungsgarten“.

### Grünflächen-Patenschaften und Frühjahrsputz

Neben gelungenen Einzelaktionen sei aber auch kontinuierliches Engagement sehr wichtig, so Rolf Trampert. Als besonders vorbildlich und daher verdienter Sieger der Kategorie „Bester Gesamtauftritt“ wurde das Team der Kommunalwirtschaft Mittlere Bergstraße um Geschäftsführer Peter Daum ausgezeichnet. Dessen konsequent umgesetztes Farbleitkonzept funktioniert offline und online – in allen Arbeitsbereichen, dem umfangreichen Internetauftritt sowie der beliebten Mängelmelder-App. Zudem sorgen öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie etwa Grünflächen-Patenschaften oder der Frühjahrsputz „Sauberes Benschheim“, für gelebte Bürgernähe.

Platz zwei in Sachen Gesamtauftritt belegte die Stadt Bielefeld mit ihren Umweltbetrieben, während sich der Bauhof der niederrheinischen Stadt Rees Bronze sicherte.

### Sonderpreise für Schillingsfürst

Darüber hinaus erhielt das fränkische Schillingsfürst einen Sonderpreis als kleinste teilnehmende Kommune für den 2017 erstmals durchgeführten Tag der offenen Tür des Bauhofes.

### Profis Seite an Seite

Weil gerade die Fülle und Vielfalt an Ideen der zahlreichen Baubetriebshöfen und Straßenmeistereien in Deutschland für ein buntes kommunales Leben Sorge, dankte Rolf Trampert im Rahmen der Preisverleihung noch einmal ausdrücklich allen Teilnehmern fürs Mitmachen. Für die kommenden Jahre wünsche er sich einen ebenso abwechslungsreichen Wettbewerb mit kreativen Projekten. Der Unimog stehe den kommunalen Mitarbeitern bei ihrem täglichen Einsatz stets gerne zur Seite. □

gen die Uhr. Am Ende hatte das brandenburgische Team der Autobahnmeisterei Rangsdorf sprichwörtlich die Nase vorne. Die Plätze zwei und drei gingen an die Straßenmeisterei Luckau

### Beste Ergebnisse auch bei widrigsten Bedingungen

So kann sich der Unimog dank gefederter Portalachsen und Allradantrieb auch bei widrigsten Bedingungen durch den Schnee kämpfen. Dank der großen Frontscheibe der Freisichtkabine und dem kurzen Vorbaumaß hat der Fahrer seinen Arbeitsbereich immer gut im Blick – eine unabdingbare Voraussetzung für präzise Manöver beim Winterdienst-Einsatz.

### Team aus Rangsdorf holt den Titel

Angetreten waren bei der Schneepflugfahrer-Meisterschaft acht hochmotivierte Teams von Straßenmeistereien aus insgesamt fünf Bundesländern. Darunter auch die jeweiligen Sieger der zuvor ausgetragenen Landeswettbewerbe. Die Fahrer lieferten sich spannende Duelle beim Kampf ge-

len Winterdienst-Kongresses „PIARC“ statt. Dort werden auch die Unimog Partner Aebi Schmidt und Bucher Municipal vertreten sein.



Unser Bild zeigt nicht den U 527 aus dem Wettbewerb in Stolpe – und auch keinen normalen Schneepflug. Aber dieser neue Unimog U 430 leistet in Leogang im Salzburger Land hervorragende Arbeit im Winterdienst. Technische Daten: Mercedes-Benz Unimog U 430, Exterieur, orange, OM 936 Euro VI mit 220 kW (299 PS), 7,7 l Hubraum, permanenter Allradantrieb. □

(Brandenburg) und die Autobahnmeisterei Kamen (NRW). Die Sieger vertreten im Februar 2018 erstmals das Team Deutschland auf der „International Snowfighter Championship“ in Danzig (Polen). Die Schneepflugfahrer-Weltmeisterschaft findet alle vier Jahre im Rahmen des Internationa-

den zahlreichen Besuchern. Diese waren sogar mit Bussen eigens angereist und feuerten ihre Teams lautstark an. Auch die Organisatoren zogen eine positive Bilanz der Schneepflugfahrer-Meisterschaft und planen in zwei Jahren eine weitere Auflage des Unimog-Events. □

## Rosenheim gründet 60. Landschaftspflegeverband in Bayern

In Rosenheim wurde jetzt der 60. Landschaftspflegeverband in Bayern gegründet. Dazu gratulierte der Amtschef des Bayerischen Umweltministeriums, Dr. Christian Barth, den Vertretern der Region bei einer Festveranstaltung in Bad Aibling.

„Der Erhalt unserer einzigartigen bayerischen Kulturlandschaften ist eine wichtige Aufgabe für den modernen Naturschutz. Die bayerischen Landschaftspflegeverbände sind dabei entscheidende Stützen vor Ort. Landschaftspflegeverbände sind die Triebfeder, um Brauchtum, Artenvielfalt und einmalige Landschaften zu erhalten. Um den weiteren Austausch der Landschaftspflegeverbände voranzubringen, unterstützt der Freistaat Gründungsinitiativen ebenso wie die tägliche Arbeit der Verbände. Ich freue mich über dieses Engagement und den Landschaftspflegeverband Rosenheim als neuesten Partner“, so Barth. Mit dem neu gegründeten Landschaftspflegeverband Rosenheim sollen die bisher laufenden Landschaftspflegemaßnahmen sinnvoll weitergeführt sowie regionale Strukturen und Akteure gestärkt werden. Der Landschaftspflegeverband ist außerdem eine neutrale Kommunikationsplattform für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Kommunen, Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutz.

Landschaftspflegeverbände sind in über 1.300 Städten und Gemeinden in 61 Landkreisen

und damit auf rund drei Viertel der Landesfläche aktiv. Sie arbeiten mit 3.300 Landwirten zusammen, davon über 200 Hütenschäfern. Das Umweltministerium investiert dieses Jahr rund 36 Millionen Euro für Maßnahmen in Naturschutz und Landschaftspflege in den Regionen. Zusammen mit EU- und Bundesmitteln stehen damit 2017 in diesem Bereich insgesamt rund 65 Millionen Euro zur Verfügung. Die bayerischen Landschaftspflegeverbände setzen auf regionaler Ebene als Akteure vor Ort zusammen mit Landwirten, Kommunalpolitikern und Naturschützern rund zwei Drittel aller geförderten Landschaftspflegemaßnahmen um, wie beispielsweise Entbuschungsmaßnahmen oder spezielle Artenschutzmaßnahmen.

Seit 1985 begleiten und beraten die Landschaftspflegeverbände Kommunen, Behörden, Eigentümer und Naturschutzverbände in Bayern bei der Pflege und Entwicklung ihrer Flächen. Dabei orientieren sie sich an den lokalen und natürlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen. Dank ihrer Ortskenntnisse sind sie wichtige Impuls- und Ideengeber bei der Erfüllung von Naturschutzaufgaben. □



## Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrentrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](mailto:mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz  
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rückdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [verkauf@klmv.de](mailto:verkauf@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

# Kinder, die etwas anders sind

Kristin Hessel aus Lohr setzt sich bayernweit für Pflegekinder ein

**Lohr. Kindern, denen es nicht gut geht, zu helfen, war Kristin Hessel aus Lohr schon immer ein Anliegen. Im Kindergarten ihres heute 16 Jahre alten Sohnes übernahm sie das Mittagessen für ein Kind, das keine regelmäßigen Mahlzeiten erhielt. Später wurde sie Patin eines kleinen Afrikaners. Vor drei Jahren nahm Hessel ein Pflegekind bei sich auf. Im Landesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (PFAD) engagiert sie sich heute bayernweit für das Recht von Kindern, in einer intakten Familie groß zu werden.**

Knapp drei Jahre war Sabine (Name geändert) alt, als sie zur Familie Hessel kam. Was das Mädchen bis dahin alles erlebt hatte, wissen ihre Pflegeeltern nicht genau. Aus dem, was ihnen das Jugendamt mitgeteilt hatte, war nur zu entnehmen, dass Sabines Eltern, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage gewesen sind, sich gut um ihr Kind zu kümmern. Sie vernachlässigten das Mädchen. Womöglich wurde es auch geschlagen.

Als Sabine zu den Hessels kam, merkte man ihr nicht an, dass sie Schlimmes durchgemacht hatte. „Pflegekinder können sich sehr gut anpassen“, sagt die Lehrerin Maschinenbautechnikerin. Doch jedes Pflegekind trage einen unsichtbaren Rucksack mit sich herum: „Der wird im Laufe der Zeit entpackt.“ Das erlebten auch die Hessels: Sabine, die allen inzwischen ans Herz gewachsen und ein ganz normales Familienmitglied ist, konfrontiert ihren Bruder, den Papa und die Mama immer wieder mit überraschenden Verhaltensweisen.

## Hohe Impulsivität

„Sie ist, ähnlich wie Kinder mit ADHS, äußerst impulsiv“, berichtet Kristin Hessel. Geht die Familie zum Beispiel spazieren und kommt ein Spaziergänger mit Hund entgegen, kann es passieren, dass die Kleine auf den Hund zustürzt: „Ohne darauf zu achten, ob er vielleicht knurrt.“ Ein solches Verhalten kannte Kristin Hessel von ihrem Sohn nicht. Auch der wäre sicherlich neugierig auf den wuscheligen Vierbeiner gewesen. Doch er hätte gefragt, ob er zu dem Hund gehen und ihn streicheln darf. Diese Art Rückversicherung praktizieren Pflegekinder, die keine enge Bindung an ihre Eltern kennen, laut Hessel in vielen Fällen nicht.

Sich immer wieder klarzumachen, warum Sabine so und nicht anders reagiert, ist ein anstrengender, aber auch ein sehr

interessanter Prozess. „Ich habe durch mein Pflegekind eine ganze Menge Neues gelernt“, sagt Kristin Hessel. Noch bevor Sabine in die Familie kam, recherchierte die Lehrerin viel im Netz. Nachdem sie Sabine bei sich aufgenommen hatte, las sie sich mit einem Fachbuch in die Thematik „Pflegekinder“ ein. 2015 schließlich entdeckte sie den Landesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (PFAD), dessen Vorstand sie seit April angehört. Dadurch erhielt sie weitere, fundierte Informationen.

## Gute Bindung ist für Kinder essenziell

Kristin Hessel lernte durch PFAD-Publikationen und auch durch den Austausch mit anderen Pflegeeltern, die sich in der von ihr vor knapp zwei Jahren gegründeten „PFAD-Elterngruppe Main-Spessart“ treffen, wie essenziell eine gute Bindung für Kinder ist. Wächst ein Kind bei Eltern auf, die ständig eine Angst Atmosphäre um sich verbreiten, die emotional permanent schwanken oder die unfähig sind, die Bedürfnisse des Kindes wahrzunehmen, „verschaltet“ sich das Gehirn falsch. Manche Kinder entwickeln dann zum Beispiel ein überstimuliertes Alarmsystem: Harmloseste Dinge können auf sie bedrohlich wirken, weil sie schlimme Erinnerungen auslösen.

## Umgang mit den leiblichen Eltern

Eine Herausforderung für alle Pflegeeltern stellt der Umgang mit den leiblichen Eltern des Kindes dar. Auch Kristin Hessel hat Kontakt zu Sabines Eltern. Jeden Monat dürfen sie ihre Tochter sehen. Bei wichtigen Entscheidungen, etwa welche Schule Sabine besucht oder ob eine Operation durchgeführt werden soll, haben die leiblichen Eltern Mitspracherecht. Pflegeeltern und leibliche Eltern müssen also gut miteinander

der auskommen – so schwierig es für die leiblichen Eltern auch ist, zu akzeptieren, dass ihnen ihr Kind per Gerichtsbeschluss „weggenommen“ wurde.

„Ich traf mich schon mehrmals mit Sabines Mutter“, erzählt Kristin Hessel. Die Initiative zur ersten Begegnung ging von ihr aus. Die Mutter ließ sich darauf ein. Dass Sabine nicht bei ihr leben darf, schmerzt sie sehr, gab sie zu. Dennoch ist sie bereit, mit Kristin Hessel zu kooperieren. Schließlich geht es beiden im Kern um dasselbe: Sabine soll sich positiv entwickeln. Und fähig werden, später, als Erwachsene, ein befriedigendes Leben zu führen.

## Bezirk Oberfranken:

# Hilfe für traumatisierte Soldaten in der Ukraine

**Zum Abschluss des Jahres besuchte Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler zusammen mit einer fünfköpfigen Delegation die Partnerregion des Bezirks Oberfranken, das ukrainische Transkarpatien. Grund war der Abschluss der Fort- und Weiterbildung von Ärzten und psychiatrischem Fachpersonal aus der ukrainischen Teilregion in der Behandlung von Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS). Aufgrund des militärischen Konflikts in der Ostukraine leiden auch in Transkarpatien vermehrt Menschen an diesem psychiatrischen Krankheitsbild. Die Zusammenarbeit beider Regionen soll nun weiter ausgebaut werden.**

„Der immense Anstieg von Personen, die als Folge des militärischen Konflikts im Osten der Ukraine an posttraumatischen Belastungsstörungen erkrankt sind, erforderte die Aus- und Weiterbildung von Ärzten und des medizinischen Fachpersonals aus der Region Transkarpatien in Diagnostik, Therapie und Rehabilitation. Wir freuen uns, dass wir unseren Partnern in der Ukraine mit unseren Fachleuten der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO) auf diesem so wichtigen Gebiet weiterhelfen und einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit PTBS in Transkarpatien leisten konnten“, zeigt sich Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler beeindruckt von seinen Besuchen im Veteranenhospital und in der Suchtklinik der transkarpatischen Bezirkshauptstadt Uschhorod.

Im Rahmen des Kurzbesuchs in der Ukraine übergab Denzler zusammen mit einer fünfköpfigen Delegation auch ein Modulhandbuch, das nun als Leitfaden für die Behandlung von PTBS in den ukrainischen Kliniken Verwendung finden wird. Das Handbuch wurde federführend von Gesundheitswissenschaftler Walter Rätzler-Kürzdörfer, Diplompsychologe Kai Döffmann und dem ehemaligen Ärztlichen Direktor des Bezirkskrankenhauses Bayreuth, Prof. Manfred Wolfersdorf, zusammen mit den transkarpatischen Ärzten erstellt und ins Ukrainische übersetzt. „Unser Ziel war es, einen Erfahrungsaustausch zu gewährleisten und die Expertise der deutschen Ärzte und Psychologen weiterzugeben“.

bilanziert Denzler. Im Sommer fand dazu bereits eine Hospitation von sieben Psychiatern und Psychologen aus Transkarpatien am Bezirkskrankenhaus in Bayreuth statt.

Wie wichtig der medizinische Austausch für die Region Transkarpatien ist unterstrichen Gebietsrat Mykhailo Rivis und der Rektor der Universität Uschhorod Prof. Vladimir Smolanka bei der Übergabe des Modulhandbuchs. „Die Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen stellt uns vor große Herausforderungen. Das Fort- und Weiterbildungsprogramm für unser medizinisches Fachpersonal war für uns daher ei-

Pflegekinder werden vom Jugendamt in eine Pflegefamilie vermittelt. Meist wohnt das Kind in der Pflegefamilie, wobei es auch Kinder gibt, die weiterhin in ihrer Herkunftsfamilie leben und nur tagsüber in der Pflegefamilie betreut werden. Anders als bei Adoptionslebern Pflegekinder nicht zwangsläufig bis zur Volljährigkeit in ihrer Pflegefamilie. Gelingt es der Herkunftsfamilie, sich zu stabilisieren, ist eine Rückführung möglich.

Zu Jahresbeginn waren 89 Kinder aus Main-Spessart in 61 Pflegefamilien untergebracht. Bayernweit lebten Ende 2015 mehr als 8.100 Kinder und Jugendliche in einer Pflegefamilie. Über 1.730 Eltern wurde in diesem Jahr das Sorgerecht vom Familiengericht ganz oder teilweise entzogen.

Pat Christ

## Bürgermeisterwahlen in Sulzbach-Rosenberg und Teisnach:

### SPD setzt sich durch

Sulzbach-Rosenberg hat gewählt: Michael Göth von der SPD bleibt für weitere sechs Jahre Bürgermeister der oberpfälzischen Stadt. Auch im niederbayerischen Teisnach regiert weiterhin die SPD: Der 28-jährige Daniel Graßl ist neuer SPD-Ratschef. Er folgt auf Rita Röhrl, die seit Dezember neue Landrätin im Landkreis Regen ist. □

## Pfaffenhofen an der Ilm:

# Auszeichnung als Energie-Kommune des Monats

**Gemeinsam mit anderen lokalen Akteuren geht die Stadt Pfaffenhofen an der Ilm mit ihren etwa 26.000 Einwohnern neue Wege. Nicht nur im Strom- und Wärmesektor ist das Engagement vorbildlich. Seit Oktober 2017 erproben die Pfaffenhofener den Einsatz von Power-to-Gas-Anlagen, um überschüssigen Strom aus Erneuerbaren Energien zu speichern. „Pfaffenhofen ist ein Paradebeispiel dafür, wie Kommunen gemeinsam mit anderen Akteuren vor Ort innovative Projekte umsetzen“, betont Nils Boenigk, stellvertretender Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien.**

Die Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft und der kommunalen Stadtwerke sowie die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes im Jahr 2013 sind wichtige Meilensteine für eine vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien vor Ort. Darüber hinaus gehört seit 2016 die Mehrheit des Strom- und Gasnetzes in Pfaffenhofen den Stadtwerken.

Um den Sektor Verkehr schrittweise auf die Umstellung in Richtung Erneuerbare Energien vorzubereiten, arbeiten die Stadtwerke Pfaffenhofen gemeinsam mit der Stadt und der Energiegenossenschaft an einem Pilotprojekt mit dessen Hilfe zukünftige Stromüberschüsse gespeichert werden können. Das Projekt „Infinity One“ setzt auf die Power-to-Gas-Technologie. Aus überschüssigem erneuerbaren Strom wird Wasserstoff erzeugt und nach einer weiteren Veredelung in der örtlichen Kläranlage können damit bis zu 250 Fahrzeuge mit Gasantrieb betankt werden. Die Bürgerenergiegenossenschaft geht derzeit davon aus, dass die Planungen bis 2020 umgesetzt sind.

## Bürgerwindpark aktuell in der Umsetzung

Im Stromsektor produzieren 900 Erzeuger Strom aus Erneuerbaren Energien. Die Kommune geht mit gutem Beispiel voran. Der Strom für alle kommunalen Verbrauchsstellen stammt bereits zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien, so können 1.500 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden. Derzeit wird ein genossenschaftlicher Bürgerwindpark mit drei Anlagen umgesetzt. Bei der Erstellung des Bebauungsplans wurde im Herbst 2016 ein Bürgerentscheid durchgeführt, 57 Prozent der Befragten entschieden sich für den Bau des Windparks. Bürgermeister Thomas Herker macht deutlich: „Windkraft polarisiert immer, die Begeisterung hielt sich in Pfaffenhofen in Grenzen. Im gesamtstädtischen Kontext wurde jedoch deutlich, dass wir die gemeinsame Verantwortung haben, im eigenen Einzugsbereich das Bestmögliche umzusetzen. Durch dieses Bewusstsein in der Bevölkerung ist der Bürgerentscheid positiv ausgefallen.“

## Gemeinsame Stoßrichtung

Der Erneuerbare-Energien-Anteil der Pfaffenhofener Wärmeversorgung liegt bei 35 Prozent. Die Wärmeversorgung von 150 Abnehmern wurde durch ein 2001 in Betrieb genommenes Biomasse-Blockheizkraftwerk (BHKW) mit Fernwärmenetz von Öl und Gas auf Erneuerbare Energien umgestellt. Durch das Biomasse-BHKW lässt sich der jährliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 148.000 Tonnen im Vergleich zum Jahr 1990 um 65.000 Tonnen reduzieren. Zusätzlich nutzen die Pfaffenhofener neben einem weiteren Holz-

kraftwerk mit Fernwärmenetz auch kleine Anlagen auf Basis von Holzenergie, Biomasse, Klär- und Deponiegas, Solarthermie und Wärmepumpen.

Zusammenfassend betont Herker: „Pfaffenhofen an der Ilm profitiert von der Tatsache, handlungsfähig zu sein und Projekte im Energiebereich selbstständig gestalten zu können. Das Gelingen der Planung bis hin zur Umsetzung kann jedoch nur funktionieren, wenn alle Akteure eine gemeinsame Stoßrichtung verfolgen“. □

## Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPv in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Jakob Döring  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**  
Lutz Roßmann (Landtag)  
Jörg Kunstmann (KPv)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertriebs:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

# Gesucht: Bayerns „Bürgermeister des Jahres“

**Auch in diesem Jahr wird wieder Bayerns „Bürgermeister des Jahres“ gesucht. Diese Auszeichnung ehrt Bürgermeister, die innovative Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Energiepolitik, Demografischer Wandel, Wohnungsbau, Migration- und Integration, Wirtschafts- und Tourismusförderung, Digitalisierung oder Elektromobilität auf den Weg gebracht oder umgesetzt haben.**

Noch bis zum 10. Februar 2018 können Bürger, Städte- und Gemeinderäte, Verwaltungsangestellte sowie die Bürgermeister selbst ihre Nominierungen zusammen mit einer kurzen schriftlichen Projektbeschreibung von maximal zwei Seiten einreichen bei: DETIG Rechtsanwaltskanzlei mbH, Dr. Stefan Detig, M.B.A., Altbürgermeister, Habenschadenstr. 16, D-82049 Pullach, Tel.: +49 (0)89 7244 4850-0, Fax: +49 (0)89 7244 4850-89, E-Mail: stefan.detig@detig-rsw.de

„Das Engagement, die Kreativität und die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen soll durch den Preis Wertschätzung und Aufmerksamkeit erfahren sowie anderen Kommunen als Vorbild dienen“, so der initiiierende Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, der selbst Altbürgermeister der Gemeinde Pullach ist. Die Detig Rechtsanwaltskanzlei mbH, Dr. Stefan Detig, ist bayernweit tätige LKC-Gruppe, die zu den 20 führenden Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften in Deutschland gehört, loben diesen Preis gemeinsam aus.

Als Gewinn winken rechtliche und steuerliche Beratungsleistungen für eine örtliche gemeinnützige Einrichtung in Höhe von je 2.000 Euro, die innerhalb eines Jahres abzurufen sind. Es ist zudem möglich, herausragende Projekte aus sonstigen kommunalpolitischen Feldern mit einem Sonderpreis zu ehren. Alle Nominierungen werden durch eine fachkundige Jury aus Kommunalpolitik und -beratung bewertet. □

Oberbayerischer Integrationspreis 2017:

## Initiativen mit vielen Facetten

Fünf Initiativen aus Altötting, Neuötting, Pittenhart (Landkreis Traunstein), Weilheim und Wörth (Landkreis Erding) sind in den Kategorien Bildung und Soziales, Kultur, Sport, Demografie und Wirtschaft mit dem Oberbayerischen Integrationspreis 2017 ausgezeichnet worden. Verliehen wurden die Preise von Regierungspräsidentin Brigitta Brunner, der Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung Kerstin Schreyer, MdL und dem Vertreter von Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller, Ministerialdirektor Dr. Markus Gruber.

In der Kategorie Sport wurde das „Box Gym“ des TV Altötting 1864 e. V. mit einem Integrationspreis bedacht. Der Verein hat sich in den vergangenen Jahren intensiv um Integration bemüht und mit dem „Box Gym“ einen Ort geschaffen, an dem Sportler aus 14 Staaten trainieren können und an dem somit gelebte Integration stattfindet.

2007 hat der TV Altötting die Etage eines alten Möbelhauses angemietet, Um- und Ausbauarbeiten getätigt und durch große Eigenleistung einen Sportraum mit Boxing und Kraftraum – das „Box Gym“ – geschaffen, in dem neben Boxen und Kickboxen auch Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen, Damen-Boxgymnastik, Kindergruppen und eine Kinder-Box-Therapie stattfinden. Das Einzugsgebiet des Projektes erstreckt sich mittlerweile über den ganzen Landkreis. Die Stadt Altötting unterstützt das Projekt, insbesondere durch einen Beitrag zu den Mietkosten.

Im „Café Mama“, einer Initiative der katholischen und der evangelischen Pfarrgemeinde Neuötting (Sieger Kategorie Bildung und Soziales) können Asylbewerberinnen und einheimische Frauen zusammenkommen, um Kontakte zu knüpfen und miteinander ins Gespräch zu kommen. An den Treffen, die regelmäßig etwa einmal im Monat stattfinden, nehmen rund 20 Mütter mit Kindern teil. Die Migrantinnen können gemeinsam singen, spielen und basteln, außerdem werden Vorträge zu verschiedensten Themen wie „Gesunde Ernährung und Körperpflege bei Babys und Kleinkindern“ oder „Brauchtum und jahreszeitliche Feste“ angeboten. Weitere Angebote haben sich aus dem Projekt „Café Mama“ entwickelt: Eine Internationale Kreativwerkstatt für Frauen, eine Kreativwerkstatt für Kinder sowie Deutschkurse für Frauen.

Der Verein „Intercultural Music Association e. V.“ (IMA) in Pittenhart (Sieger Kategorie Kultur) bringt im Projekt „Klang der Welt“ professionelle Künstler aus den Reihen der Asylsuchenden mit regionalen professionellen Künstlern (insbesondere aus dem Chiemgau und Österreich) zusammen. Ziel ist, den Austausch und die Begegnung zwischen den Kunstrichtungen Tanz, Musik, Theater und Er-

zählkunst zu fördern und den Gedanken zu vertiefen, dass Integration sowohl mit der Beziehung zum Gastgeberland als auch mit der Beziehung der Migranten untereinander zusammen hängt.

In der generationenübergreifenden Gruppe wirken etwa 15 Künstler aus unterschiedlichen Genres mit. Es wurden bereits zahlreiche Proben und mehr als fünf Aufführungen veranstaltet, die stark nachgefragt wurden und mehr als 1.000 Personen – davon rund 40 Prozent Helfer und deren Schützlinge – erreichten. Kooperationspartner sind die Soziale Stadt Rosenheim, Integer e. V., Helferkreise, Kulturamt Trostberg und Marias Kino Bad Endorf.

### Chance auf einen Berufseinstieg

Das Projekt PERSPEKTIVE der Bauer Maschinen & Technologie GmbH in Weilheim (Sieger Kategorie Wirtschaft) stellt ein ganzheitliches Integrationskonzept dar, das nicht nur geflüchteten Menschen, sondern auch solchen mit Benachteiligung die Chance auf einen Berufseinstieg ermöglicht. Die Grundlage dafür schafft eine solide Berufsausbildung, die die weitere erfolgreiche Entwicklung der betreffenden Mitarbeiter ermöglicht. Das unternehmerische Engagement von Motoren Bauer zahlt sich dabei für beide Seiten aus.

Das Projekt beinhaltet Hilfestellung über die Ausbildungsinhalte hinaus (Behördengänge, Wohnungssuche etc.), zusätzliche innerbetriebliche Unterstützung für den schulischen Teil der Ausbildung sowie eine motivierende und lernfördernde Atmosphäre in der Lehrwerkstatt. Interessierte werden über einen Eignungstest ausgewählt und auf Basis der vorhandenen Talente und Fähigkeiten ausgebildet, bis hin zur Facharbeiterausbildung. Zusätzlich wird in der ehemaligen Eigentümer-Villa Wohnraum für Flüchtlinge angeboten. Weiterhin besteht eine enge Zusammenarbeit mit den Integrationsklassen der Berufsschule und des Bildungskollegs Weilheim.

Das Projekt „Digital Grannies“ der Zukunftsmacher gUG (Sieger Kategorie Demografie) in Wörth bringt schließlich junge Asylsuchende und Senioren zusammen. Die Jugendlichen führen Senioren

in die Welt der digitalen Technik und des Internets ein. Auf diese Weise lernen sie die Situation älterer Menschen kennen, werden für bürgerliches Engagement begeistert und erwerben interkulturelles und intergenerationsales Verständnis. Über ein Bildungsportal erwerben sie Deutschkenntnisse, zusätzlich nehmen sie an diversen Medienkompetenz-Trainings teil, was zugleich ihre Ausbildungschancen verbessert. Auf der anderen Seite erobern die Senioren das Internet, genießen besondere Wertschätzung ihrer Seniorität und erleben Re-Aktivierung. Das Projekt soll auf weitere Orte im Landkreis ausgeweitet werden. „Digital Grannies“ arbeitet zusammen mit dem Jugend- und Kulturhaus Erding, Fischer's Seniorenzentrum und dem Landratsamt Erding.

Mit Anerkennungsurkunden wurden die Wanderausstellung „Auf der Flucht: Frauen und Migration“ (Evangelischer Presseverband für Bayern e. V. - Abteilung Crossmedia München), die Projektgruppe „Integration“ Städtische Anita-Augspurg-Berufsschule München sowie „Tafelacker“ der Weilheimer Tafel gewürdigt.

Die Leih-Ausstellung „Auf der Flucht: Frauen und Migration“ präsentiert das Werk von neun Fotografinnen und Fotografen. Die Bilder dokumentieren das Leben der Frauen in ihrer Heimat, auf der Flucht und im Asyl. Der Evangelische Presseverband Bayern e. V. unterstützt Veranstalter vor Ort bei der Gestaltung des Rahmenprogramms.

Die Projektgruppe „Integration“ der Städtischen Anita-Augspurg-Berufsschule München ist eine außerunterrichtliche Aktivität. Schülerinnen und Schüler drehten verschiedene dokumentarische angelegte Kurzfilme. Diese werden öffentlich gezeigt und dienen auch als Unterrichtsmaterial für künftige Schülerinnen und Schüler. Im Film „In Between“ beschäftigt sich die Filmemacherin mit ihren eigenen Wurzeln und dem Aufwachen zwischen zwei Kulturen.

Die Weilheimer Tafel hat einen Feld-Gemüsebau mit Flüchtlingen ins Leben gerufen. Eine Ackerzelle wurde angepachtet und auf sieben Flüchtlingsfamilien aufgeteilt. Gleichzeitig wurden vier Bienenstöcke angeschafft, die von einem syrischen Imker gepflegt werden. Ziel des Projekts ist, das Angebot der Weilheimer Tafel durch Eigenanbau und Honigproduktion zu erweitern, so auch die Idee der Nahversorgung an die Tafelkunden zu vermitteln und den Flüchtlingen durch ihre Arbeit mehr Anerkennung zu verschaffen. DK

## Ebersberger Klimaschulen gehen in die zweite Runde

Den Schülern die Wichtigkeit für einen achtsamen Umgang mit unseren Ressourcen aufzeigen – das ist eines der wichtigsten Ziele der EbersbergerKlimaSchulen. Seit letztem Jahr gibt es das Projekt nun schon im Landkreis. Die vierzehn teilnehmenden Schulen werden bei Projekten und Aktionen zum Thema Umwelt- und Klimaschutz vom Team Klimabildung, Marion Eder und Lisa Huber der Energieagentur Ebersberg-München, tatkräftig unterstützt.

Mit dem neuen Schuljahr gehen nun auch die Energiescoutausbildungen in eine neue Runde. Diese Ausbildung ist neben den Projekten eine wichtige Säule der EbersbergerKlimaSchulen. Aus jeder Klasse werden zwei Scouts gewählt, die in einer Schulung die Grundlagen des Klimawandels und des Klimaschutzes vermittelt bekommen. Im Fokus steht der bewusste Umgang mit den Ressourcen Strom, Wärme und Wasser. Durch Experimente und Versuche entwickeln die Schüler dabei Tipps, wie Sie in der Schule - aber auch daheim - auf

sparsamen Umgang mit Ressourcen achten können. Die ausgebildeten Scouts dienen dann als Multiplikatoren und tragen das Gelernte in ihre Klassen.

Durch Änderung des Nutzerverhaltens sollen sich an den teilnehmenden Schulen Energieeinsparungen ergeben. Diese werden durch eine kontinuierliche Erfassung der Energieverbräuche durch die Hausmeister im Auge behalten. Da sich aber auch an vielen Schulen durch technische Regelung und kleine Anpassungen die Energieversorgung des Schulgebäudes oft

noch sehr viel effizienter gestalten lässt, werden die teilnehmenden Schulen einem Schulhauscheck unterzogen. Die beiden Energieberater der Energieagentur, Lisa Habenthaler und Philipp Rinne prüfen bei einem Vor-Ort-Termin das Schulhaus und dessen Anlagentechnik auf Herz und Nieren. Unterstützt werden die beiden dabei von einem Meister in Anlagentechnik.

Mit diesen Maßnahmen ist nun der Grundstein für eine Verringerung des Energieverbrauches und damit für den Klimaschutz an den Schulen gelegt. Daneben werden auch dieses Schuljahr wieder zahlreiche Projekte zum Klimaschutz durchgeführt, die eine klimafreundliche Alternative zum Ge-wohnten aufzeigen. Aktuell ruft das Team Klimabildung zu einem Kreativwettbewerb für einen „Coffee-to-go-Becher“ auf. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„So, jetzt ist es auch wieder gut und schön, zurück im Büro zu sein, die vertrauten Gesichter zu sehen und den üblichen Ärger zu haben. Urlaub in der Sonne ist was Feines, aber wir Mitteleuropäer brauchen auch das Wintergrau zum Leben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam quietschvergnügt und sehr entspannt aus seinem Weihnachtssurlaub zurück.

Diesmal hat ihn seine Frau zu fast drei Wochen Entspannung an einem Traumstrand Ostasiens verurteilt, inklusive Wellness, Naturgenuss und gerade so viel Kulturgeschichte, wie es sich für einen gebildeten Menschen der Generation Baedeker geziemt. Allein ein Blick in die Prospekt und die Reisebeschreibung haben genügt, dass sich in mir ein Gefühl wohliger Sehnsucht eingestellt hat.

### Ominöses Zauberwort Work-Life-Balance

Die Argumentation der „Chefin“ war einfach: Nach einem anstrengenden Jahr mit Bundestagswahl wird ein superanstrengendes Jahr mit Landtags- und Bezirkstagswahl folgen, das nahtlos in die Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen einmünden wird. Wann also an seine Work-Life-Balance denken, wenn nicht jetzt.

Da fiel es also auch bei Bürgermeisters zu Hause, dieses ominöse Zauberwort unserer Zeit: Work-Life-Balance. Die Formel, die verhindern soll, dass wir uns vom Job auffressen lassen und vor lauter professionellen Bäumen den Wald des Lebens nicht mehr sehen. Hätten Sie meinen Vater gefragt, was er von dieser Work-Life-Balance hält, hätte er wohl gesagt: Erst kommt das Arbeitsleben, dann der Ruhestand und dann stirbt man. Das war noch der Arbeitsethos der Aufbaugeneration. Die Babyboomer waren da schon ganz anders drauf. Deren erklärtes Ziel war es, zu Anfang des Berufslebens so mächtig Gas zu geben und zu powern, dass möglichst schnell der Karriereturbo anspringt, möglichst schnell Kohle gebunkert werden kann, damit man sich schon vor dem Rentenalter aufs Angenehmste auf die faule Haut legen könne. Die magische Grenze, die angepeilt wurde, lag irgendwo zwischen 50 und 55, wobei ich zugeben muss, dass den Leuten, die in dieses Rattenrennen eingestiegen sind, am Berufsstart ein

50-Jähriger wie ein Greis vor kam – vor allem mental. Geschafft haben es nur wenige, was sicher nicht am Fleiß oder dem Ehrgeiz lag, sondern mehr an der Steuerlast, studierenden Kindern und dem Gefühl, auch im sechsten und siebten Lebensjahrzehnt noch gestalten zu wollen statt sich nur von Daikquiri zur Margarita zu schleppen.

Und die Generation Y? Die kommen schon zu Vorstellungsgesprächen mit der klaren Frage, wie der künftige Arbeitgeber wohl gewillt sei, die individuelle – na was wohl – Work-Life-Balance zu unterstützen. Und so gibt es nunmehr auch im öffentlichen Dienst neben einer im internationalen Vergleich märchenhaften Zahl von 30 Urlaubstagen alle möglichen Teilzeit- und Sabbatjahrmuster, die Auszeiten für die Kindererziehung ebenso ermöglichen wie den Totalausstieg für ein Jahr Weltreise ohne Sorgen bezüglich des Gehaltseingangs.

Etwas außer Blick gerät, dass diese Life-Abschnitte immer von anderen mit Work-Einsatz aufgefangen werden müssen. Letztlich ist es ein riesiger organisatorischer Aufwand, den der Arbeitgeber treiben muss, um alle diese Befindlichkeiten und Ansprüche zu befriedigen. Da kommt der öffentliche Dienst und mehr noch die Wirtschaft an ihre Grenzen. Wenn jetzt ein Recht auf Teilzeit unabhängig von Familienpflichten und ohne Rücksicht auf betriebliche Notwendigkeiten gefordert wird, einschließlich der einseitigen Bestimmung der Rückkehr in Vollzeit durch den Arbeitnehmer, dann testen wir mal wieder wie früher schon die Grenzen der Belastbarkeit des Systems aus. Zusammenbruch wird billiger in Kauf genommen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist viel zu gut erhold und euphorisch von den neu gewonnenen Eindrücken, als dass er große Lust auf Grundsatzdiskussionen hätte. Aber irgendwann kommt er nicht drum rum, als Chef einer großen Behörde. Bis dahin gebe ich ihm per Twitter Gedanken des indischen Philosophen Tagore mit auf den Weg: „Ich schlief und träumte, das Leben sei Freude. Ich erwachte und sah, das Leben ist Pflicht. Ich handelte und siehe, die Pflicht ist Freude.“

Ihre  
Sabrina

Aufruf zur Bewerbung:

## ASA-Projekt zu Kolonialgeschichte und nachhaltigem Tourismus

Die Partnerstädte Würzburg und Mwanza (Tansania) geben im nächsten Jahr jungen Menschen die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Arbeits- und Studienaufenthaltsprojekts (ASA) in Mwanza mit der Geschichte der deutschen Kolonialherrschaft auseinanderzusetzen. Gleichzeitig soll dabei auch die Förderung nachhaltiger Tourismus-Strukturen in Mwanza im Vordergrund stehen. Das Programm ASA bietet zusammen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) Projekte im Kontext kommunaler Entwicklungspolitik an.

Das gemeinsam vom Büro Würzburg International und der Tourismusabteilung der St. Augustine University of Tanzania (SAUT) initiierte ASA-Projekt trägt den Titel „Kolonialgeschichte begegnen: Erinnerungskultur und Nachhaltigkeit im Tourismus“.

### Aufarbeitung historischer Stätten

Seit 2013 engagieren sich Akteure in Würzburg und Mwanza für mehr Nachhaltigkeit im Tourismus in Mwanza. Zu diesem Zweck werden aktuell historische Stätten in Mwanza aufgearbeitet, die an den deutschen Kolonialismus in Tansania erinnern. Hierzu gehört das Haus des ehemaligen Kolonialverwalters Theodor Gunzert in Mwanza, welches als Museum genutzt werden soll. Auch der sogenannte German Tree – ein Baum, an dem Oppositionelle durch die deutsche Kolonialverwaltung hingerichtet wurden – soll ein Erinnerungsort werden. Zudem sind die Öffnung eines Theaters und einer Galerie geplant.

### Projektbeschreibung

Das Projekt beschäftigt sich sowohl mit nachhaltigem Tourismus als auch mit der Kolonialvergangenheit Deutschlands. Die TeilnehmerInnen sollen nachhaltige touristische Angebote entwi-

ckeln, die sich mit der deutschen Kolonialherrschaft auseinandersetzen.

### Aufarbeitung historischer Stätten

Seit 2013 engagieren sich Akteure in Würzburg und Mwanza für mehr Nachhaltigkeit im Tourismus in Mwanza. Zu diesem Zweck werden aktuell historische Stätten in Mwanza aufgearbeitet, die an den deutschen Kolonialismus in Tansania erinnern. Hierzu gehört das Haus des ehemaligen Kolonialverwalters Theodor Gunzert in Mwanza, welches als Museum genutzt werden soll. Auch der sogenannte German Tree – ein Baum, an dem Oppositionelle durch die deutsche Kolonialverwaltung hingerichtet wurden – soll ein Erinnerungsort werden. Zudem sind die Öffnung eines Theaters und einer Galerie geplant.

Ziel ist sowohl die Förderung einer kritischen Erinnerungskul-

tur hinsichtlich der Kolonialgeschichte als auch der touristischen Strukturen der Stadt. Die ASA-Teilnehmer werden diese Aktivitäten unterstützen.

### Bewerbung

Studierende, Bachelor-Absolventen und Fachkräfte zwischen 21 und 30 Jahren können sich bis 10. Januar 2018 unter <http://www.asa-programm.de> bewerben.

Die Bewerber sollten fließend Englisch beherrschen, selbständig arbeiten können und einen Hintergrund im Bereich Tourismus oder Kultur- und Sozialwissenschaften aufweisen. Außerdem sollten sie die Bereitschaft mitbringen, sich schon vor Beginn des Projektpraktikums in Mwanza einige Grundkenntnisse in Kiswahili anzueignen.

Die ASA-Seminare finden im April und Juni 2018 sowie im Frühjahr 2019 statt. Ergänzend kommen alle Teilnehmer Mitte Mai 2018 zu einem thematischen Vernetzungstreffen zusammen. Das Projektpraktikum in Mwanza kann zwischen Juli 2018 und Januar 2019 absolviert werden.

Weitere Infos gibt es u. a. auf der Homepage des Büros Würzburg International: [www.wuerzburg.de/international](http://www.wuerzburg.de/international) □

Landkreis Passau:

## Intensives Jahr zwischen Extremen

Im Rahmen der Jahresschluss-Sitzung des Passauer Kreistages hielt Landrat Franz Meyer traditionell Rückschau auf bewegende Momente des Jahres 2017. Sein Jahresüberblick zeigte „die enorme Bandbreite unserer Aufgabenstellungen“. Dabei sei „das gemeinsame Ringen um die besten Lösungen eines der Erfolgsrezepte des Passauer Landes“, hob Meyer hervor.

Anlass zum Feiern gab es am Gymnasium Untergriesbach mit dem Spatenstich zu einem der größten Schulsanierungsprojekte der Landkreis-Geschichte. 22 Millionen Euro werden in den Schulstandort investiert, wobei die Fördersumme 59 % beträgt. Die Sanierung des Funktionstraktes für Biologie, Physik und Chemie kostet anstelle der 2015 kalkulierten 7 Millionen Euro lediglich 6,5 Millionen Euro. Trotz einer europaweiten Ausschreibung für die 25 Gewerke stammen zwölf Firmen aus dem Landkreis Passau und vier aus dem Landkreis Freyung-Grafenau. Der erste Bauabschnitt kostet 6,5 Millionen Euro und soll Anfang 2019 fertig gestellt werden, woraufhin

die Generalsanierung des Zentraltraktes mit geplanten 15 Millionen Euro Gesamtkosten beginnt.

Als zentrales Ereignis des zu Ende gegangenen Jahres bezeichnete Meyer „die wohl größte Sturm- und Siedlungs bislang heim-suchte“. Die Sturmnacht im August hinterließ über 3.000 Hektar völlige Kahlfäche in einem Gesamtschadensgebiet, das ein Drittel der Waldfläche im Landkreis umfasst – Dimensionen, die bislang unbekannt waren. „Auch wenn staatliche Hilfen ebenso schnell zugesagt wie dann auch geleistet wurden: Über Generationen aufgebautes Kapital, die sprichwörtliche Sparkasse unse-

rer Waldbauern, ist verschwunden. Erst in 70 bis 100 Jahren werden wir uns davon erholt haben“, betonte der Landrat.

In punkto Verkehrssicherheit geht der Landkreis Passau konsequent den Weg weiter, Unfall-schwerpunkte zu entschärfen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Exemplarisch nannte Meyer den Kreisverkehr für die Kreuzung im Bereich Parzham. Als zentrales Zukunftsprojekt bezeichnete er den Baubeginn der Umfahrung von Vilshofen an der Donau.

Innovationen sind etwas für Mutige. Keine Erfolgsgarantie habe es daher für das Pilotprojekt einer Wohnungsbörse u.a. für anerkannte Asylbewerber gegeben. „Aber wir lagen mit unserem Konzept genau richtig“, erklärte der Landratschef. „Die hervorragenden Vermittlungszahlen geben uns Recht und 2017 wurden wir dafür vom Sozialministerium ausgezeichnet.“ Die Integration der anerkannten Flüchtlinge war bereits ein zentrales Thema des Jahres 2017 und werde es auch bleiben. „Ich wünsche mir, dass dies für die Menschen gelingt, die zu Recht bei uns Schutz und eine Bleibe suchen“, machte Meyer deutlich.

Mit Blick auf den Öffentlichen Personennahverkehr meinte der Landrat: „Unsere ÖPNV-Offensive hat uns auf diesem Gebiet zu einem der leistungsstärksten Flächenlandkreise im Frei-

staat gemacht. Nun gilt es, in Zukunft auch die Gesamtintegration u.a. mit dem Nachbarlandkreis Freyung-Grafenau und der Stadt Passau auf den Weg zu bringen. Ein sehr guter Anfang ist mit dem gemeinsamen ÖPNV-Gespräch bereits gemacht. Und mit der laufenden Konzeption des Bayerwaldtarifs sind wir hier als Region schon sehr weit.“

Wenn es um die Zukunftsfähigkeit der Heimat geht, ist die Gesundheitsversorgung ein zentrales Thema. „Als ‚Gesundheitsregion plus‘ haben wir hier die Instrumente, alle Akteure einzubinden und deutlich zu machen, was der ländliche Raum braucht“, stellte Franz Meyer fest. Die Landkreis-Gesundheitseinrichtungen mit den Standorten Vilshofen, Rothalmünster, Wegscheid und Bad Füssing leisteten hier einen großartigen Beitrag. Angesichts immer neuer und schwieriger Rahmenbedingungen – ob aufgrund staatlicher Regelungen oder wegen des Fachkräftemangels – werde auch der Landkreis immer wieder neu gefordert sein, seine Gesundheitseinrichtungen zu sichern und zu stärken.

Sichern und stärken – diese Maxime kennzeichnen auch das weitere Engagement des Landkreises Passau für den Breitbandausbau und die Weiterentwicklung des Dreistandortkonzeptes der Landkreis-Verwaltung. Hinzu kommen die Wirtschaftsförderung, der Tourismus und die weitere Profilierung als Kulturlandkreis – um nur einige Beispiele zu nennen, wie Landrat Meyer verdeutlichte. DK

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der Firma Endres Lighting und des Verlags C.H. Beck bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Landkreis Cham:

## Jugendsozialarbeit an Schulen ist ein Erfolgsmodell

Die Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) gibt es nun bereits seit fast 20 Jahren im Landkreis Cham. Was mit einem Pilotprojekt an der damaligen Johann-Brunner-Volksschule begonnen hat, gibt es nun auch an 10 weiteren Schulen.

Die Jugendsozialarbeit an Schulen hat sich bewährt! Denn dort, wo Kinder und Jugendliche täglich zusammenkommen, muss und kann man ansetzen, um ihnen bei ihren Problemen zu helfen“, fasste stellvertretender Landrat Sandro Bauer bei einem Pressetermin zusammen, an dem vier zusätzliche Sozialarbeiterinnen vorgestellt wurden.

An acht Schulen übernimmt der Landkreis selbst die Trägerschaft, an den drei weiteren Schulen wird sie von der Jugendbildungsstätte Waldmünchen durchgeführt.

### Jugendhilfe vor Ort

Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist Jugendhilfe vor Ort und versteht sich als Bindeglied zwischen Schule, Schüler, Elternhaus und anderen Institutionen. Sie soll helfen, soziale Benachteiligung auszugleichen und individuelle Be-

einrächtigungen zu überwinden. Egal ob bei Konflikten mit Eltern, Lehrern oder Mitschülern, egal ob bei Streitigkeiten, Mobbing oder Erziehungsproblemen – die JaS steht als Ansprechpartner allen Beteiligten an der Schule gerne zur Verfügung. Dabei ist vor allem die gute Vernetzung von JaS mit den anderen sozialen Diensten des Amtes für Jugend und Familie und den unterschiedlichen sozialen Angeboten im Landkreis Cham wichtig. So kann Familien, Kindern und Jugendlichen möglichst früh geholfen werden – oftmals bevor sich Schwierigkeiten in der Entwicklung und Erziehung verfestigen und intensivere Formen der Jugendhilfe notwendig werden.

„Da ist alles dabei“, berichten die Fachkräfte vor Ort. Vom Liebeskummer über die angespannte Situation zu Hause wegen der Trennung der Eltern bis zu Suchtproblematiken oder körperlicher Gewalt. □

### Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 1. Februar 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung · Stadtrenovierung
- Gestaltung öffentlicher Räume · Stadtmobiliar
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern
- Kommunale Finanzthemen
- Wasserversorgung · Abwasserentsorgung

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperreffosten

**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@knoedler.de  
Internet: www.knoedler.de

### Fahnenmaste + Fahnen

**FAHNEN KÖSSINGER**  
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling  
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### AVA-Software

**ORCA**  
orca-software.com

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz\_aktuell  
www.facebook.com/GZaktuell

### Energiedienstleistung

**erdgas schwaben**

### Fahnenmaste + Fahnen

**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@knoedler.de  
Internet: www.knoedler.de

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner  
für die Gebäudereinigung

seit 1910

**PP**

**Prior & Peußner**  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

[www.pp-service.com](http://www.pp-service.com)

### Gewerbekauf

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**CONSTANZE VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunalfahrzeuge



### Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

**Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Kommunalfinanzierung

### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

### Kostendämpfung für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage

### Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Absolut keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

### Clever investieren - doppelt sparen!

**Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):**  
Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule;  
Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt:  
Saturn Arena; München: Dt. Flugsicherung, Klinikum  
Großhadern, Muffalthalle, O2-Tower, The Charles Hotel,  
TUM, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt:  
Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität u.v.a.m.

**SEW® GmbH**  
47906 Kempen  
Tel.: 02152 / 91560 [www.sew-kempen.de](http://www.sew-kempen.de)

### Nutzfahrzeuge



### Inserieren bringt Erfolg!

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern**  
**Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen**  
**Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

**Hailo-Werk GmbH & Co. KG** · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger  
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18  
professional@hailo.de · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

### Sitzmöbelhersteller

**KRENZER**  
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG  
Sitz- und Polstermöbelfabrik  
Industriestraße 26  
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Telefon: 02771/3208-0  
Telefax: 02771/3208-13  
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de  
[www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)

### Straßenbeleuchtung

**LEDiKIT® Streetlight**  
Digital LED-Upgrade  
bestehender Straßenleuchten  
mit Verstand und Verantwortung.

**Laternix®**  
weitere Informationen:  
T 0861 90992040 [www.laternix.de](http://www.laternix.de)

### Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der  
**BAYERISCHE Gemeindezeitung**  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

# PLATO LED-Umrüstsatz

## Einbausatz für vorhandene Bestandsleuchten

Vorkonfektionierter LED-Umrüstsatz zum Einbau in vorhandene Bestandsleuchten. Erhaltenswerte Leuchten können mit unserem Plato LED-Umrüstsatz auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden, ohne das gesamte Erscheinungsbild der Straße zu ändern. Durch dieses LED-Modul können Sie Ihre Beleuchtungskosten erheblich senken. In gleichem Maße mindern Sie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.



**ENDRES**  
LIGHTING

Licht in Perfektion





Leuchte **Prestige** mit LED-Modul Plato

**Der Plato LED-Umrüstsatz zeichnet sich durch seinen modularen Aufbau aus. Alle technischen Bestandteile sind austauschbar.**

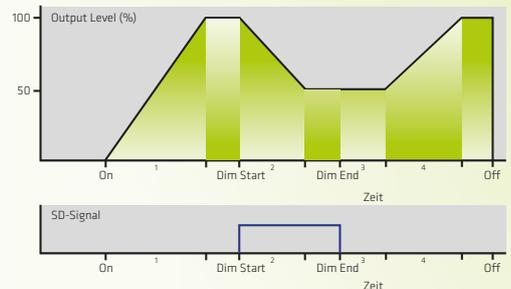
Der Plato Umrüstsatz wird betriebsfertig vormontiert ausgeliefert und besteht aus einer Montagekonsole aus Aluminiumblech, einem LED-Vorschaltgerät und einem LED-Modul.

#### Astrobasierter Modus:

In diesem Modus führt der LED-Treiber ein Dimmprofil aus, das auf den täglichen Ein- und Ausschaltzeiten basiert. Der Dimmplan wird der Länge der Nacht angepasst. Die Software berechnet die jährliche durchschnittliche Mitte der Nacht auf der Grundlage der theoretischen Sonnenauf- und -untergangszeiten, die sich auf den in der Software ausgewählten Standorte beziehen.

#### StepDIM

Für den Step DIM-Betrieb ist der LED-Treiber an das Netz angeschlossen und eine zweite Schaltphase (L2) leitet den Dimmvorgang ein.



Leuchte **Classic** mit LED-Modul Plato



Leuchte **Caso** mit LED-Modul Plato

**Alle Plato LED-Module gliedern sich in drei Baugruppen. Sie sind als eine Einheit verbunden und können einzeln ausgetauscht werden.**

- Basis und Montageplatte
- LED-Betriebsgerät
- LED-Einbaumodul mit Optiken

**Intelligenter Controller, Produktvorteile:**

- 4DIM-Funktionalität in einem Gerät (StepDIM, AstroDIM, MainsDIM, DALI)
- sehr hohe Effizienz und Zuverlässigkeit
- hoher Überspannungsschutz: bis 10 kV (1 Impuls) / 8 kV, in Schutzklasse I oder II
- niedrige Lichtausstoßtoleranz durch niedrige Ausgangsstromtoleranz von  $\pm 3\%$
- große Flexibilität durch breiten Betriebstemperaturbereich von  $-40-60^{\circ}\text{C}$
- Schutz durch doppelte Trennung zwischen Netzanschluss und LED-Ausgang
- geeignet für Außenanwendungen in Leuchten mit IP > 54
- geeignet für den Einsatz in Außenleuchten der Schutzklasse I und II

**Produkteigenschaften:**

- erhältlich in verschiedenen Wattagen: 40W, 60W, 90W
- Eingangsspannung: 220-240V/50 Hz
- Stromausgangsbereich: 70-1.050 mA
- flexible Stromeinstellung mit einem zusätzlichen Draht (LEDset2)
- AstroDIM für autonomes Dimmen mit fünf unabhängigen Ebenen (Astro, Zeitmodus)  
Ermöglicht die Energieeinsparung in Dämmerungsphasen
- MainsDIM-Funktion zum Dimmen über Reduzierung der Netzspannungsamplitude
- isolierte DALI-Schnittstelle für bidirektionale Telemanagementsysteme
- Standby Leistungsaufnahme: <0,5 W konstante Lumenfunktion
- Übertemperaturschutz über externe NTC Ausrüstung
- Zubehör DALI Magic Hardware für die Konfiguration von 4DIM EVGs notwendig
- programmierbar über Tuner4TRONIC Software
- **CE / ENEC 10 / VDE / VDE-EMC / CQC**

**Wärmemanagement**

Großzügig dimensionierter, innenliegender, integrierter Kühlkörper aus Aluminiumdruckguss. Keine aktiven Kühlkomponenten erforderlich. Das LED-Modul ist Temperatur überwacht.

**Elektronisches Vorschaltgerät**

Das LED-Vorschaltgerät sowie das LED-Modul lassen sich im Reparaturfall unabhängig voneinander tauschen.

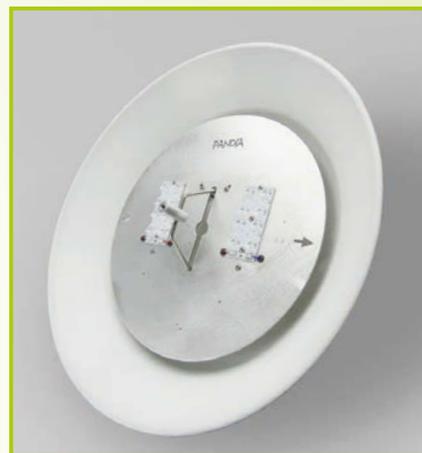
**Optik**

Multilayer Lichtverteilung über integriertes Linsensystem. Verfügbar mit asymmetrischer Lichtverteilung für Anlieger- und Wohnstraßen, sowie für Fußgängerbereiche oder mit symmetrischer Lichtverteilung für Platzbeleuchtung oder Fußgängerzonen. Geringe Blendung durch eine große Optikfläche, entwickelt für normgerechte Ausleuchtung von Straßen, Wegen und Plätzen gemäß EN 13201.





Leuchte Classic, LED-Plato mit einem Modul



Bega-Leuchte 9962 mit zwei Modulen

### In der neuen Produktfamilie Plato stehen Ihnen verschiedene Modelvarianten zur Verfügung.

Sie bieten jetzt erstmals die Möglichkeit, bestehende Leuchten mit herkömmlichen Leuchtmitteln auf effiziente LED-Beleuchtung umzurüsten. ENDRES Lighting GmbH gehört damit zu den ersten Anbietern von professionellen LED-Umrüstsets für die Straßenbeleuchtung für fast alle gängigen Gehäuseformen. Sie möchten das Stadtbild nicht verändern, trotzdem aber von neuer, energiesparender LED-Technik profitieren? Wir bieten Ihnen den passenden Umbausatz für Ihre vorhandene Leuchte.

#### Plato P40

LED-Umrüstssatz mit einer Systemleistung von 10-40 Watt, Lichtstrom 1.200-5.200 Lumen.

#### Plato P60

LED-Umrüstssatz mit einer Systemleistung von 20-60 Watt, Lichtstrom 2.200-7.200 Lumen.

#### Plato P90

LED-Umrüstssatz mit einer Systemleistung von 30-90 Watt, Lichtstrom 3.400-10.200 Lumen.

### Montage

Die Montage in der Leuchte erfolgt durch einfaches Zubehör wie z.B. ein Zwischenmontageblech, welches die mechanische Einbaubausituation genau an die umzurüstende Bestandsleuchte anpasst.

Ferner kann durch einen Kabelsatz mit Steckverbindern die Netzzuleitung service- und wartungsfreundlich hergestellt bzw. getrennt werden. Damit ist es möglich, den gesamten bestehenden Elektrosatz gegen das LED-System auszutauschen.

Durch die direkte Anschlussmöglichkeit der Netzleitung aus dem Bestandssystem und wenigen mechanischen Verschraubungen bleibt der Einbauaufwand minimal.

### Unsere Leistungen:

- Hersteller und Importeur
- Beratung, Planung und Vertrieb
- Lichtplanung/Lichtsimation
- Montage und Wartung
- Fertigung individueller Weihnachtsmotive für Straßen, Plätze und Gebäude

### Unsere Produktpalette:

- Straßenbeleuchtung
- Retrofit Leuchtmittel
- Röhren und Panels
- Hallen- und Bodenstrahler
- Flutlicht und Außenstrahler
- integrierte Handlaufbeleuchtung
- Weihnachtsbeleuchtung für Kommunen und Gewerbe



\*erweiterbar auf 8 Jahre

 **ENDRES** Lighting GmbH  
56751 Polch · Hinter Viedel 4/8  
Telefon : +49 (0) 26 54 - 94 87 - 0  
Telefax : +49 (0) 26 54 - 94 87 - 11  
E-Mail : [info@endres-lighting.de](mailto:info@endres-lighting.de)  
Internet : [www.endres-lighting.de](http://www.endres-lighting.de)

Unsere Marken:



USt.-IdNr.: DE 167135191 · WEEE-Reg.Nr.: DE 97116610

# Auf einen Blick: die Inhalte Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS

Inhalte
<b>A. Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines</b>
Europa-, Staats- und Kommunalverfassungsrecht
Verwaltungsverfahren und -prozess, Öffentlicher Dienst und Datenschutz
Finanzen, Haushalt und Steuern
Allgemeine Handreichungen für die kommunale Praxis
<b>B. Wirtschaft, Vergabe und Verkehr</b>
Vergabewesen
Eigenbetriebsrecht, Kommunalunternehmen
Konzessionsvertrag und -abgaben
Energiewirtschaft
Sparkassenrecht
Straßen- und Wegerecht
<b>C. Sicherheit und Ordnung</b>
Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Ordnungswidrigkeiten
Allgemeines Gewerbeamt, Handwerksordnung, Gaststättenrecht, Spielgeräte
Ladenschluss
Einwohner-, Meldewesen, Ausweisrecht, Personenstandswesen
Ausländer- und Asylrecht
Unterbringungs- und Obdachlosenrecht
Feuer-, Brand- und Katastrophenschutz/Rettungsdienst
Jagd- und Fischereirecht
Waffen- und Sprengstoffrecht
<b>D. Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur</b>
Sozialhilfe
Sozialversicherung
Kindertagesstättenrecht
Gesundheitswesen
Krankenhausrecht
Versorgungsrecht
Kinder- und Jugendhilfe
Soziale Leistungsgesetze
Arbeitssicherheit
Veterinärwesen
Schulwesen
Kultur
Denkmalschutz
<b>E. Bauwesen, Umwelt und Natur</b>
Bauplanungsrecht
Bauordnung
Baunutzungsverordnung
Landesplanung, Flurbereinigung
Vermessungsrecht
Enteignungsrecht
Wohnbauförderung
Nachbarrecht, Kleingartenrecht, Erbbaurecht
Landpachtverkehr
Schwarzarbeit
Umweltrecht
Abfallrecht
Wasser- und Abwasserrecht
Naturschutz
Waldgesetz

Jetzt anfordern und **4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen**  
beck-online@beck.de | ☎ 089/38189-747 | 📠 089/38189-297

www.beck-online.de oder bei Ihrem Buchhändler

**X Ja**, ich möchte **beck-online** testen! Bitte senden Sie mir mein(e) Passwort(e) zum 4-Wochen-Test!

Hiermit bestelle ich folgende Module

Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS	Monatspreis*
▶ <a href="http://www.beck-shop.de/brpc">www.beck-shop.de/brpc</a>	
<input type="checkbox"/> zum <b>Normalpreis</b> für 3 Nutzer (Plätze 1 bis 3)	<b>zusammen € 83,-</b>
<input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9	<b>je € 13,83</b>
<input type="checkbox"/> zum <b>Vorzugspreis</b> für Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern	<b>ohne Berechnung</b>
<input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3	<b>je € 13,83</b>
<input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9	<b>je € 13,83</b>
<input type="checkbox"/> zum <b>Vorzugspreis</b> für Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG oder Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS eines anderen Bundeslandes	<b>zusammen € 41,50</b>
<input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3	<b>je € 6,92</b>
<input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9	<b>je € 6,92</b>
<input type="checkbox"/> zum <b>Vorzugspreis</b> für Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages	<b>€ 30,-</b>
<input type="checkbox"/> Platz 1	<b>je € 15,-</b>
<input type="checkbox"/> Plätze 2 bis 3	<b>je € 7,50</b>
<input type="checkbox"/> ab Platz 4	<b>je € 7,50</b>
<input type="checkbox"/> zum <b>Vorzugspreis</b> für Gemeinden bis 2.000 Einwohner (Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages)	<b>€ 18,-</b>
<input type="checkbox"/> Platz 1	<b>je € 15,-</b>
<input type="checkbox"/> Plätze 2 bis 3	<b>je € 15,-</b>
<input type="checkbox"/> ab Platz 4	<b>je € 7,50</b>
<input type="checkbox"/> zum <b>Vorzugspreis</b> für Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages und Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern	<b>ohne Berechnung</b>
<input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3	<b>je € 7,50</b>
<input type="checkbox"/> ab Platz 4	<b>je € 7,50</b>

\* **Unsere Vertrauensgarantie:** Sie erhalten von uns per E-Mail Ihr(e) Passwort(e) sowie unser Vertragsangebot für die weitere Nutzung und können dann sofort in dem von Ihnen gewünschten Modul **uneingeschränkt und unberechnet 4 Wochen lang arbeiten**. Die Preise gelten pro Monat für bis zu drei Nutzer in der Institution des Kunden und sind Nettopreise zzgl. 19% MwSt.; Mindestlaufzeit 6 Monate.

Bitte senden Sie mein(e) Passwort(e) und Ihr Angebot an folgende Adresse

Vorname/Name (Ansprechpartner)	Firma/Kanzlei/Behörde	1. Nutzer: Vorname/Name	E-Mail
Straße/Hausnummer/Postfach	PLZ/Ort	2. Nutzer: Vorname/Name	E-Mail
Telefon	E-Mail (unbedingt erforderlich)	3. Nutzer: Vorname/Name	E-Mail



**4 Wochen kostenlos testen:**  
[www.beck-online.de](http://www.beck-online.de)

# Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS



168338 Angebotsstand: 21. November 2017. Alle Preise zzgl. der gesetzl. MwSt., soweit nicht anders angegeben. Irrtümer, Preisänderungen und Druckfehler vorbehalten. Verlag C.H. BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München - Amtsgericht München HRA 48045





So einfach arbeiten Sie mit beck-online!

## Die Vorteile Ihrer Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS

### Täglich nutzen.

- Umfassende Sammlung von Kommentaren und Handbüchern zu Ihrem Rechtsgebiet.
- Dazu umfangreiche Rechtsprechung im Volltext sowie alle wichtigen Gesetze.
- Übersichtlich aufbereitet, einfach zu bedienen.

### Einfach suchen.

- Recherchieren nach Schlagwort, Paragraphen, Fundstellen, Aktenzeichen – oder per Direktaufruf zum Werk. **1**
- Treffer eingrenzen nach Rechtsgebieten, Publikationstypen, Normen, Gerichten etc. mit der Detailsuche.

### Schnell finden.

- Einfach navigieren über Inhaltsverzeichnisse, Links, Verweise oder einfach per Blättern wie im Buch. **2** **3**
- Direkte Verlinkungen zu zitierter Rechtsprechung, einschlägigen Vorschriften oder weiterführender Literatur. **4**
- Schnelle Informationen zu weiterführenden Dokumenten und zu Fußnotentexten durch Mouseover-Dialog. **5**
- Formulare mit einem Klick in Word öffnen, bearbeiten, drucken.

### Neu: Verbesserte Leseansicht



Für eine bessere Lesbarkeit und den optimalen Überblick über längere Texte: Sie können eine spezielle Leseansicht durch Klick auf das Icon **6** aktivieren. Danach erhalten Sie eine mehrspaltige Dokumentansicht, die horizontal scrollbar und auf vielen Bildschirmen besser lesbar ist.

### Effizient organisieren.

- Dokumente und Kosten per Aktenverwaltung einfach einem Fall zuweisen.
- Individuelle Anmerkungen direkt am Dokument speichern. **6**
- Dokumente per Dokumentmanager **7** in verschiedenen Formaten herunterladen und dauerhaft archivieren. **7**

### Immer aktuell.

- Die neuesten Entscheidungen – tagesaktuell, im Volltext und direkt von den Gerichten.
- Fortlaufend aktualisierte Normen.
- Ältere Textfassungen bleiben im Archiv verfügbar.
- Neuauflagen wie im Print.

### Schwarz auf weiß zitieren.

- Zitierfähig wie ein gedrucktes Werk – das gilt für sämtliche Inhalte in beck-online.
- Inhalte für Zitate übernehmen – per copy and paste in die individuelle Textverarbeitung.

In Kooperation mit



## Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS

### Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

Mehr als 20.500 Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen, dazu das Beck-PLUS: Online-Komentierungen, Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften. Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit mehr als 44.000 bundes- und landesspezifischen Seiten zu allen praxisrelevanten Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung.

### Komentierungen und Darstellungen

Das Werk enthält praxisorientierte, ausführliche Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen, regelmäßig aktualisiert, zuverlässig und konkret, mit Mustern, Checklisten und Beispielen, gegliedert in die zentralen Bereiche:

- Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines
- Wirtschaft, Vergabe und Verkehr
- Sicherheit und Ordnung
- Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur
- Bauwesen, Umwelt und Natur

### Über 1.000 renommierte Autoren kommentieren auf zehntausenden Seiten orientiert am Landesrecht u. a.:

- Wahlrecht
- Kommunalverfassungsrecht und Recht der kommunalen Zusammenarbeit
- Gemeindehaushaltsrecht (u. a. mit DOPPIK-Komentierung)
- VOB, VOL, VOF und GRW, VgV und GWB
- Kommunalabgabenrecht
- Nachbarrecht
- Sozialrecht
- Krankenhausrecht
- UVP, SUP, UIG
- Straßen- und Wegerecht
- Dienstrecht (u. a. mit TVöD- und TV-L-Komentierung)

Hinzu kommen dutzende weitere Fachbeiträge und Darstellungen zu Ihren täglichen Aufgaben bei Ordnungswidrigkeiten, Beamtenrecht, Datenschutz und vielem mehr – bis hin zu praxisnahen Fragen rund um »Social Media«, Bürgerbeteiligung in Form informeller Verfahren, Risikoorientierte Prüfungsplanung in der öffentlichen Finanzkontrolle, Europäische Beihilfe, Kommunale Wirtschaftsförderung und Kommunale Pressearbeit.

### BeckOK VwVfG, Hrsg. Bader/Ronellenfitsch

Stets aktuelle Kommentierung des VwVfG, des VwVG und des VwZG, herausgegeben von ausgewiesenen Experten:

- Prof. Johann Bader, Vors. Richter am VG Stuttgart
- Prof. Dr. Michael Ronellenfitsch, Eberhard Karls Universität Tübingen

## Die Online-Lösung für die Verwaltung

### BeckOK TVöD/TV-L/TV-L Entgeltordnung/ TVöD Entgeltordnungen

Die Beck'schen Online-Kommentare zum Tarifrecht zeichnen sich insbesondere durch die daran beteiligten Autoren aus, die im Wesentlichen aus dem Kreis der hauptamtlich für die Tarifvertragsparteien Tätigen stammen, die auch an den Verhandlungen unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren – und immer noch sind. Die Beck'schen Online-Kommentare TV-L EntgO/TVöD EntgO bieten ein wichtiges Werkzeug für die Arbeit mit den Entgeltordnungen zum TV-L, zur Entgeltordnung TVöD Bund und (bereits im Aufbau) auch zur Entgeltordnung TVöD VKA.

Die Kommentare werden herausgegeben von

- Prof. Klaus Bepler, Vors. Richter am Bundesarbeitsgericht a. D., Honorarprofessor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Dr. Thomas Böhle, Berufsmäßiger Stadtrat bei der Landeshauptstadt München, Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA)
- Achim Meerkamp, Mitglied Bundesvorstand ver.di
- Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, Fachvorstand Tarifpolitik

### Beck'sche Gesetze Digital Landes-, Bundes- und EU-Recht

- Rund 10.700 Gesetze und Verordnungen des Bundes aus den roten Textausgaben: Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze; Schönfelder, Deutsche Gesetze; Nipperdey, Arbeitsrecht; Aichberger, SGB und andere mehr!
- Landesrecht im Umfang der jeweiligen Beck'schen Loseblatt-Textsammlung – immer auf dem neuesten Stand
- Rund 2.300 internationale und EU-Vorschriften
- Wichtigste Normen (rechtsgebetsübergreifend)

### Rechtsprechung zum Kommunalrecht

- Rechtsprechung aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK

### Aufsätze zum Kommunalrecht

- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

### Zeitschriften mit Archiven

- KommJur – Kommunaljurist, ab Mitte 2005 (Nomos)
- LKV – Landes- und Kommunalverwaltung, ab 1991 (Nomos)
- NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: Aufsätze, Rechtsprechung und Materialien komplett seit 1982
- NVwZ-RR – NVwZ-Rechtsprechungs-Report: zusätzliche Entscheidungen auch unterer Instanzen mit kompetenten Erläuterungen, ab 1988

### Fach-News Staats- und Verfassungsrecht und Öffentliches Recht

### beck-aktuell Nachrichten